



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Umweltbewusstsein in Deutschland 2006

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage



Umweltbewusstsein 2006

Impressum

IMPRESSUM

Herausgeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Referat Öffentlichkeitsarbeit • 11055 Berlin
E-Mail: service@bmu.bund.de • Internet: www.bmu.de

Projektgruppe: Udo Kuckartz, Stefan Rädiker, Anke Rheingans-Heintze
(Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg)
in Kooperation mit TNS Emnid, Bielefeld (Durchführung der Feldstudie)

Kontakt: Philipps-Universität Marburg • Institut für Erziehungswissenschaft
Wilhelm-Röpke-Str. 6B • 35032 Marburg
E-Mail: kuckartz@staff.uni-marburg.de, raediker@staff.uni-marburg.de, arheingans@gmx.de
Die Studie im Internet: www.umweltbewusstsein.de

Gestaltung: Selbach Design, www.selbachdesign.de

Bildrechte: Kopfzeile: Selbach/digital vision

Druck: Bonifatius, Paderborn

Stand: November 2006

1. Auflage: 15.000 Stück



Forschungsprojekt

Repräsentativumfrage zu Umweltbewusstsein und Umweltverhalten im Jahr 2006

**Umweltforschungsplan des Bundesministeriums
für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit**

Förderkennzeichen 205 17 102

**Udo Kuckartz, Stefan Rädiker, Anke Rheingans-Heintze
Marburg 2006**

Umweltbewusstsein 2006

Inhaltsverzeichnis

	Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse	10
1	Konzept und Methodik der Studie	12
2	Die Bedeutung des Umweltschutzes - heute und morgen	13
2.1	Umweltschutz im Vergleich mit anderen politischen Aufgaben	13
2.2	Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz	16
2.3	Umweltqualität heute: lokal, national, global	19
2.4	Ein Blick in die Zukunft: Unsere Umwelt in 50 Jahren	21
3	Klimaschutz und Energie	24
3.1	Deutschland soll Vorreiter im Klimaschutz sein	24
3.2	Breite Zustimmung zum Ausbau erneuerbarer Energien, zur Energieeffizienz und zum Atomausstieg	26
3.3	Energiesparen und Bezug von Öko-Strom	29
4	Umweltrisiken und gesundheitliche Belastungen	32
4.1	Gefahren und Risiken	32
4.2	Umwelt und Gesundheit	35
5	Aktuelle Umweltpolitik und Vertrauen in die Akteure	41
5.1	Bürgerwünsche an die Umweltpolitik der Bundesregierung	41
5.2	Beurteilung umweltpolitischer Maßnahmen und Instrumente	43
5.3	Vertrauen in Institutionen und Parteien	45



6	Wohnen, Stadt und Verkehr	47
6.1	Wohnsituation und Wohnumfeld	47
6.2	Verkehrspolitik und umweltfreundliche Stadt	48
6.3	Öffentlicher Personen-Nahverkehr	52
6.4	Nutzung von Billigfliegern	54
6.5	Naturnahe Tourismus-Angebote	56
7	Naturbilder und Verlust der Artenvielfalt	57
7.1	Wie Menschen die Natur wahrnehmen	57
7.2	Verlust der biologischen Vielfalt – wichtig, aber unbekannt	58
8	Information über Umweltthemen	60
8.1	Informationsquellen und ihre Nutzung	60
8.2	Umfang und Qualität der Berichterstattung	62
9	Engagement, Verantwortung und Gerechtigkeit	64
9.1	Persönliches Verhalten: Umweltbewusstsein im Alltag	64
9.2	Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz	66
9.3	Freiwilliges Engagement: Ehrenamt und mehr	68
9.4	Umwelt – Eine Frage der Gerechtigkeit?	70
	Tabellenverzeichnis	76
	Abbildungsverzeichnis	78

Umweltbewusstsein 2006

Vorwort



Liebe Leserin, lieber Leser,

mich überrascht es nicht: Der Umweltschutz steigt bei den Deutschen in seiner Bedeutung. Für 93% der Bevölkerung ist der Umweltschutz wesentlich. Bei der Frage nach den wichtigsten Problemen Deutschlands ist der Schutz der Umwelt von Platz 4 in den Jahren 2000 und 2002, über Platz 3 im Jahr 2004 auf Platz 2 geklettert. Was die zunehmende mediale Berichterstattung über die wachsende Zahl von Hurrikans, über schmelzende Gletscher und den Klimawandel im Allgemeinen vermuten ließ, wird durch die vorliegende Umweltbewusstseinsstudie eindrucksvoll bestätigt: Der globale Klimawandel ist tief in das öffentliche Bewusstsein vorge-drungen und trägt entscheidend dazu bei, dass Umweltschutz für die Menschen Jahr für Jahr immer relevanter wird. Zwei Drittel der Deutschen fordern, dass Deutschland in der internationalen Klimaschutzpolitik eine Vorreiterrolle übernehmen soll. Und was mich als Bundesumweltminister besonders freut: Eine moderne, auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien beruhende Energiepolitik genießt für die Deutschen inzwischen eine klare Priorität!

Diesen Herausforderungen stelle ich mich, wir müssen sie aber auch gemeinsam annehmen. Denn wir stehen vor zwei wichtigen Fragen, die jeden Einzelnen von uns betreffen: Wie sichern wir in Deutschland, aber auch weltweit den Zugang zu Energie? Wie können wir das Wirtschaftswachstum stärker entkoppeln vom Energieverbrauch und von der globalen Klimazerstörung?

Wir wissen heute, dass mit dem Anstieg der Weltbevölkerung sowie dem Industrialisierungsschub in den Schwellenländern der weltweite Bedarf an Energie und Ressourcen wächst. Ohne Gegenmaßnahmen würde die Energienachfrage weltweit um mindestens 50% steigen – so die einschlägigen Prognosen. Parallel zu dieser Entwicklung würde der Ausstoß der so genannten Treibhausgase enorm wachsen.

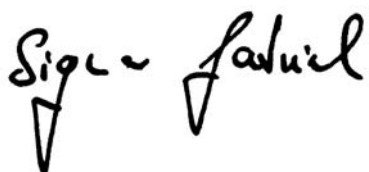
Tatsächlich ist die intelligente Nutzung von Energie und knapper werdenden Ressourcen eine Schlüsselfrage des 21. Jahrhunderts. Die weltweite Nachfrage nach ressourceneffizienten Produkten, Technologien und Anlagen wird steigen. Umweltechnologien bestimmen die zentralen Zukunftsmärkte. Das beweist schon heute die Entwicklung an den weltweiten Aktienmärkten. Wer mit intelligenten technologischen Problemlösungen beim Umweltschutz vorn liegt, sichert sich eine führende Rolle auf dem globalen Markt von morgen. Dazu brauchen wir gemeinsame Anstrengungen von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir brauchen eine ökologische Industriepolitik als wesentlichen Beitrag für Umwelt, Innovation und Beschäftigung in Deutschland.

Interessant ist, dass auch die Menschen dies so sehen: Über zwei Drittel der Bevölkerung, nämlich 69% der Befragten, sind überzeugt, dass sich eine konsequente Umweltpolitik positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirkt. Kein Wunder also, dass die Deutschen ein stärkeres Engagement der Regierung für mehr Umweltschutz einfordern, doch auch die Industrie soll dazu angehalten werden, mehr energiesparende Produkte anzubieten – dies findet nahezu hundertprozentige Zustimmung!

Darüber hinaus stehen wir aber noch vor einer weiteren globalen Herausforderung, die zwar viel mit dem Klimawandel zu tun hat, aber noch nicht so stark in das öffentliche Bewusstsein eingedrungen ist: der weltweite Verlust der Artenvielfalt. Diese Entwicklung müssen wir stoppen! Die Umweltbewusstseinsstudie gibt uns auch hier Rückenwind, denn Artenvielfalt und Natur sind den Menschen wichtig. Das Problembewusstsein für den Verlust der biologischen Vielfalt ist sehr hoch. Rund 95% der Befragten sehen, dass der Verlust der biologischen Vielfalt ein sehr großes Problem darstellt. Und 92% finden, dass der Staat wegen des Verlusts der biologischen Vielfalt dringend handeln sollte. Weltweit geht es dabei vor allem um den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Wälder und der Meere, aber es geht auch um die Artenvielfalt bei uns in Deutschland. Deshalb wird die Bundesregierung Anfang 2007 auch eine umfassende nationale Strategie zur biologischen Vielfalt vorlegen.

In diesem Zusammenhang ist daher ein Hinweis aus der vorliegenden Studie besonders wichtig: Wirksamer Naturschutz wäre ohne das ehrenamtliche Engagement der aktiven ehrenamtlichen Naturschützer nicht möglich. Deshalb freut mich ein Ergebnis der Umweltbewusstseinsstudie besonders, denn das Interesse an einem ehrenamtlichen Engagement für den Umwelt- und Naturschutz hat überaus stark zugenommen. 45% der Befragten können sich vorstellen, hier aktiv zu werden (2004: 33%). Die Überzeugung, dass Freunde und Bekannte ein Engagement für den Umwelt- und Naturschutz gutheißen würden, ist ebenfalls gewachsen.

In einer zusammenwachsenden globalen Welt, in der sich für die Menschen fortlaufend Dinge verändern, gewinnen Heimat und Umwelt immer mehr an Bedeutung in unserem Leben und Zusammenleben. Daher möchte ich allen danken, die sich – ob einzeln oder in Verbänden – für den Erhalt und Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen. Ein wirksamer Umweltschutz bedeutet die Steigerung der Lebensqualität von uns allen.



Sigmar Gabriel

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Umweltbewusstsein 2006

Vorwort



Liebe Leserin, lieber Leser,

der Umweltschutz ist als politische Herausforderung für die Bürgerinnen und Bürger im Jahr 2006 wieder bedeutsamer. Das ist das zentrale Ergebnis der aktuellen Repräsentativ-Umfrage des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamts zum Umweltbewusstsein in Deutschland. Jeder vierte Befragte bezeichnet den Umweltschutz wieder als eine vorrangige politische Aufgabe.

Woher kommt dieser Zuwachs? Ein Grund für das wachsende Umweltbewusstsein dürfte der auch in Deutschland sichtbar werdende Klimawandel sein, den die Befragten als ein drängendes Problem betrachten. Die Konsequenz daraus: Die Deutschen bewerten die hiesigen Umweltverhältnisse wieder schlechter. Die Zahl der Skeptikerinnen und Skeptiker ist von 18% im Jahr 2004 auf jetzt 34% gestiegen.

Die Wahrnehmung der Verschlechterungen kann die Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen vergrößern. Teilweise ist das auch der Fall – etwa beim Klimaschutz. Der Ausbau der erneuerbaren Energien Wind, Wasser, Sonne, Biomasse findet eine sehr große Zustimmung. Und zwei Drittel der Deutschen sprechen sich für eine Vorreiterrolle Deutschlands in der internationalen Klimapolitik aus. Dass Flugbenzin wie andere Kraftstoffe besteuert werden sollte, bejahen sogar 81%. Generell stimmen die Deutschen der Umweltpolitik besonders dann zu, wenn sie auf konkrete Belastungen reagiert: Fast 80% der Befragten sind beispielsweise einverstanden damit, Straßen vorübergehend für den Autoverkehr zu sperren, um etwas gegen den gesundheitsschädlichen Feinstaub zu tun.

Die Umfrage zeigt jedoch auch: Umweltschutz bleibt für viele Befragte vor allem Aufgabe der Politik. Die Bürgerinnen und Bürger sind deutlich weniger bereit, ihr Verhalten im Alltag zu ändern, um die Umwelt zu entlasten. Energiesparen und Autofahren sind hierfür prominente Beispiele. Auf erhebliche Vorbehalte stoßen finanzielle Belastungen für den Umweltschutz – etwa Steuern auf Energie. Für viele Befragte sind solche Maßnahmen sozial unausgewogen. Sie kollidieren ihrer Ansicht nach mit der staatlichen Aufgabe, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen.

Das Thema „Gerechtigkeit“ ist auch noch in anderer Hinsicht bedeutsam: Die Belastungen als Folge der Umweltprobleme sind ungleich verteilt. Ärmere Menschen leben beispielsweise häufiger in kostengünstigeren, aber unattraktiven Wohngebieten – etwa an stark befahrenen Durchgangsstraßen. Lärm und Abgase schädigen die Gesundheit der Anwohnerinnen und Anwohner. Die Zahl der Unzufriedenen ist gegenüber den vorangegangenen

Jahren gewachsen. Die angelsächsischen Länder debattieren dieses Problem bereits unter dem Stichwort „Ökologische Gerechtigkeit“.

Was lehren die Ergebnisse der Studie? Die Umfrage liefert unter anderem die Erkenntnis, dass das Thema Gerechtigkeit in der umweltpolitischen Kommunikation eine größere Rolle spielen sollte. Dazu gibt es bereits sehr gute Anknüpfungspunkte: Im heute die Umweltpolitik bestimmenden Leitbild der nachhaltigen Entwicklung sind Gerechtigkeitsforderungen grundlegend: die Schonung der natürlichen Ressourcen als Fairness gegenüber zukünftigen Generationen sowie der faire Handel zwischen ärmeren und reicheren Gesellschaften – eine große Mehrheit der Befragten stimmt diesen Prinzipien zu.

Wir Umweltschützerinnen und Umweltschützer müssen besser vermitteln, dass die nachhaltige Entwicklung Verbesserungen für alle Menschen mit sich bringt. Wir brauchen angesichts der wachsenden globalen Umweltprobleme die Unterstützung, das Mitmachen der Bürgerinnen und Bürger. Dabei erscheinen weltumspannende Umweltprobleme – wie der Klimawandel – nicht unlösbar. Hier muss Globalisierung nicht Angst machen, denn jeder kann aktiv werden. Indem wir beispielsweise unseren persönlichen Energieverbrauch verringern, tun wir doppelt Sinnvolles: Wir schützen das Klima und schonen den Geldbeutel.

Die aktuellen Umfragedaten machen Hoffnung, dass eine intensivere, zielgerichtete Umweltkommunikation in Richtung mehr Engagement wirkt. Denn die jüngst lebhafteste öffentliche Debatte über bürgerschaftliches Engagement im Umweltschutz hat einen sehr erfreulichen Niederschlag gefunden: Die Zahl der am eigenen Engagement Interessierten stieg spürbar – von einem Drittel im Jahr 2004 auf heute 45% der Befragten.

Ich wünsche eine anregende Lektüre!



Prof. Dr. Andreas Troge

Präsident des Umweltbundesamts

Umweltbewusstsein 2006

Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse

Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse

Umweltschutz wird für die Bürgerinnen und Bürger wieder wichtiger

Auf die offene Frage nach den wichtigsten Problemen heute in Deutschland nennen 25% spontan den Umweltschutz (2004: 18%, 2002: 14%). Damit ist der Umweltschutz in der Rangfolge der wichtigsten Probleme von Platz 4 in den Jahren 2000 und 2002, über Platz 3 im Jahr 2004 auf derzeit Platz 2 geklettert. Die ansteigende Bedeutung des Umweltschutzes dürfte vor allem darauf zurückzuführen sein, dass der weltweite Klimawandel in das öffentliche Bewusstsein vorgedrungen ist.

Bei der Gegenüberstellung verschiedener politischer Aufgabenbereiche halten 50% der Deutschen den Umweltschutz für „sehr wichtig“ (2004: 45%). Damit steht der Umweltschutz in der Rangfolge der wichtigsten politischen Aufgaben auf Position 7 (2004: Rang 8).

Deutschland soll in der internationalen Klimaschutzpolitik Vorreiter sein

Dies fordern 67% der Deutschen. Im Vergleich zu den Vorjahren hat die Zahl der Befürworter einer deutschen Vorreiterrolle stark zugenommen (2002: 47%, 2004: 56%). Immer stärker dringt die Problematik der globalen Klimaerwärmung in die öffentliche Meinung vor. 62% der Deutschen glauben, dass Deutschland die Probleme, die aus dem Klimawandel resultieren, nicht bewältigen kann.

Breite Zustimmung zum Ausbau erneuerbarer Energien, zur Energieeffizienz und zum Atomausstieg

Für eine Unabhängigkeit von Öl und Gas durch erneuerbare Energien sorgen, das gehört für 59% der Bundesbürger zu den wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben. 87% wollen einen konsequenten Umstieg auf erneuerbare Energien. Annähernd 90% sind für einen Ausbau der Solarenergie, über 70% für den Ausbau von Offshore-Windenergie.

Die Atomenergie möchte man mehrheitlich ad acta legen. Zwei Drittel der Deutschen wollen am beschlossenen Atomausstieg festhalten oder ihn sogar noch beschleunigen.

Ferner soll die Industrie dazu angehalten werden, mehr energiesparende Produkte anzubieten – dies findet nahezu hundertprozentige Zustimmung.

Regierung soll mehr für die Umwelt tun

70% der Deutschen sind der Meinung, die Regierung solle mehr für den Umweltschutz tun (2004: 63%). Davon erhoffen sich die Deutschen auch eine Stärkung der Wirtschaft: Fast 70% sind der Ansicht, dass sich eine konsequente Umweltpolitik positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirke.

Auf die offen gestellte Frage, was die Bundesregierung aktuell für den Umweltschutz tun solle, antworteten die meisten eher allgemein: Die Regierung solle weitergehende Gesetze und Richtlinien zum Umweltschutz erlassen. An zweiter Stelle der Bürgerwünsche an die Regierung steht die Förderung alternativer und erneuerbarer Energien. Damit wird bestätigt, dass eine moderne Energiepolitik im Vergleich mit anderen umweltpolitischen Aufgaben ganz klar Vorrang für die Deutschen hat.



Kritische Sicht auf Umweltqualität

Ein Drittel der Deutschen schätzt die Umweltqualität in Deutschland als „eher schlecht“ ein, fast doppelt so viele wie 2004. Zwar bescheinigen immer noch zwei Drittel der Befragten Deutschland eine „sehr gute“ oder „recht gute“ Umweltqualität, dieser Wert lag 2004 mit 82% aber deutlich höher.

Die Einschätzung der globalen Umweltverhältnisse fällt dramatisch schlecht aus. 91% halten die weltweite Umweltqualität für „eher schlecht“ oder „sehr schlecht“. Die breite Wahrnehmung des Klimawandels scheint hier eine wesentliche Rolle zu spielen.

Die Zahl derjenigen, die Umweltprobleme für eine starke gesundheitliche Belastung verantwortlich machen, ist angestiegen. Etwas mehr als jeder vierte Deutsche sieht sich durch Umweltprobleme derzeit persönlich belastet.

Unter den vielfältigen Belastungen aus der Umwelt gilt Feinstaub als das Gesundheitsrisiko Nr. 1. Auch Chemikalien in Alltagsprodukten und Schadstoffe in Lebensmitteln werden von jedem Fünften für gesundheitliche Belastungen verantwortlich gemacht.

Artenvielfalt und Natur sind den Menschen wichtig

Das Problembewusstsein für den Verlust der biologischen Vielfalt ist sehr hoch. 95% der Befragten sehen, dass der Verlust der biologischen Vielfalt ein sehr großes Problem darstellt. 92% finden, dass der Staat wegen des Verlusts der biologischen Vielfalt dringend handeln sollte.

Der Naturschutz steht weiter hoch im Kurs. Auch naturnahe Tourismus-Angebote, wie bspw. der Besuch von Nationalparks, erfreuen sich großer Beliebtheit.

Den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen hält mit 38% mehr als ein Drittel der Deutschen für „sehr gefährlich“, 41% urteilen „etwas gefährlich“. Fast drei Viertel der Befragten würden gentechnisch veränderte Lebensmittel „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ kaufen.

Interesse an persönlichem Engagement nimmt zu

Das Interesse an einem ehrenamtlichen Engagement für den Umwelt- und Naturschutz hat stark zugenommen: 45% können sich vorstellen, entsprechend aktiv zu werden (2004: 33%).

Der Kauf von Bio-Lebensmitteln liegt im Trend: 41% geben an, dies „immer“ oder „häufig“ zu tun. Gegenüber 2004 ist dies eine Steigerung um 8%. Auch der gezielte Kauf von Obst und Gemüse aus der Region hat zugenommen.

Umweltbewusstsein 2006

Konzept und Methodik der Studie

1 Konzept und Methodik der Studie

Die vorliegende Broschüre stellt die Basisergebnisse der Studie „Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2006“ vor. Die Studie ist repräsentativ für die Bundesrepublik Deutschland: In den Monaten April bis Juni 2006 wurden insgesamt 2.034 Personen in allen Teilen Deutschlands befragt – 1.650 in den westlichen und 384 in den östlichen Bundesländern. Die Datenerhebung wurde vom Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid mit Face-to-Face Befragungen durchgeführt. Die Auswahl der 2.034 Personen erfolgte mittels eines dreistufigen Zufallsauswahlverfahrens im ADM-Design (ADM Arbeitskreis Deutscher Meinungsforschungsinstitute e.V.).

Seit Anfang der 1990er Jahre lassen das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und das Umweltbundesamt mit empirischen Studien das Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Deutschen untersuchen. Seit 1996 werden die Studien im Zwei-Jahres-Rhythmus durchgeführt. Etwa 50 bis 60% der in den Studien gestellten Fragen bleiben jeweils die gleichen. Dies ermöglicht Vergleiche und Trendanalysen wie dies nur selten in den Sozialwissenschaften der Fall ist. Zum Konzept der Umweltstudien gehört es, neben diesen langfristigen Trenddaten auch jeweils neue, aktuell wichtige Themenbereiche zu erforschen. In diesem Jahr stehen drei Themenfelder im Zentrum: „Klima und Energie“, „Umweltbelastungen und Gesundheit“ sowie „Gerechtigkeit und Verantwortung“.

Konzipiert und durchgeführt wurde die Studie von einer Forschergruppe des Instituts für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg bestehend aus Dr. Anke Rheingans-Heintze, Stefan Rädiker und Prof. Dr. Udo Kuckartz. Seitens des TNS Emnid-Instituts hat Oliver Krieg die Studie betreut. Die hier vorgelegten Basisergebnisse werden in Kürze durch vertiefende sozialwissenschaftliche Analysen ergänzt werden. Entsprechende Auswertungen der Vorgängeruntersuchungen von 2002 und 2004 liegen in Buchform vor.¹

Die Ergebnisse der neuen Studie (sowie die Resultate von 2000, 2002 und 2004) sind auch im Internet unter der Adresse www.umweltbewusstsein.de zu finden – teilweise auch in englischer Sprache. Interessierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern stehen die Originaldaten über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln für Sekundäranalysen zur Verfügung.

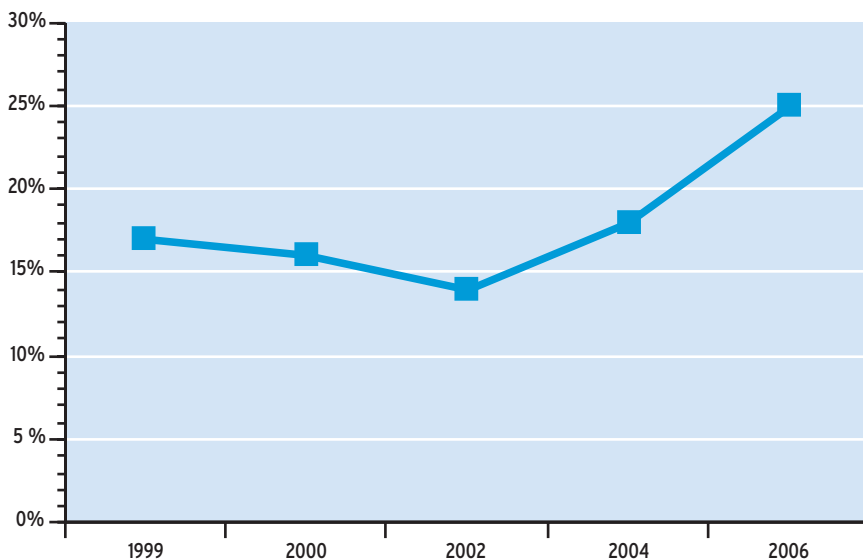


2 Die Bedeutung des Umweltschutzes - heute und morgen

2.1 Umweltschutz im Vergleich mit anderen politischen Aufgaben

Wie denken die Deutschen derzeit ganz allgemein über den Schutz unserer Umwelt? Vor allem: Wie wichtig ist er ihnen überhaupt in Konkurrenz zu anderen drängenden Problemen? Wenn man ohne vorgegebene Antwortmöglichkeiten nach dem aktuell wichtigsten Problem in Deutschland fragt, so ist die Zahl derjenigen, die Themen aus dem Problembereich Umweltschutz nennen, seit Ende der 1980er Jahre, als der Problembereich Umweltschutz mit fast 70% Spitzenwerte erreichte, deutlich zurückgegangen. Auf einem Tiefpunkt befand sich der Umweltschutz im Jahr 2002.

Abbildung 1: Umweltschutz als eines der wichtigsten Probleme (Zeitreihe)



*Frage: Was, glauben Sie, ist das wichtigste Problem, dem sich unser Land heute gegenübersteht?
(Offene Frage, Zweifachnennungen möglich)*

*Angegeben ist der Prozentsatz der Befragten, die Umweltschutz als wichtigstes Problem genannt haben.
Quelle: 1999 Emnid; 2000-2006 BMU/UBA*

Zwei Jahre später ging es wieder aufwärts. Dieser Trend setzt sich in der aktuellen Umfrage weiter fort. 25% der Befragten, also jeder Vierte und somit fast doppelt so viele wie 2002, zählen den Umweltschutz nun zu einem der wichtigsten Probleme in Deutschland. Damit ist der Umweltschutz in der Rangfolge der wichtigsten Probleme von Platz 4 in den Jahren 2000 und 2002, über Platz 3 im Jahr 2004 auf derzeit Platz 2 geklettert. Deutlich wird also auch hier: Der Umweltschutz gilt wieder zunehmend als politische Herausforderung. Bei Personen mit höherer Schulbildung steigt der Anteil derjenigen, die dem Umweltschutz eine so hohe Priorität einräumen, auf 30%. Auch unter den Wählern der Grünen liegt dieser Anteil mit 29% etwas höher als im Durchschnitt, während er bei den Anhängern der FDP auf 19% abfällt. Bei den Wählern von CDU/CSU, SPD und den Linksparteien (PDS, WASG) sind keine bemerkenswerten Unterschiede zum Bevölkerungsdurchschnitt erkennbar. Geschlechts- und altersabhängige Unterschiede sind in der Problemeinschätzung des Umweltschutzes ebenfalls nicht festzustellen.

Unangefochten auf Platz eins der wichtigsten Probleme in Deutschland rangiert nach wie vor das Thema Arbeitsmarkt, mit großem Abstand zu den anderen genannten Problembereichen (vgl. Tabelle 1). Für 63% der Deutschen ist die Arbeitslosigkeit das Problem Nr. 1. Ein Vergleich der aktuellen Top Ten mit den von 2004

Umweltbewusstsein 2006

Die Bedeutung des Umweltschutzes - heute und morgen

zeigt, dass die Problemwahrnehmung in erster Linie bezüglich der Themen Arbeitsmarkt, Umweltschutz und Soziale Aspekte/Gerechtigkeit zugenommen hat – für den letztgenannten Bereich gilt dies allerdings nur mit einer Steigerung von 2%. Für den Problembereich Umweltschutz können wir einen recht beachtlichen Zuwachs von 7% verzeichnen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass in den letzten zwei Jahren vor allem die Problematik des weltweiten Klimawandels in das öffentliche Bewusstsein vorgedrungen ist. Nimmt man nämlich die Nennungen, die unter dem Problembereich Umweltschutz zusammengefasst sind, genauer in Augenschein, so fällt als erstes auf, dass deutlich häufiger als 2004 Probleme rund um die Themen Energie und Klimaschutz benannt werden. Dagegen ist das Thema Wirtschaftslage in der Rangfolge der wichtigsten Probleme in Deutschland von Platz zwei auf Platz vier zurückgefallen. Die Themen Rentenpolitik sowie Gesundheitspolitik/Gesundheitsreform haben ihre Plätze verteidigt. Wieder mehr Nennungen als 2004 hat der Themenbereich Ausländer/Asylanten erhalten.

Tabelle 1: Die wichtigsten Probleme in Deutschland

	Erhebung 2004	Erhebung 2006
Die Top-Ten der häufigsten Nennungen in % (Zweifachnennungen möglich)		
1. Arbeitsmarkt	55 (1.)	63
2. Umweltschutz	18 (3.)	25
3. Soziale Aspekte/Gerechtigkeit	18 (3.)	20
4. Wirtschaftslage	20 (2.)	16
5. Rentenpolitik	12 (5.)	13
6.* Gesundheitspolitik/Gesundheitsreform	8 (6.)	8
6.* Ausländer/Asylanten	5 (8.)	8
8.* Steuern	4 (11.)	4
8.* Bildungspolitik	3 (13.)	4
10. Vertrauensverlust in Politik	7 (7.)	3

Frage: Was, glauben Sie, ist das wichtigste Problem, dem sich unser Land heute gegenübersteht? (Offene Frage)

** Geteilter Rangplatz auf Grund gleicher gerundeter relativer Häufigkeit*

Konnte man in den vorangegangenen Umfragen mit wiederkehrender Regelmäßigkeit feststellen, dass der Umweltschutz von den Befragten aus den westlichen Bundesländern signifikant häufiger als von den Befragten aus den östlichen Bundesländern als wichtigstes Problem benannt wird, so ist aktuell kein Ost-West-Gefälle mehr erkennbar. Erfreulich also: Was den Umweltschutz angeht, so sind Ost und West im Jahr 2006 zusammengewachsen. Signifikante Unterschiede in der Problemwahrnehmung finden sich lediglich hinsichtlich der Themen soziale Aspekte/Gerechtigkeit sowie Rentenpolitik. Die Ostdeutschen messen dem erstgenannten Thema etwas mehr Gewicht zu, die Westdeutschen dem zweitgenannten.

Fragt man nun mittels einer geschlossenen Frageform – also mit Antwortvorgaben – direkt nach der Relevanz, die man dem Umweltschutz sowie neun weiteren politischen Aufgabenbereichen zumisst, so hat auch bei dieser Fragetechnik der Umweltschutz im Vergleich zur Umfrage 2004 an Boden gewonnen. Der Anteil der Befragten, die den Umweltschutz als „sehr wichtig“ einstufen, ist im Vergleich zur Umfrage 2004 von 45% auf 50% gestiegen (Frauen: 54%, Männer: 45%). 43% schätzen den Umweltschutz als „eher wichtig“ ein und mit nur knapp 8% bleibt der Anteil der Skeptiker nach wie vor gering. Erwähnenswerte Unterschiede zwischen Ost und West sind auch hier nicht mehr festzustellen. Damit steht der Umweltschutz in der Rangfolge der zehn wichtigsten politischen Aufgabenbereiche auf Position sieben (2004 noch Platz 8).



Tabelle 2: Bedeutsamkeit politischer Aufgabenbereiche

Angaben in %	Erhebung 2006				
	sehr wichtig	eher wichtig	weniger wichtig	überhaupt nicht wichtig	Mittelwert*
die Arbeitslosigkeit bekämpfen	93	6	1	0	1,09
die Wirtschaft ankurbeln	75	21	4	0	1,30
die Renten sichern	74	21	4	1	1,31
die Gesundheitsvorsorge sichern	67	30	3	0	1,38
für soziale Gerechtigkeit sorgen	67	28	5	1	1,39
Bildungsangebote an Schulen und Hochschulen verbessern	56	35	8	1	1,54
für wirksamen Umweltschutz sorgen	50	43	8	0	1,58
den Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	50	39	10	1	1,62
das Zusammenleben mit Ausländern regeln	41	43	15	2	1,78
die Bürger vor terroristischen Angriffen schützen	44	35	17	4	1,81

Anweisung: Ich lese Ihnen nun verschiedene politische Aufgabenbereiche vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie persönlich die Aufgabe für sehr wichtig, eher wichtig, weniger wichtig oder für überhaupt nicht wichtig halten.

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto wichtiger wird der Bereich eingeschätzt.

Gemeinsam mit der Bildungs- und der Ausländerpolitik ist der Umweltschutz der einzige Themenbereich, der bezüglich der Einstufung „sehr wichtig“ zugelegt hat. Bei der Beurteilung des Problemfeldes „das Zusammenleben mit Ausländern regeln“ ist der Anteil der Befragten, die hier das Urteil „sehr wichtig“ fällen, sogar von 30% auf 41% angewachsen. Offensichtlich erwartet ein nicht geringer Anteil der Bevölkerung eine stärkere Berücksichtigung dieser Themen auf der politischen Agenda. Nahezu keine Veränderung im Vergleich zu 2004 zeigt sich in der Beurteilung der Problembereiche Arbeitslosigkeit, Wirtschaftslage und Terrorismusbekämpfung, bei den übrigen Themen ist die Einschätzung der Relevanz ganz leicht zurückgegangen.

Geradezu klassische Einflussfaktoren auf die Bedeutsamkeit, die man dem Umweltschutz als politischem Aufgabenbereich zumisst, sind das Alter und die Bildung der Befragten. Auch hier sind einige Veränderungen festzustellen. Konnte in der Umfrage 2004 noch vermerkt werden: Je höher der Grad der Schulbildung, desto größer die Wichtigkeit des Umweltschutzes als politischer Aufgabenbereich, so sind in der vorliegenden Studie diesbezüglich keine signifikanten Unterschiede erkennbar. Die Ursache für diese Annäherung: Der Anteil der Befragten, die den Umweltschutz als „sehr wichtig“ einstufen, ist vorrangig unter den Befragten mit einfachem Bildungsniveau gestiegen und ist somit ähnlich hoch wie bei den Befragten mit mittlerem und höherem Bildungsniveau.

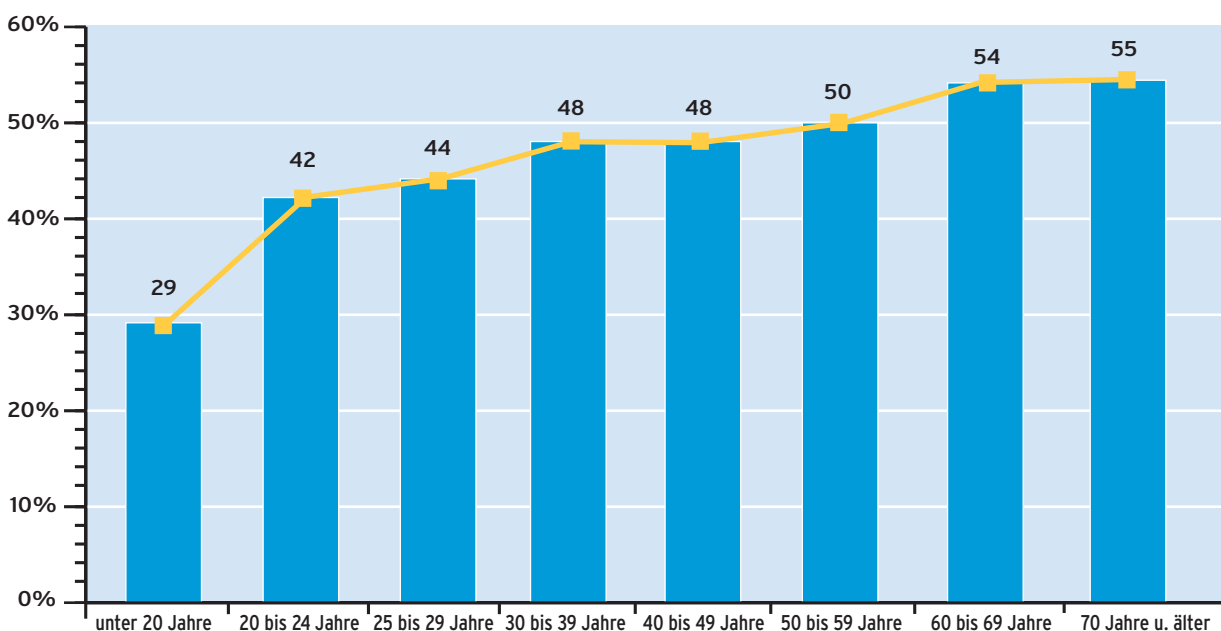
Das Alter der Befragten hat dagegen nach wie vor einen statistisch hoch signifikanten Einfluss darauf, für wie wichtig man den Umweltschutz hält. Generell wird der Umweltschutz in allen Altersgruppen für wichtig gehalten. Die Unterschiede, von denen hier die Rede ist, rühren hauptsächlich daher, in welchem Verhältnis man

Umweltbewusstsein 2006

Die Bedeutung des Umweltschutzes - heute und morgen

den Umweltschutz als „sehr wichtig“ oder als „eher wichtig“ einstuft. Geht man in diesem Sinne ins Detail, so ist der Umweltschutz den Befragten ab einem Alter von 30 Jahren bis hin zu den Ältesten der Stichprobe – wo sogar nochmals ein kleiner Sprung nach oben zu verzeichnen ist – am wichtigsten (vgl. Abbildung 2). Wie in der Umfrage 2004 ist der Umweltschutz den 18- und 19-Jährigen am wenigsten wichtig. Nur 29% der Befragten dieser Altersgruppe halten den Umweltschutz für „sehr wichtig“, 54% für „eher wichtig“, 15% für „weniger wichtig“ und 2% für „überhaupt nicht wichtig“. Dies gilt in dieser Ausprägung nicht mehr für die 20- bis 24-Jährigen. In dieser Altersgruppe hat der Umweltschutz wieder zugelegt. 42% treffen das Urteil „sehr wichtig“, 48% „eher wichtig“ und 10% „weniger wichtig“. Am stärksten zugelegt in der Einstufung „sehr wichtig“ hat der Umweltschutz in der Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen (54%) und in der Gruppe „70 Jahre und älter“ (55%).

Abbildung 2: Wichtigkeit des Umweltschutzes nach Altersgruppen



Angegeben ist der Prozentanteil der Befragten, die den Umweltschutz als „sehr wichtiges“ politisches Aufgabenfeld einschätzen.

2.2 Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz

Die zunehmende Wichtigkeit des Umweltschutzes im Vergleich mit anderen politischen Aufgaben zeigt sich auf geradezu erstaunliche Weise beim Fragenkomplex zu den Umwelteinstellungen der Deutschen. Ihre persönlichen Grundorientierungen und Werthaltungen in Fragen des Umweltschutzes und der Nachhaltigkeit bestätigen: Die Bürgerinnen und Bürger sind eindeutig pro-Umweltschutz gestimmt. Bei zehn von zwölf Aussagen zu den Pro-Umwelteinstellungen sind die Prozentwerte gestiegen oder konstant hoch geblieben. Erfasst werden die allgemeinen Einstellungen zum Umweltschutz mit einer Reihe von Statements, die den Befragten zur Beurteilung vorgelegt werden. Um Zeitreihenvergleiche zu ermöglichen, wird ein Teil der Statements aus den Vorgängerstudien immer wieder eingesetzt. In der aktuellen Studie sind zwei neue Statements hinzugekommen, welche die wahrgenommene persönliche Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger in den Bereichen Energie und Konsum thematisieren.

Tabelle 3: Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz

Angaben in %	Erhebung 2006					Mittelwert*
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	
Die landschaftliche Schönheit und Eigenart unserer Heimat sollte erhalten und geschützt werden.	61	32	7	0	0	1,47
Es sollte Gerechtigkeit zwischen den Generationen bestehen, wir sollten die Umwelt nicht auf Kosten der nachkommenden Generation ausplündern.	51	38	9	1	0	1,61
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können.	46	38	13	2	1	1,73
Es sollte fairen Handel zwischen den reichen Ländern dieser Erde und den Entwicklungsländern geben.	42	40	16	2	0	1,78
Wir Bürger können durch unser Kaufverhalten wesentlich zum Umweltschutz beitragen.	25	43	26	5	1	2,14
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen.	27	39	23	10	1	2,20
Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu.	24	38	24	11	2	2,28
Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird.	15	43	32	9	1	2,39
Im Vergleich zur Industrie können wir Bürger nur wenig zur Energieeinsparung beitragen.	10	25	29	28	9	3,02
Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen.	5	21	34	30	10	3,19
Wenn es noch mehr Vorschriften für den Naturschutz gibt, kann man bald überhaupt nichts mehr machen.	9	18	32	28	13	3,19
Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben.	5	14	31	33	17	3,43

Anweisung: Hier haben wir eine Reihe von Aussagen. Bitte sagen Sie mir für jedes Kärtchen anhand dieser Liste, in welchem Maße Sie zustimmen oder nicht zustimmen. Nennen Sie einfach den Kennbuchstaben des Kärtchens und die entsprechende Antwortziffer von der Liste.

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 5): Je kleiner der Mittelwert, desto größer die Zustimmung.

Groß ist die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger – zwischen 82% und 89% – wenn es um die Grundprinzipien der nachhaltigen Entwicklung geht (schonender Ressourcenverbrauch, Generationengerechtigkeit und fairer Handel zwischen reichen und armen Ländern). Das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsweise ist damit so ausgeprägt wie nie zuvor. Der Naturschutz steht bei den Deutschen ebenfalls nach wie vor sehr hoch im Kurs. Von 93% wird die Natur als erhaltens- und schützenswert empfunden. Groß ist die Einsicht in die eigene Verantwortung an der Ladenkasse: Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung sind sich ihrer einflussreichen Rolle als Verbraucher bewusst und glauben, dass sie durch ihr Kaufverhalten wesentlich zum Umweltschutz beitragen können. Nicht ganz so deutlich ist das Votum für die

Umweltbewusstsein 2006

Die Bedeutung des Umweltschutzes - heute und morgen

persönliche Verantwortung des Einzelnen, wenn es um das Einsparen von Energie geht. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass bei dieser Frage die Industrie mit ins Spiel gebracht wurde. 35% der Deutschen sind nämlich der Meinung, dass sie im Vergleich mit der Industrie nur wenig zur Energieeinsparung beitragen können. Weitere 29% befürworten diese Ansicht immerhin zum Teil. Es bleibt ein gutes Drittel, das in punkto Energiesparen dennoch an der Verantwortung jedes Einzelnen in unserer Gesellschaft festhält und besagter Meinung nicht zustimmt.

In einem nicht unerheblichen Maße speist sich das Umweltbewusstsein der Deutschen aus Sorgen und Ängsten. Weiter gewachsen ist vor allem die Besorgnis, dass wir auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn wir so weitermachen wie bisher. 62% teilen derzeit diese Befürchtung. Weitere zwei Drittel zeigen sich beunruhigt, wenn sie daran denken, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen. Ferner sind 58% der Deutschen der Ansicht, dass es Grenzen des Wachstums gibt, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird.

Tabelle 4: Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz (Zeitreihe)

Angaben in %*	Erhebung				
	1998	2000	2002	2004	2006
Die landschaftliche Schönheit und Eigenart unserer Heimat sollte erhalten und geschützt werden. (Zustimmung)	-	-	91	93	93
Es sollte Gerechtigkeit zwischen den Generationen bestehen, wir sollten die Umwelt nicht auf Kosten der nachkommenden Generation ausplündern. (Zustimmung)	-	90	84	88	89
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können. (Zustimmung)	-	83	78	82	84
Es sollte fairen Handel zwischen den reichen Ländern dieser Erde und den Entwicklungsländern geben. (Zustimmung)	-	77	78	84	82
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen. (Zustimmung)	65	68	62	66	66
Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu. (Zustimmung)	56	62	54	58	62
Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird. (Zustimmung)	50	59	56	58	58
Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben. (Ablehnung)	47	52	46	46	50
Wenn es noch mehr Vorschriften für den Naturschutz gibt, kann man bald überhaupt nichts mehr machen. (Ablehnung)	-	-	44	44	41
Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen. (Ablehnung)	35	43	35	36	40

Anweisung: Hier haben wir eine Reihe von Aussagen. Bitte sagen Sie mir für jedes Kärtchen anhand dieser Liste, in welchem Maße Sie zustimmen oder nicht zustimmen. Nennen Sie einfach den Kennbuchstaben des Kärtchens und die entsprechende Antwortziffer von der Liste.

* Die Tabelle enthält den prozentualen Anteil der Befragten, die entweder mit (Zustimmung) „stimme voll und ganz zu“ bzw. „stimme weitgehend zu“ antworteten, oder aber mit (Ablehnung) „stimme eher nicht zu“ bzw. „stimme überhaupt nicht zu“ antworteten. Höhere Prozentwerte sollen damit ein höheres Umweltbewusstsein signalisieren.



Noch im Jahr 2002 konstatierten wir einen Trend zur Entdramatisierung der Umweltproblematik. Man kann auch von Verantwortungsdelegation sprechen. Wir fassen darunter solche Statements, welche die Umweltprobleme als derzeit nicht so sonderlich gravierend darstellen und die Verantwortung ganz offen vom Einzelnen wegschieben. Dieser Trend wurde 2004 gestoppt und ist in der aktuellen Umfrage weiter rückläufig. So schließen sich nur noch 19% der Deutschen der Meinung an, das Umweltproblem würde in seiner Bedeutung stark übertrieben. Und dass Wissenschaft und Technik viele Umweltprobleme lösen werden, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen, stellt sich mit einem Anteil von 26% ebenfalls eher als die Haltung einer Minderheit dar.

War der Umweltschutz bis Mitte der 1990er Jahre vornehmlich ein Anliegen der jüngeren Generation, sind es heute eher die mittleren Generationen zwischen 40 und 60 Jahren, welche die stärkste Betroffenheit in Fragen des Umweltschutzes zeigen. Sie verhalten sich zumeist auch umweltschonender als der Durchschnitt der Bevölkerung. Diese Trendumkehr können wir seit Anfang 2000 beobachten. In der aktuellen Studie sind es erneut die jungen Erwachsenen – vor allem die 18- und 19-Jährigen – bei denen die Grundprinzipien der nachhaltigen Entwicklung etwas weniger Zustimmung als im Bevölkerungsdurchschnitt finden und die im Sinne des Krisendenkens weniger stark emotional von Umweltproblemen berührt sind. Im Unterschied zur Untersuchung aus dem Jahr 2004 verlieren sich die Unterschiede aber ab einem Alter von 20 Jahren allmählich und werden zunehmend unschärfer. Weitere nennenswerte generationenabhängige Unterschiede in den Umwelteinstellungen können wir nicht feststellen, lediglich für den Naturschutz gilt, dass er Personen ab 50 Jahren zunehmend ein besonders wichtiges Anliegen ist.

Neben der Altersstruktur ist der Grad der Schulbildung ein vielfach diskutierter Einflussfaktor auf die Einstellungen zum Umweltschutz. Personen mit höherer Schulbildung können zum Einen den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung überdurchschnittlich viel abgewinnen. Zum Anderen neigen sie weniger stark als Personen mit mittlerer und einfacher Schulbildung dazu, die Verantwortung für den Umweltschutz vom Einzelnen auf die Gesellschaft zu verlagern. Wie schon im Jahr 2004 hat allerdings die Ausprägung des Krisendenkens nichts mit dem Grad der Bildung zu tun. Die Besorgnis, wir könnten auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn wir so weitermachen wie bisher, ist also sowohl unabhängig vom Alter als auch unabhängig vom Grad der Schulbildung gewachsen.

Allerdings ist diese Befürchtung unter Frauen etwas stärker verbreitet als unter Männern. Ohnehin sind Frauen von Umweltproblemen mehr emotional berührt. Vor allem der Gedanke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen, veranlasst sie zu deutlich größerer Beunruhigung als es unter Männern der Fall ist.

2.3 Umweltqualität heute: lokal, national, global

Die Umweltqualität im eigenen Land wird von den Deutschen drastisch schlechter als vor zwei Jahren wahrgenommen. Ein Drittel der Befragten schätzt die Umweltqualität in Deutschland nun als „sehr schlecht“ oder „eher schlecht“ ein, im Jahr 2004 waren es nur 18%. Frauen neigen noch ein wenig stärker als Männer zu dieser pessimistischen Sichtweise. Alters- und bildungsabhängige Unterschiede sind nicht festzustellen. Naturgemäß schlechter als im Durchschnitt gerät das Urteil über die Umweltqualität in Deutschland auch unter denjenigen, die den Umweltschutz ohnehin weiter vorn auf der politischen Agenda sehen möchten (vgl. Kap. 2.1). Zwar bescheinigen immer noch zwei Drittel der Befragten Deutschland eine „sehr gute“ oder „eher gute“ Umweltqualität, dieser Wert lag 2004 mit 82% aber deutlich höher. Kritischer als die Westdeutschen sind die Ostdeutschen: Unter ihnen vergeben nur knapp 60% das Prädikat „sehr gut“ oder „recht gut“.

Traditionell besser eingeschätzt wird die Umweltqualität im eigenen lokalen Umfeld bzw. in der Stadt oder Gemeinde, in der man lebt. 84% halten den Zustand der Umwelt in ihrer Heimat für „sehr gut“ oder „recht gut“.

Umweltbewusstsein 2006

Die Bedeutung des Umweltschutzes - heute und morgen

Diese Einschätzung ist gegenüber der Umfrage 2004 weitgehend unverändert (2004: 86%). Schaut man jedoch genauer hin, so muss man feststellen, dass die Deutschen mit dem Urteil „sehr gut“ ebenfalls zurückhaltender geworden sind. Nur noch 11% sind derzeit von einer „sehr guten“ Umweltqualität ihres lokalen Umfeldes überzeugt, vor zwei Jahren waren es noch 17% der Befragten. Für die Einschätzung der lokalen Umwelt ist wichtig, in welcher Wohnlage gewohnt wird. Je ruhiger und gehobener die Wohnlage, desto besser die Einschätzung der lokalen Umwelt (vgl. Kap. 4.2). Ferner urteilen Befragte aus ländlichen Regionen besser als Befragte aus Städten.

Tabelle 5: Beurteilung der Umweltqualität: lokal, national und global

Angaben in %	Erhebung 2006				Mittelwert*
	sehr gut	recht gut	eher schlecht	sehr schlecht	
... insgesamt die Umweltqualität in Ihrer Stadt, Ihrer örtlichen Gemeinde beurteilen?	11	73	15	1	2,07
... insgesamt die Umweltqualität in Deutschland beurteilen?	3	63	33	1	2,33
... insgesamt die Umweltqualität in Europa beurteilen?	1	28	64	7	2,76
... insgesamt die Umweltqualität weltweit beurteilen?	1	8	55	36	3,26

Frage: Wie würden Sie ...

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto besser ist die Bewertung der Umweltqualität.

Bestätigt wird immer wieder aufs Neue: Je weiter der Blick auf den Zustand der Umwelt in die Ferne schweift, desto schlechter wird das Urteil. Dieses schon beinahe als Gesetzmäßigkeit zu bezeichnende Phänomen kann man zum Einen gut anhand der Mittelwerte in der ganz rechts stehenden Spalte der Tabelle 5 nachvollziehen. Zum Anderen bringt die Gegenüberstellung in Tabelle 6 den besonders drastischen Gegensatz zwischen der Einschätzung der globalen und der lokalen Umweltqualität auf den Punkt. Wie die Zeitreihe zeigt, klafft diese Schere seit Jahren immer weiter auseinander.

Tabelle 6: Beurteilung der Umweltqualität weltweit und lokal (Zeitreihe)

Anteil der Befragten in %, die die Umweltqualität als „sehr gut“ bzw. „recht gut“ einschätzen	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
Umweltqualität weltweit	16	20	16	9
Umweltqualität in der eigenen Gemeinde	79	82	86	84

Die Einschätzung der globalen Umweltverhältnisse fällt nun geradezu dramatisch schlecht aus. Nur noch 9% der Befragten halten die weltweite Umweltqualität für „sehr gut“ oder „recht gut“, 55% meinen hingegen, sie sei als „eher schlecht“ zu beurteilen. 36% kommen sogar zu dem Urteil „sehr schlecht“, doppelt so viele wie vor zwei Jahren. Globale Umweltprobleme wie die Gefahren des Klimawandels oder der weltweite Verlust biologischer Arten sowie stark ansteigende Umweltbelastungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern werden der Bevölkerung offensichtlich immer bewusster und färben das Urteil über die globale Umweltqualität ausgesprochen negativ. Im Kontrast zu dieser Welt der Gefahren und Katastrophen – transportiert durch die



Massenmedien – steht die eigene kleine Welt zu Hause, in der Heimatgemeinde oder im heimischen Stadtviertel. Hier scheint die Umwelt noch in einem guten Zustand zu sein, hier gibt es keinen unmittelbaren Handlungsdruck.

Etwas besser als die globale Umweltqualität kommt die Umweltqualität in Europa weg, sie wird aber immer noch erheblich schlechter als die Umweltqualität in Deutschland beurteilt. Wie Tabelle 5 verdeutlicht, halten 64% der Deutschen die Umweltverhältnisse in Europa für „eher schlecht“, 7% für „sehr schlecht“. Nicht einmal ein Drittel kann sich hier ein positives Urteil abringen. Eine zunehmend internationale Ausrichtung der Umweltpolitik dürfte unter diesen Umständen in der Bevölkerung auf große Zustimmung treffen.

2.4 Ein Blick in die Zukunft: Unsere Umwelt in 50 Jahren

Wie ist es in der Zukunft um die Qualität unserer Umwelt bestellt? Welche Umweltprobleme werden sich in den Augen der Bevölkerung verschärfen, welche einer Lösung zugeführt? Wir haben eine Auswahl an Zukunftsszenarien zusammengestellt und den Befragten zur Beurteilung vorgelegt. Tabelle 7 zeigt die Ergebnisse im Detail.

Tabelle 7: Wahrscheinlichkeit zukünftiger Ereignisse

Angaben in %	Erhebung 2006				Mittelwert*	2002 Mittelwert*
	wird bestimmt eintreffen	wird wahrscheinlich eintreffen	wird eher nicht eintreffen	wird nicht eintreffen		
Die Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern werden immer mehr zunehmen.	60	32	6	1	1,47	**
Öl und Benzin werden so knapp, dass die Autos mit anderen Antriebsformen fahren werden.	51	40	8	1	1,60	1,99
Die globale Umweltverschmutzung wird zunehmen.	45	46	8	0	1,64	1,89
Es wird kriegerische Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Wasserreserven geben.	30	45	21	3	1,98	2,37
Gutes Trinkwasser wird knapp und sehr teuer werden.	28	47	22	3	2,01	2,08
Flugreisen zu fernen Reisezielen werden immer mehr zunehmen.	26	45	25	4	2,08	2,11
Die Landwirtschaft wird sich immer mehr auf biologischen Anbau umstellen.	14	46	35	6	2,32	2,10
Es wird geklonte Menschen geben.	9	26	38	27	2,82	2,65
Es kommt zu einem weltweiten Ausstieg aus der Kernenergie.	6	21	49	24	2,91	2,30

Am Anfang eines Jahrtausends kann man ja einen Blick in die Zukunft wagen. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, dass die folgenden Ereignisse im Zeitraum der nächsten 20 bis 50 Jahre eintreffen?

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist die Überzeugung, dass das jeweilige Ereignis wahrscheinlich eintreffen wird. ** 2002 nicht erhoben

Umweltbewusstsein 2006

Die Bedeutung des Umweltschutzes - heute und morgen

Mit Ausnahme der beiden letztgenannten werden alle Szenarien für wahrscheinlich gehalten. Sieht man davon ab, dass zumindest 60% der Deutschen glauben, die Landwirtschaft würde sich immer mehr auf biologischen Anbau umstellen, dominiert also eine negative Sicht auf die Zukunft. Mehr als 90% der Deutschen rechnen im Zeitraum der nächsten 20 bis 50 Jahre mit einer Zunahme der Unterschiede zwischen reichen und armen Ländern sowie einer weiter wachsenden globalen Umweltverschmutzung. Angesichts ständiger Benzinpreiserhöhungen nicht verwunderlich gehen ebenso viele davon aus, dass es wahrscheinlich oder sicher sei, dass Öl und Benzin so knapp werden, dass die Autos mit anderen Antriebsformen fahren müssen. Eine Dreiviertelmehrheit hält auch die folgenden bedrückenden Szenarien für wahrscheinlich: Es wird kriegerische Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Wasserreserven geben und gutes Trinkwasser wird knapp und sehr teuer werden.

Im Vergleich mit den Ergebnissen der Befragung aus dem Jahr 2002 haben sich eine Reihe von bemerkenswerten Veränderungen ergeben (vgl. rechte Spalte der Tabelle 7).

Erheblich mehr Personen rechnen heute damit, dass Autos zukünftig mit anderen Antriebsformen fahren werden (91% vs. 78%). Besonders ausgeprägt ist die Verschiebung von der Antwortalternative „wird wahrscheinlich eintreffen“ zu „wird bestimmt eintreffen“. So gehen heute fast doppelt so viele wie vor vier Jahren sicher davon aus, dass Öl und Benzin knapp werden. Auch von einer Zunahme der globalen Umweltverschmutzung sind nun deutlich mehr Personen fest überzeugt. 45% sind der Ansicht, dies werde „bestimmt eintreffen“ (2002: 28%). Diese Annahme korrespondiert ganz klar mit der Einschätzung einer erheblichen Verschlechterung der globalen Umweltqualität (vgl. Kap. 2.3). Beide Szenarien nahmen auch 2002 Spitzenplätze in der Rangfolge der wahrscheinlichsten Szenarien ein. Das galt damals jedoch nicht für die Fiktion „Es wird kriegerische Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Wasserreserven geben“. Dieses Szenario ist von Platz 9 auf Platz 4 der wahrscheinlichsten Szenarien geklettert. Hielten ein derartiges Schreckensbild vor vier Jahren immerhin schon 57% der Deutschen für möglich, so sind es heute 75%. 30% sind sogar der Meinung, eine solche Situation werde „bestimmt eintreffen“, im Jahr 2002 lag diese Quote bei 15%. Hier zeigt sich erneut deutlich, dass der im Jahr 2002 festgestellte Trend zur Entdramatisierung von ökologischen Problemen gestoppt ist.

Trotz des eher negativen Eindrucks, den der Blick der Deutschen in die Zukunft hinterlässt: Es sei daran erinnert, dass die Kerngedanken der nachhaltigen Entwicklung auf überwältigende Zustimmung treffen. Soll heißen: Ein Umweltbewusstsein im Sinne des Nachhaltigkeitskonzepts ist nicht bloß ein Bewusstsein drohender Katastrophen und der Kritik an Technologie, sondern eines, das die Zukunft aktiv und konstruktiv mitgestalten möchte. In diesem Kontext ist es natürlich von Interesse, welche Vorstellungen von Fortschritt die Menschen heute haben. Wie in der Befragung des Jahres 2002 haben wir mit einer offenen Frage ermittelt, was die Befragten mit dem Begriff „Fortschritt“ verbinden. Die Befragten konnten ihre Assoziationen also ohne Antwortvorgaben frei äußern. Diese frei geäußerten Vorstellungen haben wir von den Interviewern notieren lassen und später zu thematischen Kategorien gebündelt. Im Gegensatz zur Umfrage 2002 war die Antwortbereitschaft in der aktuellen Umfrage deutlich geringer.



Tabelle 8: Assoziationen zum Begriff „Fortschritt“

	Erhebung 2006
Die häufigsten Nennungen in % (Mehrfachnennungen möglich)	
1. Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse	22
2. Verbesserung der Umweltsituation, Entwicklung von umweltschonenden Techniken	17
3. Technische Weiterentwicklungen	16
4. Forschung und Wissenschaft allgemein	10
5. Besseres soziales Miteinander	7
6. Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftssituation	6
7. Verbesserung der persönlichen Lebensverhältnisse	5
8. Medizinische Weiterentwicklungen	4
9. Bildung, Weiterbildung, Information	3
10.* Gefährdungen	2
10.* Verbesserung des politischen und staatlichen Handelns	2

Frage: Zunächst würde mich interessieren, was Sie persönlich mit dem Begriff „Fortschritt“ verbinden. (Offene Frage)

* Gleicher Rangplatz auf Grund gleicher gerundeter relativer Häufigkeiten

Am häufigsten assoziieren die Befragten Fortschritt mit einer Verbesserung der allgemeinen Lebensverhältnisse, also mit einem rundum besseren Leben für alle. Viele Personen verknüpfen mit Fortschritt ferner eine Verbesserung der Umweltsituation und die Entwicklung von umweltschonenden Techniken. Oftmals genannt werden in diesem Zusammenhang zum Beispiel die Entwicklung und Nutzung erneuerbarer Energien. Technik wird also unbedingt als Chance zur Lösung von Umweltproblemen und nicht nur als Bedrohung wahrgenommen – ohne dass man sich allein darauf verlassen mag oder die sozialen und gesellschaftlichen Aspekte von Umweltfragen außer Acht lässt. Relativ häufig findet man unter den gedanklichen Verknüpfungen mit dem Begriff Fortschritt zudem Vorstellungen, die sich mit den Kategorien „technische Entwicklungen“ sowie „Forschung und Wissenschaft“ umschreiben lassen. Unter erstere fallen neben entsprechend allgemeinen Verlautbarungen auch die „Automatisierung von Produktionsweisen“ und alles, was mit der Weiterentwicklung von Computer und Internet zu tun hat oder technische Errungenschaften im Zusammenhang mit Mobilität. Ein Vergleich der Ergebnisse mit denen der Umfrage 2002 zeigt, dass das Assoziieren in wissenschaftlich-technischen Kategorien vor vier Jahren deutlicher ausgeprägt war. Noch mehr im Vordergrund stand ferner die gedankliche Verknüpfung mit einer Verbesserung der persönlichen Lebensverhältnisse. In der aktuellen Umfrage richtet sich der Blick hingegen stärker auf das Wohlbefinden und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der Allgemeinheit. Vielleicht ist dies ein Hinweis darauf, dass Verantwortungsbereitschaft wichtiger wird und die Deutschen sich wieder mehr Gedanken über ihre Mitmenschen, die Umwelt und die kommenden Generationen machen.

Umweltbewusstsein 2006

Klimaschutz und Energie

3 Klimaschutz und Energie

3.1 Deutschland soll Vorreiter im Klimaschutz sein

Die Problemwahrnehmung des Klimawandels hat sich in den letzten Jahren verändert. Der Klimawandel wird allenthalben wahrgenommen. Von Staat und Regierung wird nachdrücklicher als noch vor zwei Jahren ein konsequentes Gegensteuern erwartet, und es beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, dass der Klimawandel auch den privaten Bereich betrifft. Wärmedämmung und energieeffiziente Heizsysteme stoßen ebenso auf wachsendes Interesse wie Fotovoltaik und sparsamere Autos. Bei der Frage nach den wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben der Bundesregierung werden am häufigsten Aufgaben genannt, die den Umbau der Energieversorgung und die Senkung des CO₂Ausstoßes betreffen.

Tabelle 9: Bedeutsamkeit umweltpolitischer Ziele und Aufgaben

	Erhebung 2006
Angaben in % (Dreifachnennung)	
für eine Unabhängigkeit von Öl und Gas durch erneuerbare Energien sorgen	59
für einen sparsameren Umgang mit Energievorräten sorgen	45
für eine deutliche Verringerung von klimaschädlichen Gasen sorgen, z.B. den Ausstoß von Kohlendioxid (CO ₂)	45
die Entwicklung von sparsamen Antrieben und Motoren fördern	36
für einen sparsameren Rohstoffverbrauch sorgen	31
das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten verhindern	23
mehr informieren über gesundheits- und umweltgefährdende Produkte und Zusätze	21
für einen verbesserten Naturschutz sorgen	18
für eine umweltfreundliche Stadtentwicklung sorgen	14

Frage: Ich habe hier jetzt Karten mit verschiedenen Aufgabenbereichen im Umweltschutz. Welchen Aufgaben sollte sich die Bundesregierung Ihrer Meinung nach in der Zukunft verstärkt zuwenden? Bitte suchen Sie die drei Aufgaben aus, die Ihnen am wichtigsten erscheinen.

Eine Mehrheit der Deutschen glaubt allerdings schon nicht mehr, dass die Folgen des Klimawandels noch bewältigt werden können. 62% sind in dieser Hinsicht pessimistisch. Nur ein gutes Drittel ist im Großen und Ganzen davon überzeugt, dass wir die aus der Klimaveränderung resultierenden Probleme in den Griff bekommen. Optimistischer als der Durchschnitt der Bevölkerung äußern sich in dieser Frage die Anhänger von CDU/CSU, pessimistischer sind dagegen die Wähler der Grünen. Das Geschlecht, das Alter und die Schulbildung ergeben bei der Einschätzung einer Bewältigung des Klimawandels keine Unterschiede.



Tabelle 10: Bewältigung der Folgeprobleme in Deutschland (Zeitreihe)²

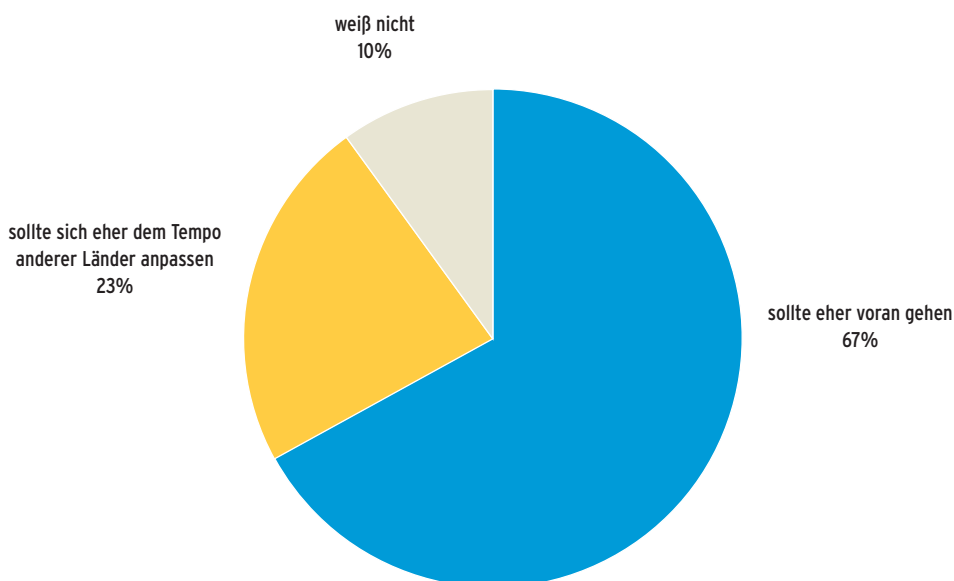
Angaben in %	voll und ganz überzeugt	ziemlich überzeugt	wenig überzeugt	überhaupt nicht überzeugt	Mittelwert*
Erhebung 2006	4	35	52	10	2,67
Erhebung 2004	4	33	54	9	2,67
Erhebung 2002	4	36	51	9	2,65

Frage: Wie sehr sind Sie davon überzeugt, dass wir in Deutschland die Probleme, die aus dem Klimawandel resultieren, bewältigen können?

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist die Überzeugung, Folgeprobleme des Klimawandels bewältigen zu können.

Dennoch soll alles, was möglich ist, unternommen werden und die öffentliche Meinung ist unmissverständlich: Deutschland soll Vorbild für einen klimaschonenden Umgang mit Energie sein – nicht nur national, sondern auch international. Zwei Drittel (67%) der Bevölkerung sind der Ansicht, dass Deutschland in der internationalen Klimaschutzpolitik vorangehen sollte. Dies ist im Vergleich mit den Befragungen aus den Jahren 2002 und 2004 eine weitere Steigerung des Anteils der Befürworter einer klimapolitischen Vorreiterrolle Deutschlands (2002: 47%, 2004: 56%). Das Engagement auf den internationalen Klimakonferenzen findet in der Bevölkerung also Anklang und man plädiert für eine zukünftig noch aktivere Rolle Deutschlands.

Abbildung 3: Deutschlands Rolle in der Klimaschutzpolitik



Frage: Sollte Ihrer Meinung nach Deutschland zukünftig in der Klimaschutzpolitik voran gehen oder sich dem Tempo anderer Länder anpassen?

2 Auf Grund von Rundungen der Prozentwerte der einzelnen Kategorien summieren sich die Kategorien in den Tabellen und Abbildungen nicht immer auf 100%.

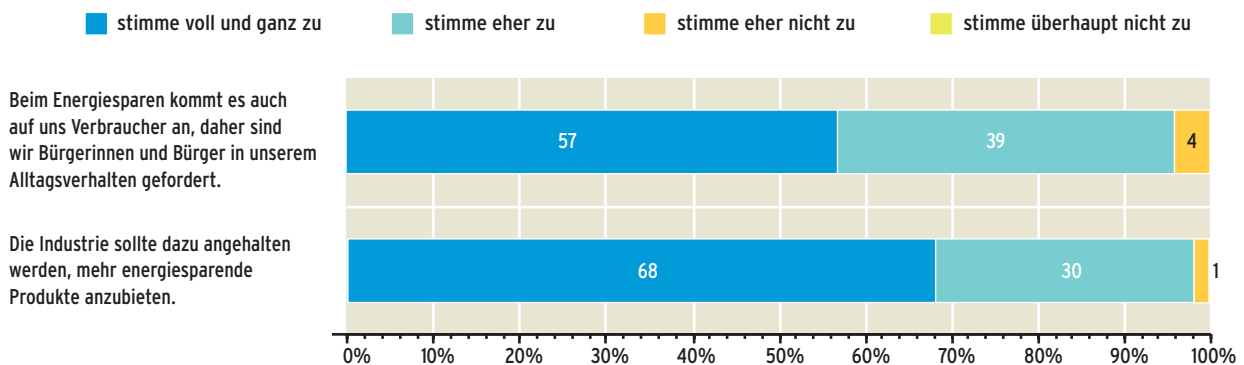
Umweltbewusstsein 2006

Klimaschutz und Energie

3.2 Breite Zustimmung zum Ausbau erneuerbarer Energien, zur Energieeffizienz und zum Atomausstieg

Spricht man sie direkt darauf an, so wissen die Deutschen durchaus um ihre Macht als Energieverbraucher. Mit einem Anteil von 57% ist mehr als die Hälfte der Bevölkerung ausdrücklich davon überzeugt, dass es beim Energiesparen auch auf die Verbraucher ankommt und man daher im Alltagsverhalten gefordert sei. Weitere 39% stimmen dieser Meinung immerhin noch weitgehend zu. Nur 4% stimmen eher nicht zu. Letztlich wird der Industrie aber doch noch ein wenig mehr Verantwortung abverlangt: Sie sollte dazu angehalten werden, mehr energiesparende Produkte anzubieten. Diese Aussage findet bei den Deutschen nahezu hundertprozentige Zustimmung.

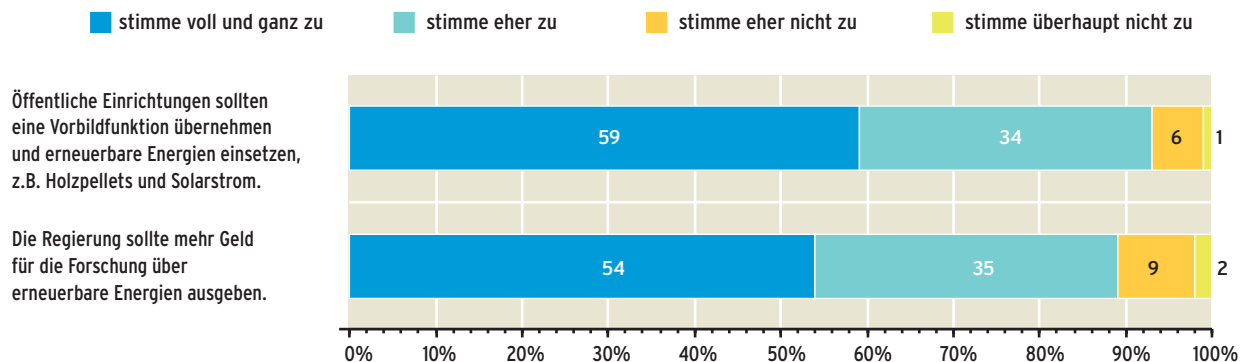
Abbildung 4: Einstellungen zum Energiesparen



Anweisung: Im Folgenden haben wir einige Aussagen zum Thema Energie zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie den Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen!

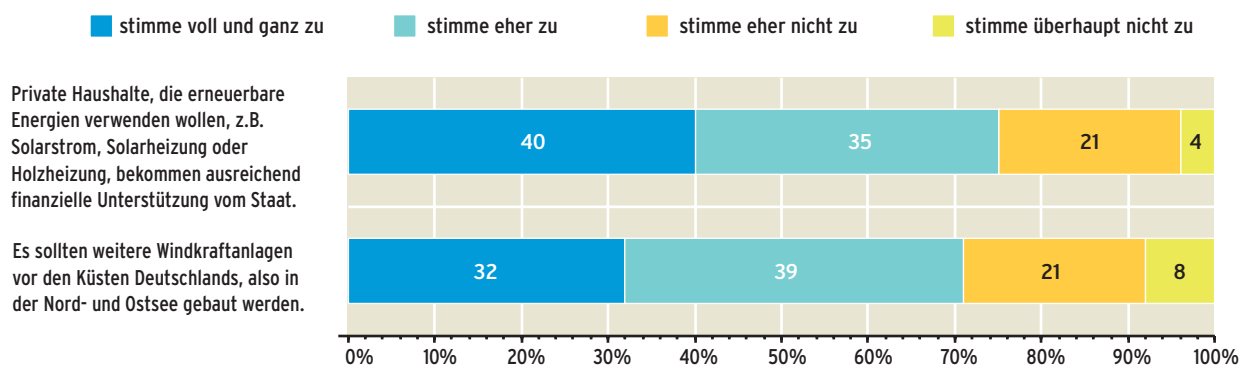
Auf den größten Anklang trifft die Überlegung, dass öffentliche Einrichtungen beim Einsatz erneuerbarer Energien eine Vorbildfunktion übernehmen sollen. Trotz leerer Staatskassen sind ferner fast 90% der Bundesbürger damit einverstanden, mehr Geld für die Forschung über erneuerbare Energien auszugeben.

Abbildung 5: Einstellungen zur Vorbildfunktion öffentlicher Einrichtungen und zu Forschungsausgaben



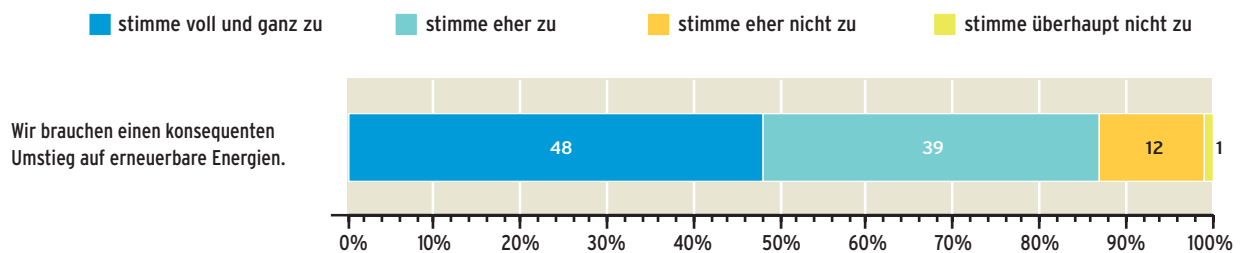
Drei Viertel der Deutschen halten die staatliche Förderung für private Haushalte, die erneuerbare Energien verwenden wollen, für ausreichend. Ein Viertel ist gegenteiliger Meinung. Die Höhe des allgemeinen Umweltbewusstseins³ übt auf die Bewertung dieser Maßnahme keinen Einfluss aus. Sowohl die Befürworter als auch die Gegner einer stärkeren Unterstützung privater Haushalte zeichnen sich durch ein annähernd gleich hohes Umweltbewusstsein aus.

Abbildung 6: Einstellungen zu staatlicher Förderung und zu Windkraftanlagen



Anders verhält es sich damit bei der Einschätzung, ob weitere Windkraftanlagen vor den Küsten Deutschlands gebaut werden sollen. Je höher das Umweltbewusstsein, desto ausdrücklicher tritt man für diese Maßnahme ein. Mit einem Anteil von 71% ist eine gute Mehrheit dafür. Und so bestätigt sich erneut, dass eine Energiewende und mithin ein konsequenter Umstieg auf erneuerbare Energien in der Bevölkerung auf überwältigende Zustimmung trifft: 87% befürworten diese Forderung.

Abbildung 7: Einstellung zum Umstieg auf erneuerbare Energien



Aber: Wie gut wissen die Bürgerinnen und Bürger überhaupt über den derzeitigen Anteil einzelner Energieträger an der Stromerzeugung in Deutschland Bescheid? Zur Beantwortung dieser Frage hatten wir den Befragten drei Grafiken vorgelegt, die den Anteil der fossilen Energien, der Kernenergie und der erneuerbaren Energien an der deutschen Stromversorgung im Jahr 2005 darstellten. Zwei der Grafiken waren falsch und nur eine zeigte die korrekte Verteilung der verschiedenen Energieträger. Als Ergebnis stellte sich heraus, dass fast die Hälfte der Befragten (45%) von einem geringeren Anteil erneuerbarer Energien und einem höherem Anteil der Kernenergie an unserer Stromversorgung ausgeht, als es tatsächlich der Fall ist. Von 45% der Bevölkerung wird der Stellenwert der Kernenergie somit überschätzt, während der Anteil der erneuerbaren Energien unterschätzt wird.

3 Zum Konstrukt „Umweltbewusstsein“: Die allgemeinen Einstellungen zum Umweltschutz werden mit einer Sammlung von Statements erfasst (siehe Tabelle 3 in Kapitel 2.2). Für Zusammenhangsanalysen wurde aus diesen Statements die Skala „allgemeines Umweltbewusstsein“ gebildet.

Umweltbewusstsein 2006

Klimaschutz und Energie

Signifikante Altersunterschiede oder auch geschlechtsspezifische Unterschiede sind bei der Einschätzung des Anteils der einzelnen Energieträger an der deutschen Stromversorgung nicht auszumachen. Frühere Studien haben übrigens häufig festgestellt, dass Männer über ein größeres Umweltwissen verfügen als Frauen.⁴ Dies ist hier nicht der Fall, allerdings zeigen sich interessante, hochsignifikante bildungsabhängige Unterschiede, und zwar insbesondere zwischen Personen mit einfacher und höherer Schulbildung. Während Befragte mit einfacher Schulbildung den Anteil der Kernenergie überdurchschnittlich häufig unterschätzen, ist es bei den Befragten mit höherer Schulbildung umgekehrt: Sie neigen noch stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung dazu, den Anteil der Kernenergie zu überschätzen.

Erneuerbare Energien lassen sich bekanntlich aus verschiedenen Quellen gewinnen, die unterschiedlich effizient sind. 88% befürworten einen Ausbau der Solarenergie an der Stromversorgung. Insgesamt zeigt die Tabelle 11 aber, dass für die Bundesbürger alle drei abgefragten Energiequellen (Wind, Sonne und Biomasse) ernsthafte Optionen für die Stromversorgung darstellen. Trotz der bekannten Diskussionen über die „Verspargelung“ der Landschaft durch Windkraftanlagen, ist eine deutliche Mehrheit von 62% auch für einen Ausbau der Windenergie. Etwas skeptischer als der Durchschnitt zeigen sich hier ältere Personen ab 70 Jahren. Drei von vier Personen meinen weiterhin, der Anteil der Biomasse an der Stromversorgung in Deutschland sollte ausgebaut werden. Das Votum der Bundesbürger ist eindeutig, mehr Geld für Forschung über erneuerbare Energien auszugeben (vgl. Abbildung 5) und insbesondere die Solarenergie verstärkt wettbewerbsfähig machen.

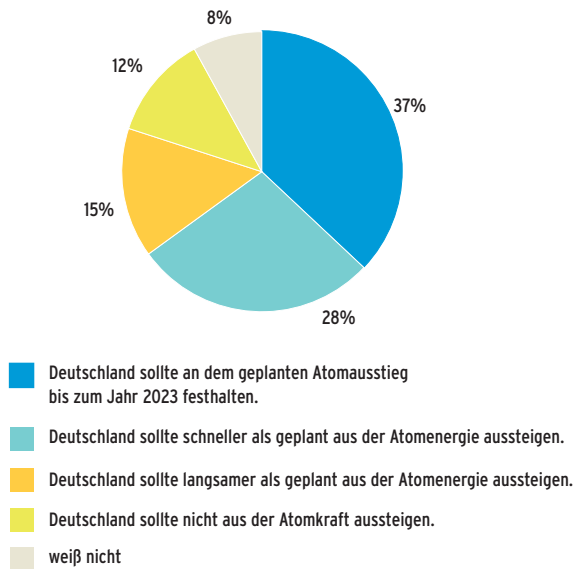
Tabelle 11: Ausbau von Windenergie, Solarenergie und Biomasse an der Stromversorgung

Angaben in %	Erhebung 2006			
	sollte ausgebaut werden	derzeitiger Anteil reicht aus	ist zu groß	habe dazu keine Meinung
Der Anteil der Windenergie an der Stromversorgung in Deutschland	62	29	4	6
Der Anteil der Solarenergie an der Stromversorgung in Deutschland	88	8	1	4
Der Anteil der Biomasse - z.B. Holz und Bioabfälle - an der Stromversorgung in Deutschland	73	15	2	10

Anweisung: In Deutschland wird in letzter Zeit viel über den Anteil einzelner Energieträger an der Stromgewinnung diskutiert. Bitte sagen Sie mir Ihre Meinung über die verschiedenen Formen erneuerbarer Energien.

Und wie steht es um das Image von Atomstrom? Die insgesamt überwältigende Zustimmung zu einem Umstieg auf erneuerbare Energien hat bereits mehrfach gezeigt, dass die Deutschen eine neue Energieversorgung wünschen. Die Atomenergie möchte man mehrheitlich ad acta legen. Zwei Drittel der Deutschen wollen am beschlossenen Atomausstieg festhalten oder ihn sogar noch beschleunigen. Diese Haltung ist von dem Störfall im schwedischen AKW Forsmark Ende Juli 2006 nicht beeinflusst, denn die Befragung fand vor diesem Ereignis statt. Nur 15% der Deutschen befürworten einen verlangsamten Ausstieg aus der Atomenergie. Nicht einmal eine von acht Personen ist explizit für einen Wiedereinstieg. 37% meinen hingegen, Deutschland solle an dem geplanten Atomausstieg bis zum Jahr 2023 festhalten. Immerhin 28% sind der Ansicht, der Ausstieg sollte schneller vonstatten gehen. Frauen befürworten dies signifikant häufiger als Männer, und zwar nahezu jede Dritte, unter den Männern jeder Vierte. Auch das Alter spielt eine Rolle bei der Haltung zur Atomkraft: Je jünger, desto eher plädiert man für einen schnelleren Ausstieg aus der Atomenergie. Sehr ungleich wird die Atomkraft von den unterschiedlichen Parteianhängern bewertet. Langsamer als geplant oder gar nicht aus der Atomenergie aussteigen wollen 43% der Anhänger von CDU/CSU und 52% der FDP-Wähler. Unter den Anhängern der SPD trifft dies auf 21% zu. Bei den Wählern von Bündnis 90/Die Grünen sind es nur 4% und bei den Anhängern von Linksparteien (PDS und WASG) 30%.

Abbildung 8: Ausstieg aus der Atomenergie



Frage: In der letzten Zeit wurde in Deutschland viel über den Ausstieg aus der Atomkraft diskutiert. Was ist Ihre persönliche Meinung zum Atomausstieg?

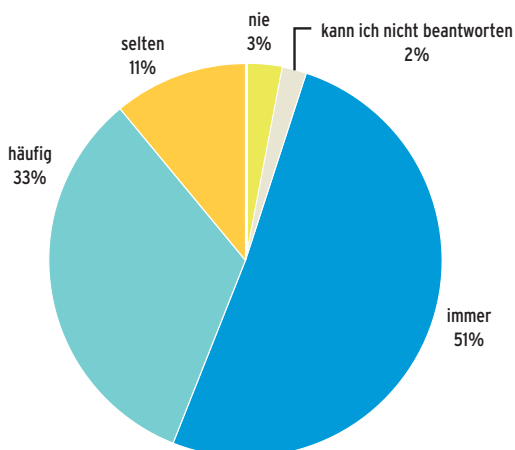
3.3 Energiesparen und Bezug von Öko-Strom

Über den eigenen Energieverbrauch hat sich die große Mehrheit noch nicht so recht Gedanken gemacht. Jeweils drei von vier befragten Personen unserer Studie können keine Aussage darüber machen, wie viele Kilowatt-Stunden Strom ihr Haushalt pro Jahr verbraucht und wie viel Cent sie im vergangenen Jahr für eine Kilowatt-Stunde bezahlt haben. Von den anderen Personen nennen aber auch nur 28% annähernd korrekte Preise zwischen 15 und 20 Cent pro Kilowattstunde. Genau genommen wissen also nur ca. 11% der Bürgerinnen und Bürger – etwa

jeder Neunte – wie viel sie für Strom bezahlen. Alter, Geschlecht, Schulbildung und Einkommen haben keinen statistischen Effekt auf das Wissen um Stromverbrauch und -kosten.

Die Mehrheit der Bevölkerung kann zwar nicht genau sagen, wie hoch der Stromverbrauch in ihrem Haushalt ist, gleichzeitig stimmen aber nahezu alle Bürgerinnen und Bürger der Aussage zu, dass es beim Energiesparen auch auf die Verbraucher ankomme und man daher im Alltagsverhalten gefordert sei (vgl. Abbildung 4). Offenbar kommt dem Energiesparen in vielen Fällen eine eher prinzipielle Bedeutung zu, ohne dass man ständig seinen Stromzähler kontrolliert. Man verhält sich im Alltag generell sparsam und schaltet vielleicht nicht benötigtes Licht aus oder findet es generell gut, effiziente Geräte zu kaufen. So behaupten 84% der Deutschen, dem Energieverbrauch Beachtung zu schenken, wenn sie Haushaltsgeräte kaufen. Nur 14% machen sich diese Mühe nicht (vgl. Tab. 41).

Abbildung 9: Beachtung des Energieverbrauchs beim Kauf von Haushaltsgeräten



Frage: Ich lese Ihnen nun verschiedene Handlungen vor, die im Alltag eine Rolle spielen. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste, wie häufig Sie diese Handlungen ausführen.

Häufig fehlt es an Informationen darüber, in welchem Ausmaß Energie im Haushalt eingespart werden kann. Welche Maßnahmen und Angebote würden die Bürgerinnen und Bürger also veranlassen, entsprechend aktiv zu werden? Tabelle 4 zeigt, dass eine persönliche Beratung in diesem Fall nicht übermäßig willkommen ist, weder zu Hause noch im Geschäft oder am Einkaufsort, am wenigsten am Telefon. Am ehesten würde man sich noch an eine einschlägige Beratungsstelle wenden.

Ich achte beim Kauf von Haushaltsgeräten auf einen niedrigen Energieverbrauch.

Umweltbewusstsein 2006

Klimaschutz und Energie

Am größten ist das Interesse an einer stärkeren finanziellen Förderung von Einsparmaßnahmen. 83% der Befragten erklären, dass eine stärkere finanzielle Förderung von Einsparmaßnahmen, z.B. zinslose Kredite für die Wärmedämmung oder die Erneuerung der Heizungsanlage, sie „höchst wahrscheinlich“ oder „eher ja“ dazu veranlassen würde, Energie im Haushalt einzusparen. Drei von vier Personen halten ferner gezielte Informationen über Möglichkeiten der Energieeinsparung in Presse, Funk und Fernsehen für sinnvoll. Einen geringeren Effekt hätten höhere Preise für Strom. Mit einem Anteil von 63% sähe sich jedoch immer noch eine Mehrheit zum Sparen von Energie veranlasst. Vermutlich würden allerdings höhere Preise – desgleichen höhere Energiesteuern (vgl. Tabelle 23) – aber auch für Verärgerung sorgen.

Tabelle 12: Was veranlasst die Bürger zum Energiesparen?

Angaben in %	Erhebung 2006				Mittelwert*
	höchst wahrscheinlich	eher ja	eher nein	sicherlich nicht	
eine stärkere finanzielle Förderung von Einsparmaßnahmen, z.B. zinslose Kredite für die Wärmedämmung oder die Erneuerung der Heizungsanlage	46	37	12	5	1,76
gezielte Informationen über Möglichkeiten der Energieeinsparung in Presse, Funk und Fernsehen	28	48	20	4	2,01
höhere Preise für Energie, z.B. für Strom	28	35	25	12	2,22
persönliche Beratung in einer Beratungsstelle	15	45	26	14	2,40
persönliche Beratung im Geschäft oder am Einkaufsort	8	39	33	20	2,65
persönliche Beratung zu Hause	10	31	39	20	2,69
persönliche Beratung am Telefon	2	14	45	40	3,22

Frage: Inwieweit würden die folgenden Maßnahmen und Angebote Sie als Bürger dazu veranlassen, Energie in Ihrem Haushalt einzusparen?

** Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist der Einfluss auf das Energiesparen.*

Die Deutschen halten mittlerweile viel von erneuerbaren Energien, doch der private Bezug von Strom aus erneuerbaren Energien stellt nach wie vor eine Ausnahme dar. Aus der heimischen Steckdose der Bundesbürger fließt hauptsächlich Strom von konventionellen Anbietern. Nur 5% der Befragten geben an, bereits Öko-Strom zu beziehen. Gegenüber den Befragungen aus den Jahren 2002 und 2004 ist dies eine geringfügige Steigerung um 2 Prozentpunkte. Immerhin ist die Zahl derer, die den Bezug von Öko-Strom grundsätzlich ablehnen, von 50% im Jahr 2004 auf nun 40% gesunken. Gleichzeitig erklären entsprechend mehr Personen, dass sie zukünftig vielleicht Öko-Strom beziehen wollen. Wohlwollend interpretiert ist die Nachfrage nach umweltverträglichem Strom also leicht gestiegen. Überdurchschnittlich ist das Interesse an Öko-Strom in den jüngeren Altersgruppen von 18 bis 29 Jahren. Auch die Schulbildung hat einen Effekt: Je höher, desto größer ist die Sympathie für Strom aus erneuerbaren Energien. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind nicht festzustellen.

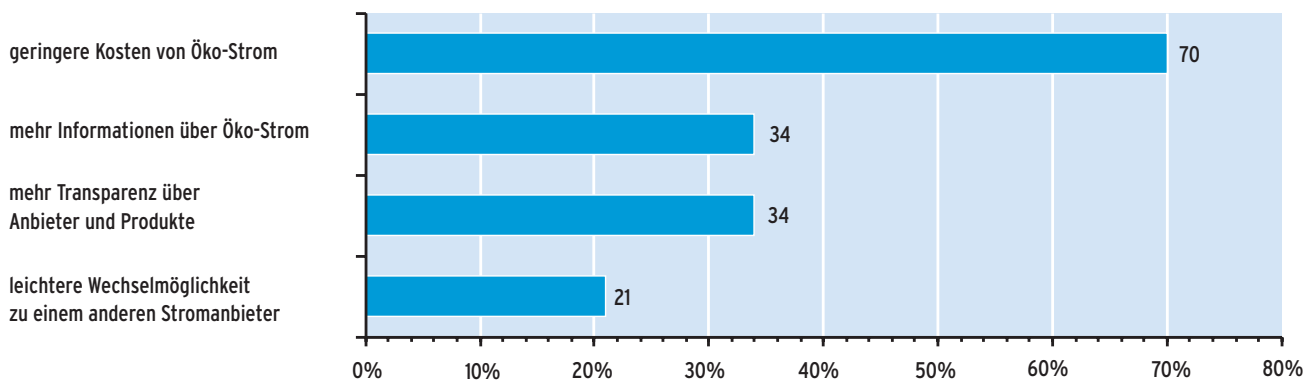
Tabelle 13: Bereitschaft zum Bezug von Öko-Strom (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung		
	2002	2004	2006
Ich beziehe bereits Öko-Strom.	3	3	5
Ich beabsichtige, Öko-Strom zu beziehen.	8	9	7
Vielleicht werde ich zukünftig Öko-Strom beziehen.	45	38	48
Nein, ich werden keinen Öko-Strom beziehen.	44	50	40

Frage: Viele Stromlieferanten bieten an, dass man Öko-Strom beziehen kann, d.h. Strom, der aus erneuerbaren Energien (Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft etc.) stammt. Beziehen Sie Öko-Strom oder beabsichtigen Sie, zukünftig Öko-Strom zu beziehen?

Warum ist die Nachfrage nach umweltverträglichem Strom so gering? Was würde helfen, damit mehr Bürgerinnen und Bürger Öko-Strom beziehen? Nahezu drei von vier Personen behaupten, geringere Kosten von Öko-Strom würden sie dabei unterstützen, zu einem entsprechenden Anbieter zu wechseln. Offensichtlich hält sich hartnäckig das Vorurteil, Öko-Strom sei im Vergleich zu konventionellem Strom deutlich teurer. Im Osten Deutschlands ist dieses Vorurteil noch stärker verbreitet. Und wenn man bedenkt, dass nur ungefähr jeder Neunte annähernd korrekte Angaben über den Preis einer Kilowatt-Stunde machen kann, dann fragt man sich, ob die Kosten wirklich das entscheidende Problem sind. Vermutlich ist es eher Bequemlichkeit, die den Wechsel zum Öko-Strom behindert. Jeder Fünfte bestätigt, eine leichtere Wechselmöglichkeit zu einem anderen Stromanbieter würde helfen – obwohl der Wechsel mittlerweile reibungslos funktionieren dürfte. Es bestehen also immer noch Informationsdefizite. Das bestätigen auch die Bürgerinnen und Bürger, denn jeder Dritte fordert mehr Transparenz über Anbieter und Produkte sowie generell mehr Informationen über Öko-Strom.

Abbildung 10: Was hilft, Öko-Strom zu beziehen?



Frage: Was könnte Sie dabei unterstützen bzw. was könnte Sie dazu veranlassen, Öko-Strom zu beziehen? (Mehrfachantworten möglich)

Umweltbewusstsein 2006

Umweltrisiken und gesundheitliche Belastungen

4 Umweltrisiken und gesundheitliche Belastungen

4.1 Gefahren und Risiken

Fast jeder zweite Deutsche fühlt sich durch den Klimawandel persönlich bedroht. Gleiches gilt für die Risiken der Atomkraft. Auch in Bezug auf die Gentechnik dominiert die Einschätzung, diese könne für einen selbst und die eigene Familie gefährlich werden. 42% stufen die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen in Lebensmitteln als potenziell gesundheitsgefährdend ein. Im Osten Deutschlands ist man in der Einschätzung des persönlichen Gefährdungspotenzials der Atomtechnologie und der Gentechnik etwas gelassener. Der Klimawandel hingegen löst bei den Menschen in Ost und West ähnlich starke Bedrohungsgefühle aus. Differenziert man nach dem Geschlecht der Befragten, so zeigt sich, dass die durch den Treibhauseffekt verursachten Klimaveränderungen von Frauen und Männern in gleichem Maße als gefährlich eingeschätzt werden. Für die Risiken der Atomkraft und der Gentechnik gilt jedoch, dass sich Frauen stärker als Männer persönlich bedroht fühlen. Auch das Alter hat einen Effekt, und zwar auf die Beurteilung des persönlichen Gefährdungspotenzials aller drei Großrisiken. Als Tendenz lässt sich festhalten: Die Jüngsten (18 und 19 Jahre) sowie die Ältesten (70 Jahre und älter) sind weniger risikobewusst als der Durchschnitt. Umgekehrt hält die Altersgruppe der 40- bis 69-jährigen die Risiken des Klimawandels, der Atomkraft und der Gentechnik für überdurchschnittlich gefährlich.

Tabelle 14: Empfundene Gefährdung der Familie

Angaben in %	Erhebung 2006					Mittelwert*
	äußerst gefährlich für mich und meine Familie	sehr gefährlich für mich und meine Familie	etwas gefährlich für mich und meine Familie	kaum gefährlich für mich und meine Familie	überhaupt nicht gefährlich für mich und meine Familie	
Wie gefährlich ist eine durch den „Treibhauseffekt“ verursachte weltweite Klimaveränderung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	17	30	34	15	4	2,58
Wie gefährlich sind Atomkraftwerke und der entstehende radioaktive Müll Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	25	22	24	21	7	2,63
Wie gefährlich ist die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen (wie gentechnisch veränderter Mais) in verschiedenen Lebensmitteln Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	18	24	29	21	8	2,77
Wie gefährlich ist die durch Autos und Industrie verursachte Luftverschmutzung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	5	23	44	23	6	3,02
Wie gefährlich ist das Verschmutzen der Bäche, Flüsse und Seen in Deutschland Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	7	19	36	30	7	3,13

Frage: Wenn Sie jetzt an sich und Ihre Familie denken: Wie gefährlich sind die im Folgenden genannten Phänomene für Sie und Ihre Familie?

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 5): Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist die empfundene Gefährdung.

Der Tabelle 14 ist weiterhin zu entnehmen, dass eher lokale Risiken wie die Verschmutzung von Luft und Gewässern im Durchschnitt als weniger gefährlich empfunden werden als der Klimawandel, die Atomkraft und die Gentechnik. Dieser Trend kann seit Jahren beobachtet werden. Er kann mit Hilfe eines aus der Risikoforschung bekannten Phänomens erklärt werden. Danach sinkt der wahrgenommene Gefährdungsgrad eines Risikos, wenn man den Eindruck hat, man könne den Umgang mit diesem Risiko steuern. Daher wird vieles, was der lokalen und somit nahen und vertrauten Umwelt zugeordnet werden kann, generell weniger ängstlich beurteilt als die oft sehr diffus erscheinenden globalen Risiken.

Auf den ersten Blick überraschend ist die Zeitreihe in der folgenden Tabelle 15. Vor dem Hintergrund der von den Deutschen zunehmend geforderten Energiewende hätte man annehmen können, dass der Eindruck einer persönlichen Bedrohung durch den Klimawandel in der aktuellen Studie zugenommen habe. Dies ist nicht der Fall. Vielmehr hat der Anteil derjenigen, die eine durch den Treibhauseffekt verursachte weltweite Klimaveränderung als äußerst oder sehr gefährlich für sich und die eigene Familie einstufen, gegenüber der Befragung 2004 um 6% abgenommen (2004: 53%, 2006: 47%). In Bezug auf die Einschätzung der Risiken der Atomtechnologie ist dieser Anteil sogar um 12%, bei der Einschätzung der Gentechnik um 9% geschrumpft. Dennoch bewegt sich die Risikowahrnehmung weiterhin auf hohem Niveau.

Tabelle 15: Empfundene Gefährdung der Familie (Zeitreihe)

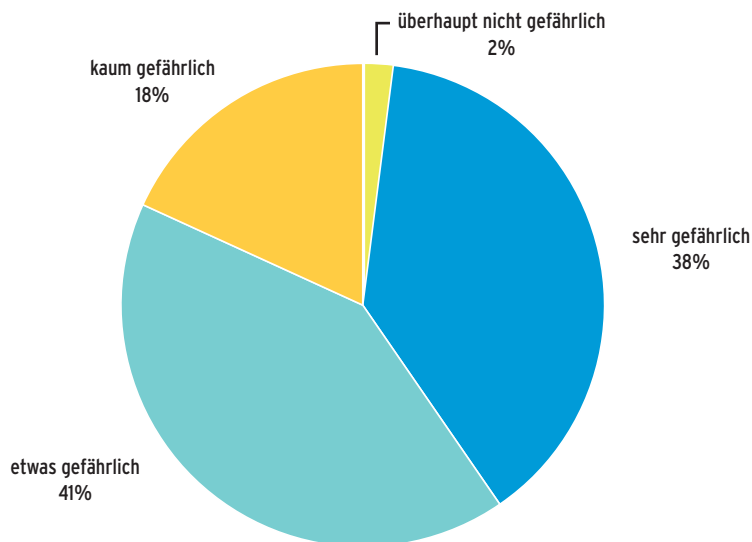
	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
Anteil der Befragten in %, der die folgenden Phänomene als äußerst bzw. sehr gefährlich für sich und die eigene Familie halten				
eine durch den „Treibhauseffekt“ verursachte weltweite Klimaveränderung	58	46	53	47
Atomkraftwerke und entstehender radioaktiver Müll	-	53	59	47
die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen in Lebensmitteln	-	44	51	42
die durch Autos und Industrie verursachte Luftverschmutzung	30	30	29	28
das Verschmutzen der Bäche, Flüsse und Seen in Deutschland	36	28	31	26

Da nun, wie man aus der Risikoforschung weiß (siehe oben), der wahrgenommene Gefährdungsgrad mit dem Grad der Eigenverantwortlichkeit sinkt, kann angenommen werden, dass diffuse Ängste abnehmen, wenn die Bürgerinnen und Bürger das Gefühl haben, mit eindeutigen politischen Optionen Stellung nehmen zu können. Da das bei den Themen Klimawandel und Energiewende der Fall ist, muss es daher gar nicht so überraschen, dass im Vergleich zur letzten Umfrage das Bedrohungsempfinden scheinbar paradoxerweise gleichzeitig abgenommen hat. Einen ähnlichen Effekt beobachten wir im Hinblick auf die Gentechnik. Die Gentechnik wird von der Bevölkerungsmehrheit im Übrigen nicht nur als potenzielles Gesundheitsrisiko empfunden. Ein großer Teil hat auch Bedenken bezüglich der Sicherheit im Hinblick auf die Folgen für Natur und Umwelt (vgl. dazu auch Kap. 7.1 unten).

Umweltbewusstsein 2006

Umweltrisiken und gesundheitliche Belastungen

Abbildung 11: Gefahr durch den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen für Natur und Umwelt



Frage: Wie gefährlich ist Ihrer Meinung nach der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen für Natur und Umwelt?

Frauen sind weitaus stärker als Männer davon überzeugt, dass gentechnisch veränderte Pflanzen Natur und Umwelt schaden könnten: 43% der Frauen halten einen derartigen Eingriff in die Natur für sehr gefährlich, unter den Männern sind es 34%. Jeder vierte Mann, aber nur jede siebte Frau ist vom Gegenteil überzeugt. Auch das Alter hat einen Effekt auf die Einschätzung der Gefährlichkeit gentechnisch veränderter Pflanzen für Natur und Umwelt. Befragte zwischen 18 und 29 Jahren sind weniger als der Durchschnitt davon überzeugt, die Gentechnik könne der Natur etwas anhaben, am deutlichsten gilt dies für die 18- und 19-Jährigen. Junge Menschen stehen der Gentechnik mithin aufgeschlossener gegenüber.

Tabelle 16: Kauf von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln (Zeitreihe)

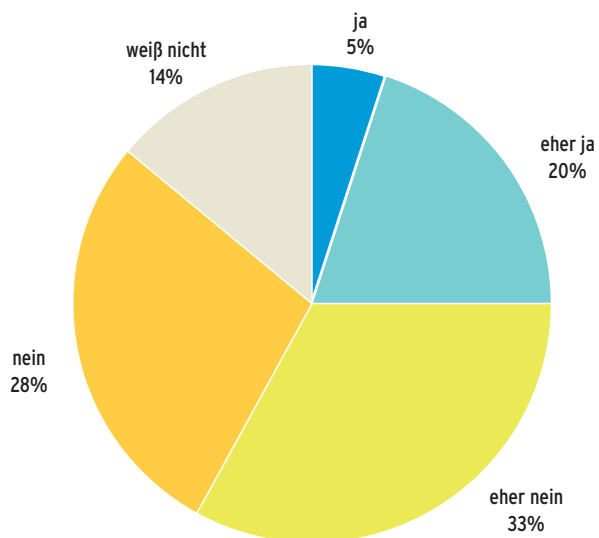
Angaben in %	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
ja	6	5	6	7
eventuell	19	21	17	21
eher nicht	32	35	31	33
überhaupt nicht	43	39	46	40

Frage: In den kommenden Jahren ist damit zu rechnen, dass der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen auch in Europa von den Behörden genehmigt werden wird. Würden Sie Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Organismen kaufen? (leicht veränderte Frage gegenüber Vorjahren)

Die genannte Tendenz der abnehmenden Bedrohungsgefühle beim Eindruck des Vorhandenseins einer klaren Verhaltensoption bestätigt sich: Auch von denjenigen, die mutmaßen, die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen in Lebensmitteln sei für sie selbst und die eigene Familie kaum gefährlich, behauptet

rund die Hälfte, sie würden derartige Lebensmittel „eher nicht“ oder „überhaupt nicht“ kaufen. Weniger Vorbehalte als der Bevölkerungsdurchschnitt haben auch hier junge Menschen zwischen 18 und 29 Jahren. Ab einem Alter von 30 Jahren nimmt die Akzeptanz von Genfood hingegen ab.

Abbildung 12: Ausreichen des Staatshandelns für die Sicherheit und Gesundheit im Bereich Gentechnik



Frage: Glauben Sie, dass der Staat im Bereich der Gentechnik genug tut, um die Sicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten?

Nur jeder vierte Deutsche ist der Ansicht, dass der Staat im Bereich der Gentechnik genug tut, um die Sicherheit und die Gesundheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Die Mehrheit (61%) ist gegenteiliger Ansicht und nimmt somit Defizite im Engagement des Staates wahr. Frauen vertreten diese Meinung noch stärker als Männer (65% vs. 56%). Eine Differenzierung nach Alter und Schulbildung zeigt keine bemerkenswerten Unterschiede in der Haltung zu Staat und Gentechnik. Einen starken Einfluss besitzen hingegen die politische Orientierung und die Ausprägung des allgemeinen Umweltbewusstseins. Je höher das allgemeine Umweltbewusstsein ausfällt, desto stärker neigt man zu der Ansicht, der Staat müsse mehr Verantwortung für Sicherheit und Gesundheit im Bereich der Gentechnik übernehmen. Für mehr staatliche Verantwortung plädieren auch die Anhänger der SPD, der Linksparteien (PDS, WASG) und insbesondere von Bündnis 90/Die Grünen, unterdurchschnittlich ausgeprägt ist diese Haltung bei den Wählern von CDU/CSU und FDP.

4.2 Umwelt und Gesundheit

Etwas mehr als jeder vierte Deutsche (26%) macht Umweltprobleme für eine starke gesundheitliche Belastung verantwortlich, immerhin 4% mehr als vor zwei Jahren (22%). Ein Blick auf die Zeitreihe in Tabelle 17 zeigt, dass durch Umwelteinflüsse verursachte Beeinträchtigungen des persönlichen Wohlbefindens ein zunehmend ernstes Problem darstellen. Dabei spielt sicherlich eine Rolle, dass immer mehr Menschen auf ihre Gesundheit achten und somit auch sensibler für potenziell krank machende Einflüsse aus der Umwelt geworden sind. So sehen sich heute nur noch 16% der Deutschen überhaupt nicht durch Umweltprobleme belastet. Frauen fühlen sich signifikant stärker durch Umweltprobleme belastet als Männer (29% vs. 23%). Alter und Bildung spielen keine bemerkenswerte Rolle, wohl aber das allgemeine Umweltbewusstsein: Je höher dieses ausgeprägt ist, desto höher ist auch die Sensibilität für die von Umweltproblemen ausgehenden gesundheitlichen Belastungen.

Umweltbewusstsein 2006

Umweltrisiken und gesundheitliche Belastungen

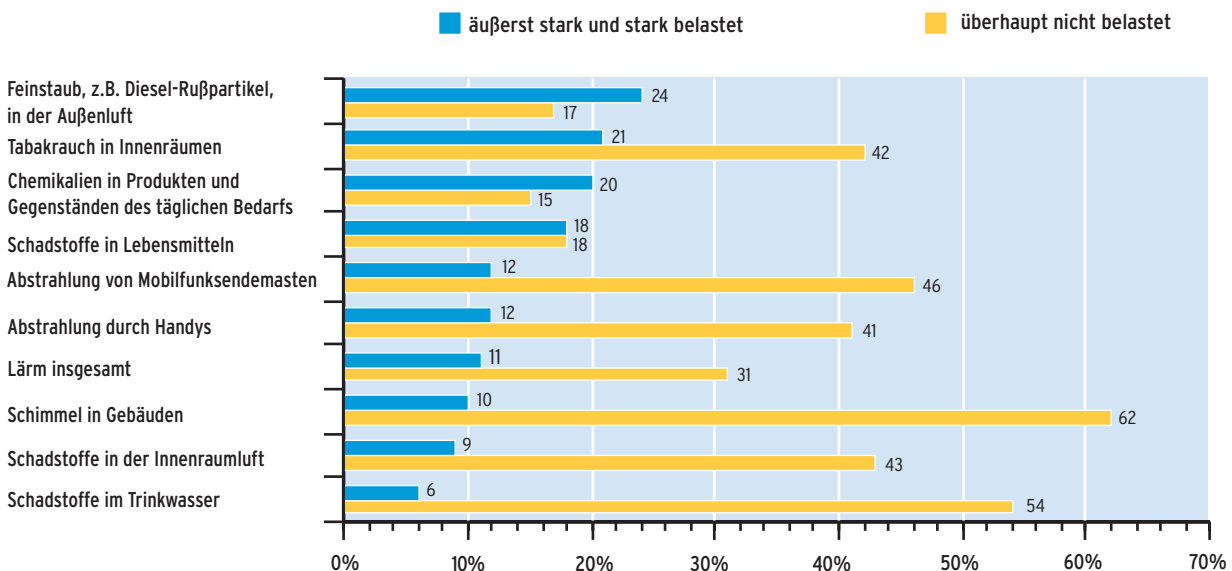
Tabelle 17: Gesundheitsbelastung durch Umweltprobleme (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
sehr stark	4	4	3	4
stark	19	19	19	22
wenig	55	54	58	57
überhaupt nicht	22	23	20	16

Frage: Sagen Sie mir bitte, wie stark, glauben Sie, belasten Umweltprobleme derzeit Ihre Gesundheit?

Feinstaub gilt den Deutschen unter den vielfältigen Belastungen aus der Umwelt als das Gesundheitsrisiko Nr. 1. Annähernd jeder vierte Deutsche fühlt sich durch Feinstaub äußerst stark oder stark belastet. 59% fühlen sich immerhin noch mäßig oder etwas belastet. Lediglich 17% sehen für sich keine gesundheitliche Beeinträchtigung. Chemikalien in Produkten und Gegenständen des täglichen Bedarfs, Schadstoffe in Lebensmitteln und Tabakrauch in Innenräumen werden ebenfalls von einer beträchtlichen Zahl von Personen als Quellen starker Gesundheitsbelastungen wahrgenommen. Die Bedenken in Bezug auf Schadstoffe in Lebensmitteln haben gegenüber der Befragung 2004 noch einmal deutlich zugenommen. Die folgende Grafik stellt die Prozentsätze der subjektiv äußerst stark und stark Belasteten denjenigen der überhaupt nicht Belasteten gegenüber.

Abbildung 13: Gesundheitsbelastungen



Frage: Sagen Sie mir bitte, wie stark Sie sich durch die folgenden Faktoren in Ihrer Gesundheit belastet fühlen.

Die Wahrnehmung von Feinstaub und Schadstoffen in der Innenraumluft sind vor allem ein Großstadtproblem. Hier steigt die Zahl der Belasteten deutlich an. Beim Feinstaub fürchten fast ein Drittel der Befragten aus Städten mit 500.000 und mehr Einwohnern starke Auswirkungen auf ihre Gesundheit. Um die Feinstaubbelastung zu verringern, wäre sogar eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung dafür, Straßen vorübergehend für Pkw und Lkw zu sperren (vgl. hierzu Kap. 6.2). Auch wer an einer stark befahrenen Hauptverkehrsstraße

wohnt⁵ – unabhängig von der Größe des Wohnorts – ist deutlich stärker sensibilisiert für die gesundheitlichen Belastungen, die von Feinstaub und auch von Lärm ausgehen können. Mehr belastet als der Bevölkerungsdurchschnitt fühlt sich diese Personengruppe zudem durch Schadstoffe in der Innenraumluft.

Frauen fühlen sich durch Schadstoffe in Lebensmitteln und durch Chemikalien in Produkten und Gegenständen des täglichen Bedarfs noch stärker als Männer belastet. Ansonsten unterscheiden sich die Geschlechter nicht hinsichtlich der empfundenen Gesundheitsbelastungen. Das Bildungsniveau hat ebenfalls nur partiell einen Effekt. Mit steigender Schulbildung nimmt insbesondere die wahrgenommene Gesundheitsbelastung durch die Abstrahlung von Mobilfunksendemasten, Feinstaub und Tabakrauch in Innenräumen zu.

Tabelle 18: Zukünftige Gesundheitsbelastung von Kindern und Enkeln durch Umweltprobleme (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
sehr stark	20	17	18	20
stark	53	50	57	55
wenig	25	29	23	22
überhaupt nicht	2	4	2	2

Frage: Wie stark werden Umweltprobleme die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder belasten – sagen wir, in den nächsten 25 Jahren?

Offensichtlich glauben viele Menschen nicht, dass wir die gesundheitlichen Belastungen aus der Umwelt zukünftig in den Griff bekommen werden. Im Gegenteil: Ist es heute eine von vier Personen, die sich sehr stark oder stark durch Umweltprobleme belastet fühlt, erwarten für die nächsten 25 Jahre drei von vier Personen, dass von Umweltproblemen sehr starke oder starke Gesundheitsbelastungen ausgehen. Diese Einstellung hat im Laufe der letzten Jahre immer mehr Anhänger gefunden.

Tabelle 19: Persönliche Erfahrung mit allergischen Erkrankungen (Zeitreihe)

Angaben in % (Mehrfachnennungen möglich)	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
Ja, ich bin selbst betroffen.	17	17	18	19
Ja, ein Mitglied meines Haushalts ist betroffen.	13	19	20	21
Ja, in meinem engeren Freundeskreis gibt es Betroffene.	16	18	19	26
Ja, im weiteren Bekanntenkreis gibt es Betroffene.	17	21	22	31
Nein, ich kenne niemanden persönlich, der von allergischen Erkrankungen betroffen ist.	51	43	39	34

Frage: Haben Sie in den letzten drei Jahren persönliche Erfahrungen mit allergischen Erkrankungen gemacht, d.h. sind Sie selbst oder jemand in Ihrem persönlichen Umfeld von solchen Erkrankungen betroffen, und wenn ja, um wen handelt es sich dabei?

Wie man aus zahlreichen Studien weiß, glaubt ein Großteil der Bevölkerung, dass Allergien durch Umwelteinflüsse verursacht sind. Laut unserer Zeitreihe in Tabelle 19 sind allergische Erkrankungen weiter auf dem Vor-

⁵ Dabei handelt es sich um Einschätzungen der Interviewerinnen und Interviewer.

Umweltbewusstsein 2006

Umweltrisiken und gesundheitliche Belastungen

marsch. Bei allen Statements ist eine Zunahme von Allergien in der Bevölkerung sichtbar. Nur noch jeder Dritte sagt von sich, niemanden mit Allergien zu kennen. 19% sind selbst von einer Allergie betroffen und bei 21% ist ein Mitglied des Haushalts Allergiker. Jeder Vierte ist im engeren Freundeskreis mit Allergien konfrontiert. Nach wie vor sind die Quoten im Westen Deutschlands deutlich höher als im Osten. Ein Tatbestand, den wir in den letzten Jahren immer wieder festgestellt haben.

Nicht nur die Häufigkeit allergischer Erkrankungen ist gestiegen, offenbar hat auch ihr Schweregrad zugenommen. Wie der Zeitreihe in Tabelle 20 zu entnehmen ist, erklären mittlerweile 27% der von Allergien Betroffenen, dass sie sich in ihrer Gesamtbefindlichkeit sehr stark oder stark beeinträchtigt fühlen.

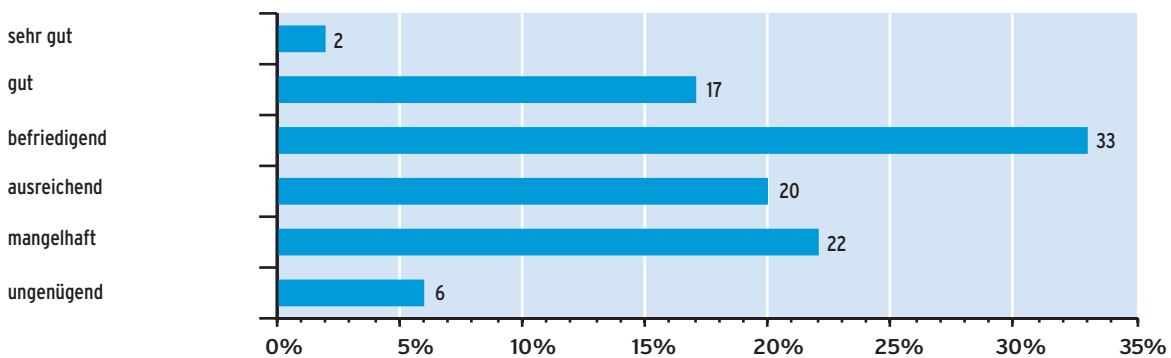
Tabelle 20: Beeinträchtigung der Befindlichkeit durch Allergien (Zeitreihe)

Anteil in % der Befragten, die zuvor angaben, sie selbst oder ein Mitglied ihres Haushalts sei von Allergien betroffen	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
sehr stark beeinträchtigt	5	5	4	6
stark beeinträchtigt	18	21	16	21
mittel beeinträchtigt	40	39	32	45
kaum beeinträchtigt	27	23	26	21
gar nicht beeinträchtigt	10	12	22	7

Frage: Wie sehr sind Sie in Ihrer Gesamtbefindlichkeit durch Ihre eigene bzw. die Allergie Ihrer Haushaltsmitglieder beeinträchtigt?

Pestizide in Obst und Gemüse, Gammelfleisch im Kühlregal, Chemikalien in Kunststoffen, Teppichen oder Möbeln: Viele Verbraucherinnen und Verbraucher fühlen sich durch einschlägige Medienberichte zunehmend verunsichert. Was kann man noch ohne Bedenken kaufen? Kein Wunder, dass sich viele Verbraucherinnen und Verbraucher mehr Aufklärung und Information über unerwünschte Stoffe in Lebensmitteln sowie über Chemikalien in Produkten wünschen. Nur knapp jeder fünfte Deutsche fühlt sich sehr gut oder gut über die Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Lebensmitteln und Produkten informiert. Ein weiteres Drittel urteilt mit „befriedigend“. Knapp die Hälfte der Bevölkerung vergibt jedoch nur Noten aus der unteren Hälfte der Notenskala. Heraus kommt ein Notendurchschnitt von 3,6 – eine „vier plus“ sozusagen. Geschlecht, Alter, das Vorhandensein von Kindern im Haushalt oder die Schulbildung haben auf diese Einschätzung keinen nennenswerten Effekt. Breite Bevölkerungsschichten möchten also noch wesentlich umfassender über die Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Lebensmitteln und Produkten informiert werden als es bisher der Fall ist.

Abbildung 14: Information über die Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Lebensmitteln und Produkten



Frage: Wie gut fühlen Sie sich über die Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Lebensmitteln und Produkten informiert? Bitte benutzen Sie für Ihre Bewertung Schulnoten von 1 für „sehr gut“ bis 6 für „ungenügend“.

Doch welche Rolle spielt die Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Produkten, mit denen wir täglich konfrontiert sind, tatsächlich in der Bevölkerung? Und in welchem Ausmaß wird Bio-Produkten der Vorzug gegeben? Denn Bio-Lebensmittel, Naturkosmetik oder Bio-Farben enthalten im Allgemeinen weniger potenziell gesundheitsschädigende Inhaltsstoffe. Häufig wird auch umfassender und sorgfältiger über die Herstellung und Zusammensetzung dieser Produkte informiert. Laut Tabelle 21 hat sich die Beachtung der Gesundheits- und Umweltverträglichkeit beim Kauf von Putzmitteln am stärksten durchgesetzt: Für eine deutliche Mehrheit von 65% spielt dieser Aspekt eine sehr große oder eher große Rolle. Nur 8% erklären, dass die Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Putzmitteln für sie keinerlei Bedeutung habe. Gefragt nach der Verwendung von Bio-Farben und Bio-Lacken in Wohnräumen, spaltet sich die Bevölkerung in genau zwei gleich große Teile. Schaut man nur auf die ganz linke und ganz rechte Seite der vierstufigen Antwortskala, so spielt der Einsatz umweltfreundlicher Farben im Wohnbereich für 15% der Deutschen eine sehr große Rolle, für 19% ist dies hingegen ohne jeden Belang.

Tabelle 21: Verwendung ökologischer Produkte

Anteil in %	Erhebung 2006				Mittelwert*
	eine sehr große Rolle	eine eher große Rolle	eine eher kleine Rolle	überhaupt keine Rolle	
Beim Kauf von Putzmitteln spielt die Gesundheits- und Umweltverträglichkeit für mich ...	21	44	26	8	2,21
Die Verwendung von Bio-Farben und Bio-Lacken in meinen Wohnräumen spielt für mich ...	15	35	31	19	2,55
Bei meiner Ernährung spielen Bio-Lebensmittel ...	10	28	47	15	2,67
Ob Kosmetikartikel vorwiegend natürliche Inhaltsstoffe aufweisen, spielt für mich ...	12	29	34	25	2,72

Anweisung: Im Folgenden haben wir einige Aussagen zur Verwendungen von ökologischen Produkten zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, welche Rolle dies für Sie spielt!

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto mehr spielt dieser Punkt eine Rolle.

Umweltbewusstsein 2006

Umweltrisiken und gesundheitliche Belastungen

Weiterhin räumen 38% der Deutschen der Ernährung mit Bio-Lebensmitteln einen hohen Stellenwert ein. Eine sehr große Rolle spielt die Ernährung mit Bio-Lebensmitteln zwar nur für jeden Zehnten, andererseits sind es aber auch nur 15%, für die Bio-Lebensmittel gar keine Rolle spielen. War der Konsum von Bio-Lebensmitteln bis vor wenigen Jahren für große Bevölkerungsschichten noch kaum ein Thema, breitet er sich heute mehr und mehr bis in die gesamte Gesellschaft aus. Dies wird sicherlich durch die immer breiter werdende Angebotspalette in Supermärkten und Discountern gefördert. Auch Naturkosmetik liegt offenbar zunehmend im Trend: So achten 41% der Bevölkerung darauf, dass Kosmetikartikel vorwiegend natürliche Inhaltsstoffe aufweisen.

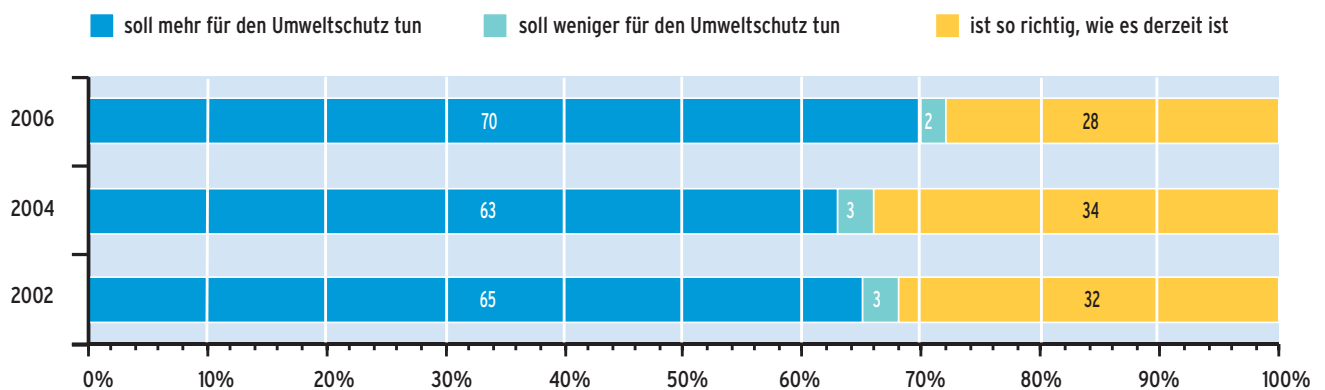
Eine Ausdifferenzierung nach soziodemographischen Merkmalen offenbart diverse Unterschiede in der Gewichtung der Gesundheits- und Umweltverträglichkeit der genannten Produkte. Dem stärksten Einfluss durch soziodemographische Merkmale unterliegt die Verwendung von Bio-Farben und Bio-Lacken im Wohnbereich. Wer dies für wichtig hält, kommt eher aus dem Westen Deutschlands, ist häufig zwischen 40 und 69 Jahren alt, verfügt eher über ein höheres Einkommen und hat überdurchschnittlich oft Kinder im Haushalt. Das Niveau der Schulbildung hat sowohl hier als auch in Bezug auf die Verwendung von gesundheitsverträglichen Putzmitteln und von Naturkosmetik keinen nennenswerten Effekt. Anders sieht es hinsichtlich des Stellenwerts einer Ernährung mit Bio-Lebensmitteln aus. Hier gilt: Je höher die Schulbildung, umso mehr nimmt ihre Wertschätzung zu. Eine geringere Rolle als im Durchschnitt der Bevölkerung spielt eine Ernährung mit Bio-Lebensmitteln für die Jüngeren unter 30 Jahren und für die Älteren ab 70 Jahren. Ferner ist der Konsum von Bio-Lebensmitteln im Westen noch etwas stärker verbreitet, für Putzmittel und Naturkosmetik trifft dies wiederum nicht zu. Einkommensunterschiede treten nur bezüglich der Verwendung von Bio-Farben und Bio-Lacken auf. Ob Kinder im Haushalt vorhanden sind, spielt ebenfalls nur hier eine Rolle. Das Alter der Befragten hat bei allen vier thematisierten Produktgruppen einen Einfluss – wie bereits erwähnt auf die Verwendung von Bio-Farben bzw. -Lacken und von Bio-Lebensmitteln, ferner auf den Stellenwert von gesundheitsverträglichen Putzmitteln und von Naturkosmetik. Personen im Alter zwischen 40 und 69 Jahren verwenden alle Produkte überdurchschnittlich häufig.

5 Aktuelle Umweltpolitik und Vertrauen in die Akteure

5.1 Bürgerwünsche an die Umweltpolitik der Bundesregierung

Die Regierung soll mehr für den Umweltschutz tun. Diese Meinung vertreten mehr als zwei Drittel der Deutschen, unter denjenigen mit höherer Schulbildung sogar drei Viertel. Damit fordern jetzt mehr Bürgerinnen und Bürger von der Bundesregierung ein stärkeres umweltpolitisches Engagement als es in den Untersuchungen 2002 und 2004 der Fall war. Damals beurteilten 32% bzw. 34% der Deutschen die umweltpolitischen Aktivitäten der Bundesregierung als derzeit genau richtig bemessen, im Jahr 2006 ist dieser Anteil auf 28% gesunken. Gewachsen ist die Unzufriedenheit im Übrigen unter den Anhängern aller Parteien. Mehr Engagement der Regierung wollen also nicht nur die Anhänger der Grünen. Vielmehr stellt sich die Rücksicht auf den Schutz unserer Umwelt immer weniger als eine Frage der politischen Einstellung oder der gesellschaftlichen Ideologie dar. An dieser Entwicklung zeigen sich deutlich das wiedererwachte Interesse am Umweltschutz und der zunehmende Wunsch nach mehr staatlicher Einflussnahme.

Abbildung 15: Einschätzung der Umweltpolitik der Bundesregierung



Frage: Wenn Sie die Politik der Bundesregierung bewerten, soll die Regierung Ihrer Meinung nach insgesamt mehr für den Umweltschutz tun, weniger für den Umweltschutz tun, oder ist es so richtig, wie es derzeit ist?

Doch was konkret sollte die Bundesregierung nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger für den Umweltschutz tun? Wir haben diese Frage offen gestellt. Die Befragten konnten ihre Vorstellungen also ohne Antwortvorgaben frei äußern. Diese frei geäußerten Vorstellungen haben wir von den Interviewern notieren lassen und später zu thematischen Kategorien gebündelt (vgl. Tabelle 22). Am häufigsten finden sich Antworten dahingehend, dass die Regierung weitergehende Gesetze und Richtlinien zum Umweltschutz – zum Beispiel Verschärfungen von Schadstoffgrenzwerten – erlassen sollte. Damit zusammenhängend wird ferner gefordert, die Einhaltung vorhandener Gesetze müsse besser kontrolliert werden. Ein Drittel der Deutschen zählt spontan Maßnahmen in dieser Richtung auf. An zweiter Stelle der Bürgerwünsche an die Regierung steht konsequenterweise die Förderung alternativer und erneuerbarer Energien. Ein Viertel der Bürgerinnen und Bürger fordert dies ausdrücklich. Damit werden die in Kapitel 3 dieser Broschüre dargestellten Resultate noch einmal bestätigt, dass nämlich eine Energiewende im Vergleich mit anderen umweltpolitischen Aufgaben ganz klar Vorrang für die Deutschen besitzt. Mit einem Anteil von 12% schon weniger häufig gefordert werden Maßnahmen zum Klimaschutz und Energiesparen, also solche, die auch die Alltagsgewohnheiten der Bürgerinnen und

Umweltbewusstsein 2006

Aktuelle Umweltpolitik und Vertrauen in die Akteure

Bürger betreffen würden (z.B. Energieverbrauch senken, Energiesparmaßnahmen fördern, Energie verteuern). Jeder zehnte Deutsche nennt weiterhin Maßnahmen rund um den Naturschutz, z.B. zur Renaturierung von Flüssen und Flächen und zum Artenschutz. Ein annähernd gleicher Anteil wünscht sich ein Vorantreiben des Ausstiegs aus der Atomenergie. Etwas seltener gefordert werden Maßnahmen für eine umweltfreundliche Verkehrspolitik.

Tabelle 22: Bürgerwünsche an die Umweltpolitik der Bundesregierung

	Erhebung 2006
Die häufigsten Nennungen in % (Mehrfachnennungen möglich)	
1. Gesetze und Richtlinien erlassen, Einhaltung kontrollieren	32
2. Alternative und erneuerbare Energien fördern	26
3. Klimaschutz und Energiesparen	12
4.* Naturschutz, Gewässer, Arten	11
4.* Ausstieg aus der Atomenergie	11
6.* Umweltfreundliche Verkehrspolitik	9
6.* Allgemeine Maßnahme: Finanzielle Förderung, Forschung	9
8.* Information und Bildung	7
8.* Müllmanagement verbessern	7
10. Internationale Umweltpolitik	5

Frage: Was sollte Ihrer Meinung nach die Bundesregierung aktuell für den Umweltschutz tun? (Offene Frage)

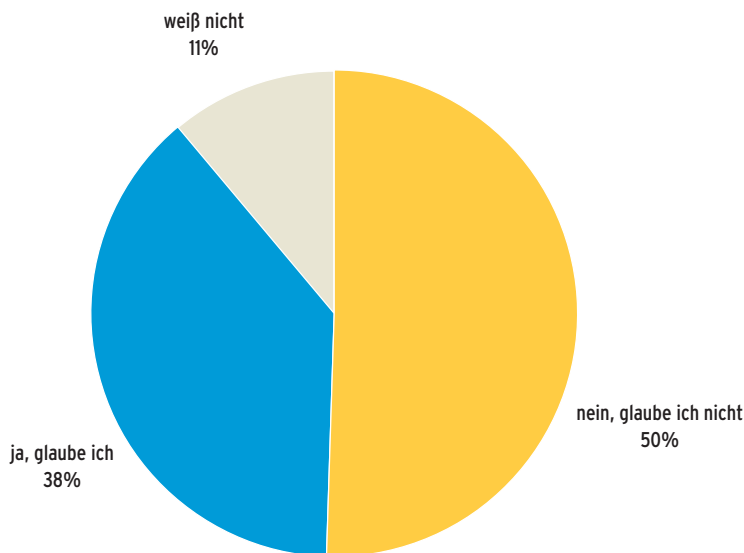
* Geteilter Rangplatz auf Grund gleicher gerundeter relativer Häufigkeit

Unter dem Eindruck der in den vorangehenden Kapiteln diskutierten Ergebnisse lassen sich insbesondere die Ränge 1 bis 3 der Tabelle 22 in zusammengefasster Form interpretieren. So plädiert eine Mehrheit der Bevölkerung ganz offensichtlich dafür, dass die Politik mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für eine deutliche Verringerung von klimaschädlichen Gasen zu sorgen hat, und zwar vor allem mit Vorschriften und Förderprogrammen.

Die Befürwortung von mehr Gesetzen zum Schutz der Umwelt zeigt sich darüber hinaus bei der Einschätzung der bestehenden Umweltgesetze. Direkt danach gefragt, ob die vorhandenen Gesetze denn ausreichen würden, antwortet die Hälfte mit „nein, glaube ich nicht“. Mit einem Anteil von 38% ist die Anzahl derjenigen, die meinen, dass genügend Gesetze vorhanden sind, somit in der Minderheit. Auch hier bestätigt sich also, dass eine Mehrheit der Bevölkerung prinzipiell damit einverstanden ist, die Umweltschutzgesetzgebung weiter auszubauen. Erwartungsgemäß hat die Aufgeschlossenheit gegenüber weiteren Gesetzen im Vergleich zur Untersuchung aus dem Jahr 2004 zugenommen. Leicht überdurchschnittlich ausgeprägt ist das Votum für mehr Gesetze in den westlichen Bundesländern, in Großstädten ab 500.000 Einwohnern sowie bei eher jüngeren Befragten zwischen 20 und 39 Jahren.



Abbildung 16: Einschätzung, ob die bestehenden Umweltgesetze ausreichen



Frage: Glauben Sie, dass in Deutschland die bestehenden Gesetze zum Schutz der Umwelt im Großen und Ganzen ausreichen, oder glauben Sie das nicht?

5.2 Beurteilung umweltpolitischer Maßnahmen und Instrumente

Im Urteil der Bevölkerung zählt der Klimaschutz zu den wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben. Dies ist in den vorangehenden Ausführungen mehrfach deutlich geworden. Als vorrangige Ziele gelten der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Senkung des Energieverbrauchs und die Steigerung der Energieeffizienz. Nun kann man diesen und anderen Zielen und Aufgaben staatlicher Umweltpolitik mit ganz unterschiedlichen Maßnahmen und Instrumenten begegnen. Ein Mittel der Wahl sind steuerpolitische Instrumente. Mit Ausnahme der Besteuerung von Flugbenzin steht dem allerdings ein Großteil der Bevölkerung überwiegend ablehnend gegenüber.

Zwei Drittel der Deutschen sind der Meinung, dass Steuererhöhungen zu Gunsten der Umwelt sozial ungerecht seien und lediglich dazu dienen würden, beim Bürger abzukassieren. Auch die Überlegung, höhere Energiesteuern könnten bei gleichzeitiger Entlastung von Arbeitskosten zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, findet kaum Zuspruch. Nicht einmal ein Viertel der Deutschen kann mit diesem Konstrukt etwas anfangen. Dass höhere Energiesteuern zum Energiesparen anregen und dadurch die Umwelt entlasten würden, stößt ebenfalls nicht gerade auf Beifall: 11% der Bevölkerung stimmen diesem Statement voll und ganz, 30% weitgehend zu. Diese distanzierte Haltung ist wohl auch darauf zurückzuführen, dass einige Bevölkerungsgruppen allein aus finanziellen Gründen gezwungen wären, Energie einzusparen, während andere immer noch ganz gelassen zu viel Energie verbrauchen könnten. Tatsächlich ist es so, dass Personen mit geringerem Einkommen höhere Energiesteuern stärker ablehnen.

Umweltbewusstsein 2006

Aktuelle Umweltpolitik und Vertrauen in die Akteure

Tabelle 23: Aussagen zu umweltpolitischen Maßnahmen und Instrumenten

Angaben in %	Erhebung 2006				
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	Mittelwert*
Flugzeugbenzin sollte - wie andere Kraftstoffe auch - besteuert werden.	48	33	14	6	1,77
Es ist nur recht und billig, wenn diejenigen, die die Umwelt in geringerem Maße belasten und etwas für den Umweltschutz tun, weniger Steuern bezahlen.	33	45	16	6	1,95
Steuererhöhungen zu Gunsten der Umwelt sind sozial ungerecht und dienen lediglich dazu, beim Bürger abzukassieren.	35	30	26	8	2,07
Eine konsequente Umweltpolitik wird sich zukünftig positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirken.	23	46	26	5	2,14
Höhere Energiesteuern regen zum Energiesparen an und entlasten dadurch die Umwelt.	11	30	39	20	2,68
Wenn man Energie teurer und menschliche Arbeit billiger macht, dann schafft das zusätzliche Arbeitsplätze.	6	17	44	34	3,05

Anweisung: Im Folgenden haben wir einige Aussagen zur Umweltpolitik zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie den Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen!

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist die Zustimmung.

Verschiebt man die Perspektive einer ökologisch motivierten Steuerpolitik, setzt also anstelle von Bestrafung mehr auf Belohnung, verändern sich die Zustimmungsquoten in positiver Richtung. So sei es nur recht und billig, wenn diejenigen, die die Umwelt in geringerem Maße belasten und etwas für den Umweltschutz tun, weniger Steuern bezahlen. Für eine derartige Strategie zeigen mehr als drei Viertel der Bundesbürger Sympathie. Eine Besteuerung von Flugbenzin würde in gewisser Weise gut zu einer solchen Vorgehensweise passen. Wer auf das Fliegen mit dem Flugzeug verzichtet, wäre von der neuen Steuer bzw. von den sehr wahrscheinlich höheren Preisen für Flugtickets auch nicht betroffen. Ferner stellt sich der Bevölkerung vermutlich auch hier die Frage nach Gerechtigkeit. Soll heißen: Warum nicht alle Verkehrsmittel steuerlich gleich behandeln? Jedenfalls sprechen sich 81% der Bevölkerung für eine Besteuerung von Flugbenzin aus. Selbst diejenigen, die im vergangenen Jahr ein- oder mehrmals einen Billigflieger benutzt haben, sind mehrheitlich dafür. Mit einem Anteil von 69% ist darüber hinaus eine deutliche Mehrheit der Bundesbürger der Ansicht, dass sich eine konsequente Umweltpolitik zukünftig positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft auswirken würde. In den Augen der Bevölkerung ist hier noch ein erhebliches Potenzial für ein verstärktes Umweltschutzengagement vorhanden. Erneut kommt die Forderung zum Ausdruck, der Staat solle mehr unternehmen. Personen mit höherer Schulbildung sind davon besonders stark überzeugt. Lange hielt sich in der öffentlichen Diskussion das Vorurteil, der Umweltschutz und mithin umweltschonende Technologien würden unterm Strich eher Arbeitsplätze vernichten. Diese Haltung gehört nun mehrheitlich der Vergangenheit an. Tatsächlich zeigen auch viele Studien, dass gerade durch Umwelttechnik, den ökologischen Landbau und die erneuerbaren Energien neue und qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen werden. Gemeinsame Anstrengungen von Staat und Industrie, in diesem Feld noch stärker aktiv zu werden, dürften in der Bevölkerung also hohen Zuspruch finden.

5.3 Vertrauen in Institutionen und Parteien

Zivilgesellschaftliche Institutionen haben in der Öffentlichkeit einen zumeist hohen Vertrauensbonus. Dies gilt insbesondere auch für ihre umweltpolitische Lösungskompetenz. Seit Jahren genießen Umweltschutzorganisationen, Bürgerinitiativen und Verbraucherverbände das höchste Vertrauen in Sachen Umweltschutz. Am stärksten bauen die Deutschen auf die Umweltschutzverbände: Zwei Drittel trauen ihnen am ehesten zu, sinnvolle Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten. Jeder Vierte vertraut ihren Aktivitäten zumindest teilweise, lediglich 7% sind misstrauisch. Nahezu unverändert ist auch das in Bürgerinitiativen gesetzte Vertrauen. 59% der Deutschen glauben in Fragen des Umweltschutzes an eine erfolgreiche Arbeit von Bürgerinitiativen. Ein wenig Vertrauen haben in den letzten Jahren die Verbraucherverbände verloren, aber auch sie rangieren immer noch im „grünen Bereich“ der eher positiven Beurteilung. Etwas größere Vertrauensverluste zeigen sich in der Beurteilung staatlicher Umweltschutzbehörden. Die Zahl der Personen, die ihnen Vertrauen entgegen bringt, ist von 45% im Jahr 2004 auf nun 36% gesunken. Wie in den Jahren zuvor folgen dann mit weitem Abstand die Kirchen mit den Gewerkschaften und abgeschlagen schließlich die Industrie.

Tabelle 24: Vertrauen in Einrichtungen, Organisationen und Parteien im Bereich des Umweltschutzes

Angaben in %	Erhebung 2006					Mittelwert*
	volles Vertrauen				kein Vertrauen	
Umweltschutzorganisationen und -verbände	18	49	26	5	2	2,25
Bürgerinitiativen	15	44	29	9	3	2,41
Verbraucherberatung/Verbraucherverbände	11	40	35	11	4	2,58
Staatliche Umweltschutzbehörden	6	30	46	13	6	2,82
Kirchen	2	15	33	26	23	3,54
Gewerkschaften	1	10	35	32	22	3,62
Industrie	1	7	26	33	33	3,90
Parteien						
Bündnis 90/Die Grünen	12	35	25	13	15	2,83
SPD	2	18	43	21	16	3,31
CDU/CSU	4	15	35	23	22	3,45
FDP	1	8	35	31	26	3,72
Linksparteien (PDS, WASG)	1	8	27	29	35	3,87

Frage 10: Wem trauen Sie es am ehesten zu, sinnvolle Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten? Im Folgenden nenne ich Ihnen dazu verschiedene Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir mit den Abstufungen auf der Liste, wie viel Vertrauen im Bereich des Umweltschutzes Sie in jede Einrichtung haben.

Frage 11: Und wie sieht es mit den Parteien aus: Wie viel Vertrauen im Bereich des Umweltschutzes haben Sie in jede der folgenden Parteien?

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 5): Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist das Vertrauen.

Umweltbewusstsein 2006

Aktuelle Umweltpolitik und Vertrauen in die Akteure

Unterschiede in der Vertrauenszuweisung nach soziodemographischen Merkmalen beziehen sich immer nur auf einzelne Aspekte, ein Muster ist hier nicht erkennbar. So schenken Personen aus den westlichen Bundesländern den Kirchen mehr Vertrauen als im Osten des Landes, auch Bürgerinitiativen und die Verbraucherberatung sind dort höher angesehen. Letztere hat überdies in der Stadt einen besseren Ruf als auf dem Land. Altersunterschiede zeigen sich lediglich in der Beurteilung der staatlichen Umweltschutzbehörden: Hier hat vor allem die jüngere Generation bis 29 Jahre größeres Vertrauen als der Bevölkerungsdurchschnitt. Der Grad der Schulbildung beeinflusst ausschließlich die Haltung zu Umweltschutzverbänden. Sie werden von Personen mit höherer Schulbildung für deutlich glaubwürdiger gehalten.

Den Parteien wird in punkto Umweltschutzkompetenz wieder größeres Vertrauen als in der Untersuchung des Jahres 2004 entgegengebracht. Damals zeigten sich deutliche negative Veränderungen in der Beurteilung der Parteien, die in der aktuellen Untersuchung jedoch wieder wettgemacht wurden.

Tabelle 25: Vertrauen in Einrichtungen, Organisationen und Parteien (Zeitreihe)

	Erhebung				
	1998	2000	2002	2004	2006
Umweltschutzorganisationen und -verbände	2.3	2.3	2.3	2.3	2.2
Bürgerinitiativen	2.4	2.5	2.4	2.4	2.4
Verbraucherberatung/Verbraucherverbände	-	2.6	2.5	2.5	2.6
Umweltschutzbehörden	2.7	2.6	2.6	2.7	2.8
Kirchen	-	3.6	3.4	3.5	3.5
Gewerkschaften	3.5	3.5	3.4	3.7	3.6
Industrie	3.8	4.0	3.8	4.0	3.9
Bündnis 90/Die Grünen	2.9	2.9	3.0	3.0	2.8
SPD	3.4	3.3	3.2	3.6	3.3
CDU/CSU	3.7	3.8	3.4	3.6	3.4
FDP	3.9	3.9	3.7	3.9	3.7
Linksparteien (PDS, WASG)	4.0	4.0	4.0	4.1	3.9

In der Tabelle ist der Durchschnitt der jeweiligen Vertrauensbewertungen angegeben. Je kleiner der Wert, desto höher das Vertrauen.

6 Wohnen, Stadt und Verkehr

6.1 Wohnsituation und Wohnumfeld

Wohnen und Mobilität, d.h. die Freiheit, sich in der näheren und fernerer Umgebung so fortzubewegen, wie man möchte, sind Bereiche, die heute für die persönliche Lebensqualität als zentral angesehen werden. Nicht minder hoch wird das Wohnen bewertet. Für die meisten Menschen ist Wohnen und alles um das Wohnen herum außerordentlich wichtig und man gibt durchschnittlich ein Viertel des Einkommens für das Wohnen aus. Es lässt sich kaum bestreiten, dass Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr sehr eng mit Fragen des Umweltschutzes und des Ressourcenverbrauchs zusammenhängen. So produziert etwa der weit verbreitete Wunsch, im Grünen naturnah zu wohnen, Verkehr beträchtlichen Ausmaßes. Auch das Wohnen selbst ist ressourcenintensiv. Wohnungen müssen gebaut, renoviert oder saniert werden. Häuser und Wohnungen müssen beheizt werden und ihre Bewohner erhitzen Wasser für ihren alltäglichen Bedarf.

Wir haben in der aktuellen Studie mit einer Auswahlfrage nach den Faktoren und Bedingungen gefragt, die für die Qualität der Wohnsituation und des Wohnumfeldes für besonders wichtig erachtet werden. Das Antwortspektrum zeigt, wie vielfältig die heutigen Lebensstile und Anforderungen an das Wohnen sind. Die Faktoren, die zur Auswahl standen, reichen von „Nähe zur Natur“ und „Minimaler Verkehrslärm“ bis hin zu „Nähe zur Arbeitsstätte“ und zur „kinderfreundlichen Umgebung“. Bemerkenswert ist, dass nur sehr wenige Faktoren von mehr als einem Drittel der Befragten genannt werden (drei Nennungen waren möglich). Das zeigt, wie individuell heutige Lebenssituationen, Lebensplanungen und die bevorzugten Wohnstile sind: Man sollte also die Antworten auf keinen Fall zu einem imaginären Durchschnitt von „Wohnbedürfnissen der Deutschen“ verdichten, sondern eher die Vielfalt betonen. Betrachten wir beispielsweise das Kriterium „Nähe zur Arbeits-

Tabelle 26: Die wichtigsten Einflussfaktoren auf ein positiv wahrgenommenes Wohnumfeld

Angaben in %	Erhebung 2006			
	an erster Stelle	an zweiter Stelle	an dritter Stelle	Summe
Nähe zu Einkaufsmöglichkeiten	8	15	13	36
Nähe zur Natur oder zu öffentlichen Grünanlagen	12	9	10	31
Ärztliche Versorgungsmöglichkeiten	14	8	9	31
Öffentliche Verkehrsanbindung	9	10	8	27
Freunde, Bekannte in der Nähe	9	8	9	26
Minimaler Verkehrslärm	10	8	8	26
Gute Luftqualität	10	9	6	25
Nähe zur Arbeitsstätte	8	7	9	24
Nette Nachbarn	6	8	8	22
Freizeitmöglichkeit in der Nähe	4	8	8	20
Kinderfreundliche Umgebung	7	6	5	18
Nähe zu Schule oder Kinderbetreuungseinrichtung	3	4	6	13

Frage: Hier habe ich Kärtchen mit Punkten, die für die Qualität Ihrer Wohnsituation bzw. Ihres Wohnumfeldes eine Rolle spielen können. Bitte nennen Sie mir die drei für Sie wichtigsten Punkte. Welcher davon ist Ihnen persönlich am wichtigsten, welcher kommt an zweiter und welcher kommt an dritter Stelle? (je Rang nur eine Nennung)

Umweltbewusstsein 2006

Wohnen, Stadt und Verkehr

stätte“, das von 24% genannt wird: Im Umkehrschluss lässt sich aber feststellen, dass für 76%, also mehr als dreimal so viele Personen, dieses Kriterium nicht so wichtig in Bezug auf die Beurteilung der Qualität ihres Wohnortes ist. Dafür mag es natürlich sehr verschiedene Gründe geben: Man ist vielleicht als Rentner bereits aus dem Arbeitsleben ausgeschieden, ist zurzeit arbeitslos oder hat sich bewusst für ein Leben außerhalb der Stadt, also gegen die Nähe zur Arbeitsstätte entschieden. Selbst für den meist genannten Faktor „Nähe zu Einkaufsmöglichkeiten“ (36%) gilt, dass er für fast zwei Drittel keine Priorität hat.

Man findet zahlreiche Zusammenhänge zu soziodemographischen Variablen: Eine „kinderfreundliche Umgebung“ ist natürlich vor allem für Personen mit Kindern im Haushalt ein besonders wichtiger Faktor. Die Wichtigkeit des Kriteriums „Nähe zur Natur oder zu öffentlichen Grünanlagen“ steigt mit dem Bildungsgrad. Erstaunlich ist, dass die derzeitige Wohnsituation keinen signifikanten Einfluss auf die Präferenzen hat, so sind etwa „Minimaler Verkehrslärm“ und „Gute Luftqualität“ für Personen, die an viel befahrenen Kreuzungen wohnen ebenso wichtig oder unwichtig wie für Personen, die in einer ruhigen Wohnstraße leben.

Die große Mehrheit der Deutschen ist mit ihrer Wohnsituation zufrieden, fast 80% erklären sich für „zufrieden“ oder „sehr zufrieden“. Diese Zahlen sind im Vergleich zur Studie von 2004 ziemlich konstant, lediglich die Zahl der sehr Zufriedenen hat leicht abgenommen. Die Wohnzufriedenheit nimmt mit dem Alter zu und mit der Ortsgröße ab, d.h. Personen, die in kleinen Ortschaften wohnen, sind tendenziell zufriedener als Großstädter.

Interessant ist natürlich die Frage, wie und wo man eigentlich wohnen möchte. Im Jahr 2004, als die Umweltstudie den Schwerpunkt „Lebensqualität und Wohnen“ hatte, wurden eine Reihe von Fragen zu diesem Thema gestellt.⁶ Man konnte beispielsweise feststellen, dass der Traum vom Leben im eigenen Einfamilienhaus nach wie vor eine hohe Attraktivität aufwies, schließlich zogen 73% der Befragten ein Haus im Grünen einer Wohnung in der Stadt vor. Wie 2004, so fragten wir auch in diesem Jahr „Wäre es attraktiv für Sie, in einer autofreien Siedlung zu wohnen? D.h. die Siedlung wird vom Verkehr weitgehend freigehalten und Pkw müssen außerhalb der eigentlichen Wohnsiedlung parken“. 27% halten diese Art des Wohnens für attraktiv, während 69% sich dies nicht vorstellen können und 3% angeben, dass sie bereits so wohnen. Das ist zwar ein nicht unwesentlicher Rückgang im Vergleich zu 2004, als 37% das autofreie Wohnen attraktiv fanden, doch immerhin sind es mehr als ein Viertel der Bevölkerung, die sich eine solche Wohnform vorstellen können, die es bislang in Deutschland nur relativ selten gibt. Hier wäre für Stadtentwickler und Investoren sicherlich noch ein Erfolg versprechendes Betätigungsfeld. Anders, als man vielleicht vermuten würde, sind es allerdings nicht Familien mit Kindern, für die eine autofreie Siedlung besonders attraktiv ist. In dieser Beziehung lassen sich keine Unterschiede finden. Bildung und die derzeitige Wohnsituation besitzen einen Einfluss: Mit dem Bildungsgrad wächst die Attraktivität ebenso wie mit dem Tatbestand, dass man derzeit an einer stark befahrenen Straße wohnt.

Den insgesamt festgestellten Rückgang der Attraktivität einer autofreien Wohnsiedlung, der auf dem Hintergrund der übrigen Ergebnisse ja eher überraschend ist, erklären wir uns mit der stärkeren Wertschätzung, die das Auto 2006 genießt. Hier haben sich in jüngster Zeit offenbar Veränderungen ergeben, die im Folgenden dargestellt werden.

6.2 Verkehrspolitik und umweltfreundliche Stadt

Seit Jahren lässt sich in punkto Verkehrsmittelnutzung feststellen, dass das Auto seinen Vorsprung als meist genutztes Verkehrsmittel stetig weiter ausbaut. Fragt man, wie häufig die einzelnen Verkehrsmittel genutzt werden, zeigt sich die überragende Bedeutung des Autos, während umgekehrt mehr als zwei Drittel der Befragten den öffentlichen Nahverkehr nie oder seltener als einmal pro Woche benutzen.

Tabelle 27: Verkehrsmittelnutzung im Nahverkehr

Angaben in %	Erhebung 2006					Mittelwert*
	täglich	mehrmals pro Woche	einmal pro Woche	seltener als einmal pro Woche	nie	
zu Fuß gehen	49	33	7	8	2	1,82
Auto bzw. Motorrad	38	30	9	12	10	2,24
Fahrrad	15	27	12	21	25	3,14
ffentlicher Personen-Nahverkehr	11	13	9	38	29	3,61

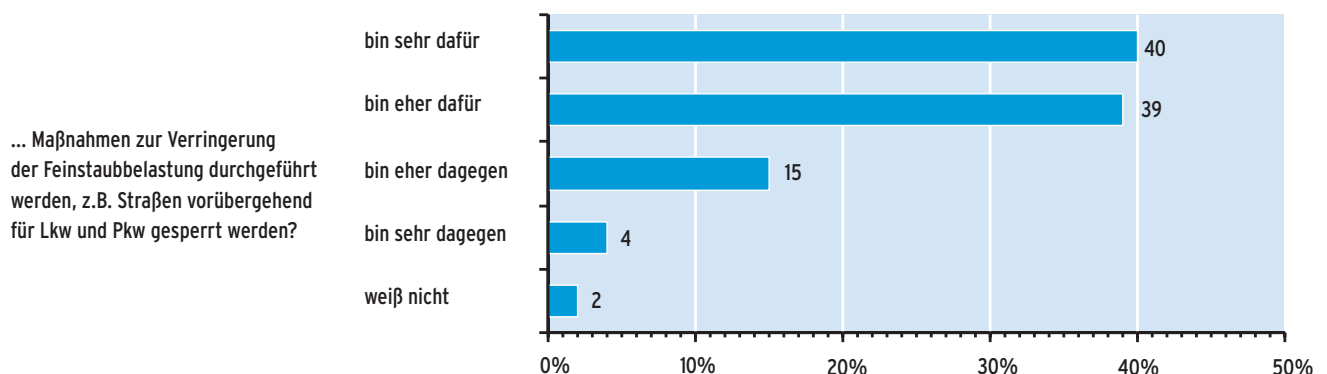
Frage: Wie häufig nutzen Sie im Nahverkehr die folgenden Verkehrsmittel?

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 5): Je kleiner der Mittelwert, desto häufiger wird das Verkehrsmittel genutzt.

Nun ist das Auto einerseits bevorzugtes Verkehrsmittel, andererseits Verursacher der stärksten Belastungen im Wohnumfeld in Form von Abgasen und Verkehrslärm. So können sich Maßnahmen zur Begrenzung und Reduzierung des Autoverkehrs seit Jahren großer Zustimmung erfreuen, während umgekehrt die Autonutzung und -wertschätzung weiter zunimmt. Dies zeigt sich auch bei den Daten 2006.

Ein aktuelles Thema ist die Verringerung der Feinstaubbelastung in der Luft, bei der die ungefilterte Abgabe von Rußpartikeln durch Dieselmotoren eine große Rolle spielt. Hier ist die Meinung der Bevölkerung eindeutig: Maßnahmen bis hin zur vorübergehenden Sperrung von Straßen sind erforderlich.

Abbildung 17: Verringerung der Feinstaubbelastung



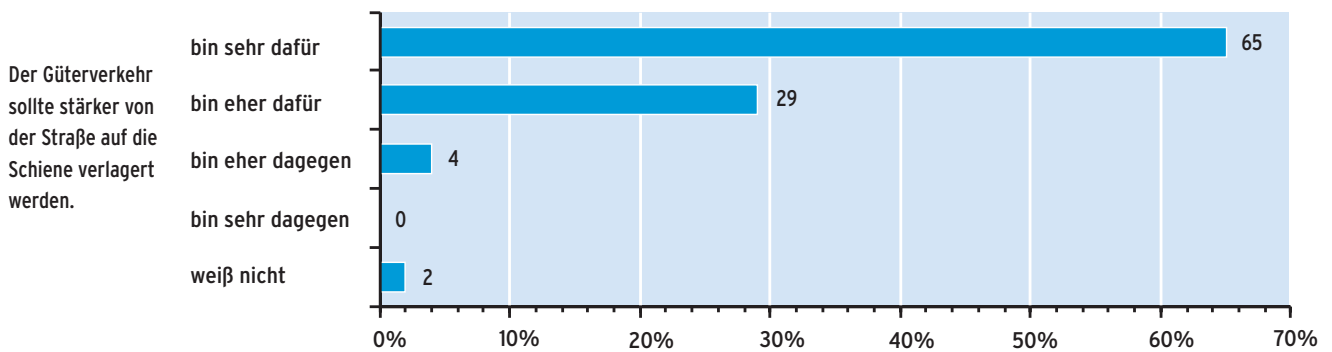
Frage: Wie ist Ihre Einstellung dazu, dass in größeren Städten ... ?

Mit 79% ist die Zustimmungsqute beachtlich, noch größer ist sie bei der Frage der Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, bei der die Quote sogar auf 94% ansteigt (s. Abb. 18 nächste Seite).

Umweltbewusstsein 2006

Wohnen, Stadt und Verkehr

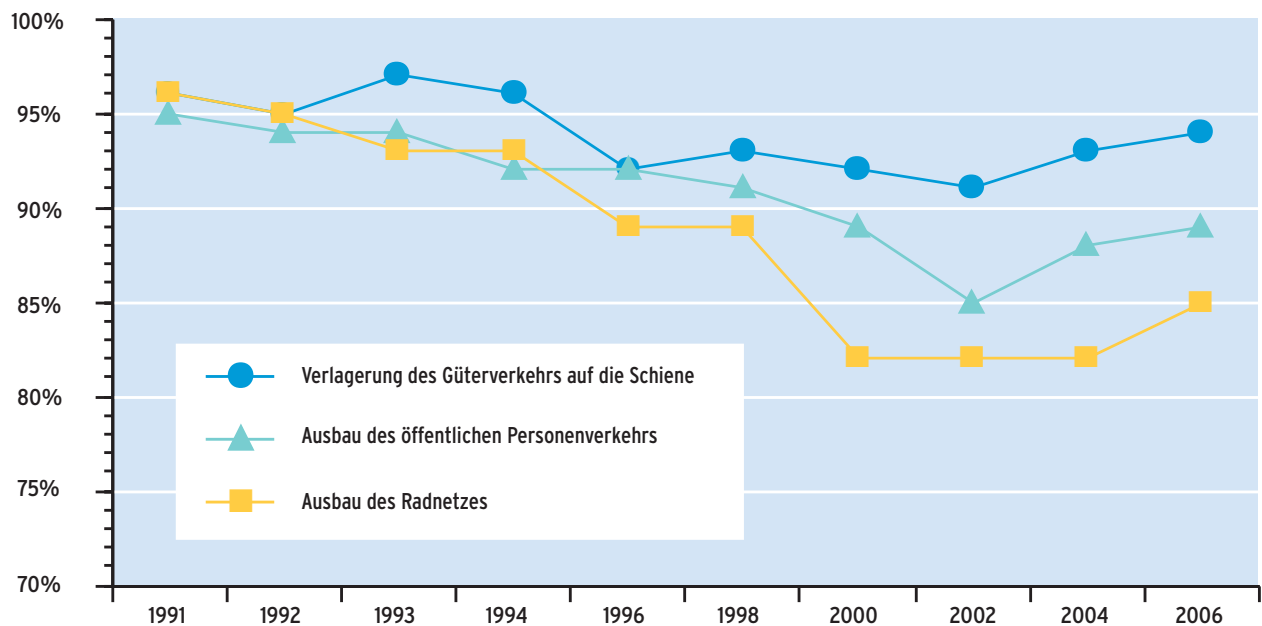
Abbildung 18: Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene



Anweisung: Ich nenne Ihnen jetzt einige verkehrspolitische Vorschläge zur Entlastung der Straßen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung zu diesen Vorschlägen.

Die Zeitreihe in Abbildung 19 lässt erkennen, dass sich seit Beginn unserer Messung zu Anfang der 1990er Jahre die Zustimmung zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene auf einem konkurrenzlos hohen Niveau bewegt.

Abbildung 19: Akzeptanz verkehrspolitischer Maßnahmen (Zeitreihe)



Anweisung: Ich nenne Ihnen jetzt einige verkehrspolitische Vorschläge zur Entlastung der Straßen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung zu diesen Vorschlägen. Angegeben ist der Anteil der Personen, die „sehr dafür“ oder „eher dafür“ sind.

Generell können die Maßnahmen einer umweltgerechten Verkehrspolitik in der Bevölkerung mit großer Zustimmung rechnen. Die Zustimmungswerten sind durchweg sehr hoch: 89% wollen den öffentlichen Personennahverkehr und 85% wollen das Radnetz ausbauen, 81% wollen den Fußgängern mehr Platz zum Flanieren zur Verfügung stellen, 76% mehr Platz für den Fahrradverkehr reservieren, 63% die Innenstadt weitgehend für den Verkehr sperren. Das sind allesamt Zahlen, die für eine umweltgerechte und nachhaltige Stadtentwicklung ermutigend sein müssten. Vor allem das Fahrradfahren und die weitgehende Sperrung der Innenstädte für den Autoverkehr erfreuen sich großer Beliebtheit. Die Zahl der Gegner entsprechender Maßnahmen ist nur relativ klein. Beispielsweise sind nur 21% dagegen, dem Fahrradverkehr mehr Platz einzuräumen und sogar nur 13% lehnen die Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche ab. Wesentlich stärker ist der Widerstand gegen die generelle Einführung von Tempo 30 (wobei Hauptverkehrsstraßen ausgenommen bleiben), wogegen sich immerhin 39% aussprechen.

Die einzige in der Studie abgefragte Maßnahme, die keine Mehrheit hinter sich weiß, ist die Einführung einer Straßenmaut für die Innenstadt. Diese äußerst wirksame Maßnahme zur Eindämmung von Verkehr wird wohl vor allem als sozial ungerecht bewertet, denn wer sich die Maut leisten kann, der hat weiterhin freie Fahrt.

Tabelle 28: Einstellungen zu verkehrspolitischen Maßnahmen

Angaben in % in größeren Städten	Erhebung 2006					Mittelwert*
	bin sehr dafür	bin eher dafür	bin eher dagegen	bin sehr dagegen	(weiß nicht)	
... den Fußgängern mehr Platz zum Flanieren zur Verfügung steht?	29	52	13	2	3	1,88
... mehr Platz für den Fahrradverkehr zur Verfügung gestellt wird?	28	48	17	4	3	1,96
... die Innenstadt weitgehend für den Autoverkehr gesperrt wird?	24	39	25	10	1	2,22
... eine Straßenmaut für die Innenstadt eingeführt wird, um den Verkehr zu reduzieren.	9	17	29	41	4	3,07
... in Wohngebieten						
... mehr verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet werden?	38	48	11	2	2	1,76
... innerorts mit Ausnahme der Hauptverkehrsstraßen Tempo 30 gelten soll?	25	34	27	12	2	2,27

Frage: Wie ist Ihre Einstellung dazu, dass...

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist die Zustimmung.

Aufschlussreich sind die Trends, die man im Vergleich zu den Daten aus 2004 und den früheren Studien feststellen kann. Die Maßnahme „innerorts Tempo 30“ weist gegenüber 2004 ein Minus von 10% auf, die Innenstadt weitgehend für den Autoverkehr zu sperren ein Minus von 5%. Umgekehrt gewinnt die Förderung des Fahrradverkehrs mehr an Zustimmung. Das deutet – wie auch die prozentualen Verschiebungen von „bin sehr dafür“ zu „bin eher dafür“ – darauf hin, dass man die Dinge differenziert sehen möchte und die Zahl der Bürger, die generalisierte, flächendeckende Maßnahmen ablehnt, gewachsen ist. Um beantworten zu können,

Umweltbewusstsein 2006

Wohnen, Stadt und Verkehr

warum sich diese Verschiebungen ergeben haben, wären allerdings Forschungen notwendig, die viel stärker ins Detail gehen, als dies bei einer solchen Repräsentativuntersuchung wie der Umweltstudie möglich ist. In diesen Veränderungen eine Tendenz zu einem pragmatischen Umgang mit dem Automobil zu sehen, bleibt einstweilen nur Vermutung.

Bemerkenswert sind die Antworten auf unsere Frage, ob die Bahn im ICE generell die Fahrradmitnahme ermöglichen soll. Fast ein Drittel der Befragten ist „sehr dafür“, weitere 42% sind „eher dafür“, nur jeder Achte ist dagegen.

6.3 Öffentlicher Personen-Nahverkehr

Mehr als zwei Drittel der Deutschen nutzen den ÖPNV seltener als einmal in der Woche oder nie. Die Zahl der Nutzer ist in starkem Maß von der Gemeindegröße abhängig, in der man wohnt: Großstädter, vor allem Einwohner von Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern, nutzen den ÖPNV weitaus häufiger als Personen, die in kleinen Gemeinden wohnen. Das Nutzungsverhalten ist nur wenig einkommensabhängig, ledig an den Rändern der Einkommensverteilung findet man deutliche Zusammenhänge mit der Nutzungshäufigkeit des öffentlichen Nahverkehrs: Personen mit sehr niedrigem Einkommen nutzen den ÖPNV überproportional häufig, ganz im Gegensatz zu den Bestverdienern mit Einkommen über 2.500 Euro pro Monat, die sich vom Durchschnitt durch besonders geringe Nutzungsfrequenz unterscheiden. Sehr auffällig ist auch der Zusammenhang zum Alter, der nahezu monoton fallend ist: Je älter, desto weniger ÖPNV-Nutzung.

Tabelle 29: ÖPNV-Nutzung im Nahverkehr

		Erhebung 2006					
Angaben in %		täglich	mehrmals pro Woche	einmal pro Woche	seltener als einmal pro Woche	nie	Mittelwert*
ÖPNV insgesamt		11	13	9	38	29	3,61
Alter							
	unter 20 Jahre	27	23	9	36	6	2,70
	20 bis 24 Jahre	38	15	8	22	17	2,64
	25 bis 29 Jahre	19	17	7	32	25	3,26
	30 bis 39 Jahre	8	15	9	34	33	3,68
	40 bis 49 Jahre	7	13	7	38	35	3,81
	50 bis 59 Jahre	12	12	6	37	33	3,68
	60 bis 69 Jahre	5	11	12	42	30	3,82
	70 Jahre und älter	8	12	10	49	21	3,63
Einkommen							
	unter 750 Euro	15	16	9	36	23	3,35
	750 bis unter 1.250 Euro	12	13	10	37	27	3,54
	1.250 bis unter 1.750 Euro	11	14	8	38	30	3,63
	1.750 bis unter 2.500 Euro	7	18	9	37	28	3,61
	2.500 Euro und mehr	4	8	5	52	31	3,97

Frage: Wie häufig nutzen Sie im Nahverkehr die folgenden Verkehrsmittel?

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 5): Je kleiner der Mittelwert, desto häufiger wird das Verkehrsmittel genutzt.

Was sind die wichtigsten Forderungen, die man an ein gutes ÖPNV-System stellt? Pünktlichkeit, Sicherheit und ein einheitliches und übersichtliches Fahrpreissystem stehen hier an vorderster Stelle. Insgesamt sind die Wünsche zahlreich: Von zwölf denkbaren Anforderungen, die wir in der Studie vorgaben, wurde keine einzige für unwichtig erklärt. Selbst der „unwichtigste“ Punkt, nämlich die Möglichkeit zur Fahrradmitnahme wird lediglich von 18% als „gar nicht wichtig“ erklärt.

Tabelle 30: Anforderungen an den Öffentlichen Personen-Nahverkehr

Anteil in %	Erhebung 2006				Mittelwert*
	sehr wichtig	eher wichtig	weniger wichtig	gar nicht wichtig	
Pünktlichkeit	69	28	3	1	1,36
Sicherheit an Haltestellen und in Fahrzeugen	60	34	6	1	1,47
einheitliches und übersichtliches Fahrpreissystem (z.B. Verbundtarif)	58	34	6	1	1,51
Anschluss- und Übergangssicherheit	56	37	6	1	1,52
dichter und regelmäßiger Taktfahrplan	56	35	7	1	1,54
Sauberkeit an Haltestellen und in Fahrzeugen	42	46	11	1	1,71
kurze Reisezeiten	38	45	15	2	1,81
ausreichende Sitzmöglichkeiten	38	43	18	2	1,84
aktuelle Fahrgastinformationen und Serviceleistungen	31	45	20	4	1,96
moderne und komfortable Fahrzeuge	22	49	26	3	2,09
Park & Ride Plätze (Autoparkplatz z.B. an Endhaltestellen)	29	39	20	12	2,16
Möglichkeit, ein Fahrrad mitzunehmen	24	32	26	18	2,38

Frage: Welche Anforderungen würden Sie als Kunde an einen leistungsfähigen öffentlichen Personen-Nahverkehr stellen? Wie wichtig sind für Sie folgende Merkmale?

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto wichtiger ist der Punkt.

Bemerkenswert ist, dass sich Nutzer und Nicht-Nutzer des ÖPNV in ihren Einschätzungen gar nicht stark voneinander unterscheiden. Für die Nutzer sind ein dichter und regelmäßiger Fahrplan, Pünktlichkeit und ein einheitliches Fahrpreissystem aber noch wichtiger als für die Nicht-Nutzer. Das mag auf den ersten Blick trivial erscheinen, doch lassen die über alle Fragen hinweg sehr ähnlichen Bewertungen der Nicht-Nutzer darauf schließen, dass es eben nicht ein einziger Faktor ist, der sie von der Benutzung abhält, sondern ein Konglomerat verschiedener Aspekte. Für Verkehrsbetriebe heißt dies, dass es weniger die Verbesserung einzelner Punkte ist, durch die sie neue Kunden gewinnen, sondern ein ganzes Bündel von Maßnahmen, das auch entsprechend kommuniziert werden sollte.

Umweltbewusstsein 2006

Wohnen, Stadt und Verkehr

6.4 Nutzung von Billigfliegern

Seit geraumer Zeit sind Billigflieger in aller Munde: Für ein paar Euro quer durch Europa fliegen, das gehört für viele Bürger inzwischen zum selbstverständlich verfügbaren Angebot von Freizeitmobilität. Die Daten zeigen allerdings, dass es bisher noch keineswegs die Mehrheit ist, die in ihrer Freizeit eine Billigflugreise unternimmt: 15% geben an, in den letzten zwölf Monaten eine solche Reise unternommen zu haben, wobei etwa zwei Drittel sich auf eine einzige Reise beschränkten und ein Drittel mehr als eine Reise unternommen hat. Wer sind nun diejenigen, die dieses Freizeitangebot nutzen oder gar besonders häufig nutzen? Die Vergleiche auf Grund von sozio-demographischen Merkmalen (Tabelle 31) lassen erkennen, dass die Altersgruppe zwischen 20 und 39 Jahren überproportional vertreten ist. Ferner nutzen Großstädter und Personen mit Einkommen über 2.500 Euro den Billigflieger häufiger.

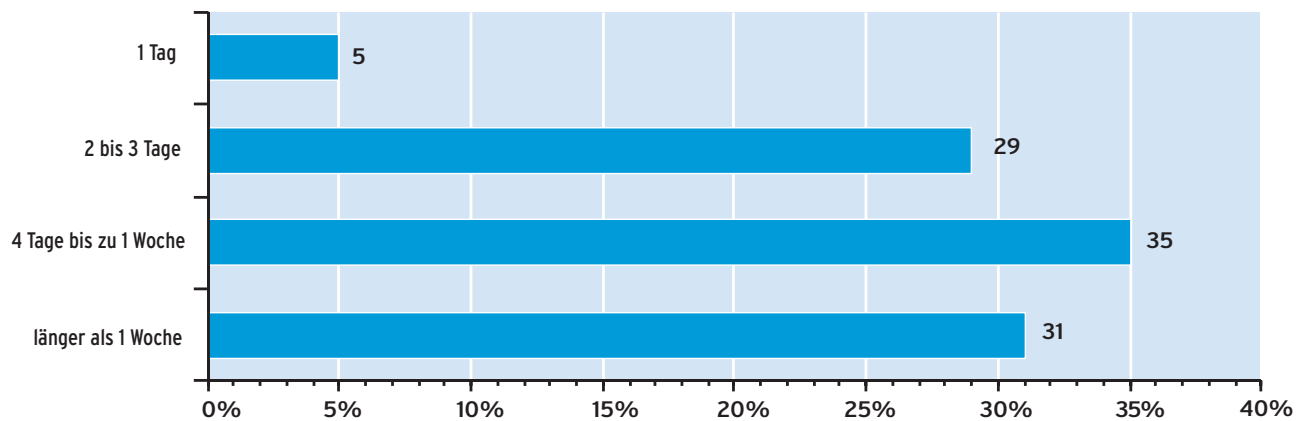
Tabelle 31: Nutzung von so genannten Billigfliegern in der Freizeit

Angaben in %	Erhebung 2006					
	gar nicht	einmal	zweimal	dreimal	viermal	fünfmal u. mehr
Insgesamt	85	10	3	1		1
Alter						
unter 20 Jahre	92	7	1			
20 bis 24 Jahre	79	15	4	1	2	
25 bis 29 Jahre	74	19	3	2	1	1
30 bis 39 Jahre	81	14	4	1		1
40 bis 49 Jahre	84	11	3	1		1
50 bis 59 Jahre	85	9	4		1	1
60 bis 69 Jahre	88	5	5	2	1	
70 Jahre und älter	95	4	1			
Einkommen						
unter 750 Euro	90	8	1		1	1
750 bis unter 1.250 Euro	87	9	2		1	1
1.250 bis unter 1.750 Euro	84	12	3			
1.750 bis unter 2.500 Euro	86	9	2	2	1	1
2.500 Euro und mehr	74	13	8	4	1	

Frage: Wie häufig haben Sie in den letzten 12 Monaten einen so genannten Billigflieger für eine Reise in Ihrer Freizeit benutzt?

Reisen mit dem Billigflieger sind typischerweise Kurzreisen, nur bei 31% der Befragten dauerte die Reise länger als eine Woche und mehr als ein Drittel der Reisen dauern sogar nur bis zu drei Tagen, d.h. Billigreisen sind zu einem erheblichen Anteil Wochenendreisen. Zu 96% liegt das Reiseziel in Europa, und zwar in den meisten Fällen im nahen Europa, d.h. das Ziel ist maximal zwei Flugstunden entfernt.

Abbildung 20: Dauer der Billigflug-Reise



Frage: Nun zu der Reise [bzw. den Reisen], die Sie mit dem Billigflieger gemacht haben. Wie lange hat Ihre Reise [bzw. eine typische Reise] gedauert?

Warum unternimmt man eine Billig-Flugreise? Der klassische Reisegrund „Erholung“ führt auch hier die Rangliste an (Tabelle 32). Wie erwartet spielt aber auch der Städte- und Kulturtourismus eine wichtige Rolle und für fast jeden Dritten ergab sich so eine preisgünstige Möglichkeit, Freunde bzw. Verwandte zu besuchen. Geschlechtsspezifische Unterschiede, wenn auch geringe, sind ebenfalls feststellbar. Für Frauen ist der Besuch von Freunden und Verwandten häufiger der Reisegrund, für Männer stehen eher die Aspekte „Erholungsreise“ und „Sehenswürdigkeiten“ im Vordergrund.

Tabelle 32: Gründe für die Billig-Flugreise

Anteil in % der Befragten, die mind. einmal einen Billigflieger benutzt haben (Mehrfachantworten möglich)	Erhebung 2006		
	Gesamt	Mann	Frau
Erholungsreise	45	49	40
Sehenswürdigkeiten, Städtetour	37	41	33
billiger Flug	32	36	26
Besuch von Freunden/Verwandten	29	26	33
Kulturreise (Museum, Theater, Oper, Konzerte, ...)	17	19	14
Einkaufsbesuch	5	6	2
Eventbesuch (Fußballspiel, Rock-Konzert u.ä.)	2	3	0

Frage: Welche der folgenden Gründe haben bei Ihrer Reise [bzw. Ihren Reisen], die Sie mit dem Billigflieger gemacht haben, eine Rolle gespielt?

Es lässt sich begründet vermuten, dass der Trend zur Reise mit dem Billigflieger anhalten wird. Wenn immerhin 28% auf die Frage, ob sie in den nächsten 12 Monaten planen, mit dem Billigflieger zu verreisen mit „ja, auf alle Fälle“ oder „ja, vielleicht“ antworten, so sind dies fast doppelt so viele wie die 15% der Bürger, die an-

Umweltbewusstsein 2006

Wohnen, Stadt und Verkehr

geben, in den vergangenen 12 Monaten einen Billigflieger genutzt zu haben. Hinzu kommen noch 11%, die die Frage mit „weiß nicht“ beantworten. Dies zusammen genommen zeigt, dass hier ein erhebliches Potenzial mit der Konsequenz zusätzlichen Energieverbrauchs besteht. Bei der detaillierten Auswertung der Frage nach zukünftig geplanten Reisen zeigen sich im Prinzip die gleichen Zusammenhänge wie bei der Frage nach den im letzten Jahr durchgeführten Reisen. Erneut sind es die Altersgruppe 20 bis 29 Jahre, die Großstädter und die Einkommensstarken, die überproportional häufig angeben, den Billigflieger nutzen zu wollen.

6.5 Naturnahe Tourismus-Angebote

Es sind aber nicht nur die mit hohem Ressourcenverbrauch verknüpften Billigflüge, die sich zunehmender Beliebtheit erfreuen, auch die Angebote des Öko-Tourismus und des naturnahen Tourismus sind höchst attraktiv. Von den verschiedenen Möglichkeiten, die wir abgefragt haben (Tabelle 33), führt der „Besuch eines Nationalparks in Deutschland“ die Rangliste der attraktivsten Angebote an. Bei 60% stößt ein Besuch eines Nationalparks auf Interesse, d.h. hier ist ein immenses Potenzial für einen regionalen umweltfreundlichen Tourismus erkennbar, das auf seine Nutzung wartet.

Tabelle 33: Naturnahe Tourismus-Angebote

Anteil in %	Erhebung 2006				Mittelwert*
	sehr attraktiv	eher attraktiv	weniger attraktiv	gar nicht attraktiv	
Besuch eines Nationalparks in Deutschland	15	45	27	13	2,39
Naturerkundungsreise in Deutschland	15	45	28	13	2,40
Wanderurlaub	14	32	30	23	2,63
Fahrradreise	14	28	30	29	2,74
Urlaub auf dem Bauernhof	12	25	32	30	2,81
Tour durch den tropischen Regenwald	16	18	26	40	2,90

Frage: Es gibt vermehrt naturnahe Tourismus-Angebote. Im Folgenden haben wir einige Möglichkeiten zusammengestellt. Wie attraktiv sind die jeweiligen Angebote für Sie?

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto attraktiver ist das Tourismus-Angebot.

Überhaupt stehen Naturerkundung, Wanderurlaub und Fahrradreisen derzeit hoch im Kurs und dies gilt – fast unterschiedslos – für alle Altersgruppen. Generell sind naturnahe Tourismus-Angebote für Personen mit hohem Bildungsabschluss attraktiver. Das gilt aber nicht für den Urlaub auf dem Bauernhof, den vor allem Haushalte mit Kindern bevorzugen. Für die Fahrradreise und den Wanderurlaub gilt, dass sich Menschen mit höherem Einkommen hierfür stärker interessieren. Auch geschlechtsspezifische Unterschiede sind feststellbar: Männer finden Fahrradreisen und die Tour durch den Tropenwald vergleichsweise attraktiver. Eine fast lineare Beziehung besteht zwischen dem Alter und der Attraktivität einer Reise in den tropischen Regenwald: Je jünger man ist, desto attraktiver findet man dieses Angebot.


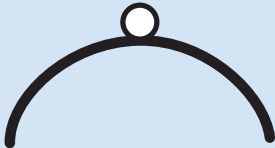


Natürlich wird ein solcher Trend zu naturnahem Tourismus nicht das Fernweh und den Wunsch nach Fernreisen komplett ersetzen. Das kann man in der obigen Tabelle schon an dem dort bekundeten Interesse für Reisen in den tropischen Regenwald erkennen. Für immerhin ein Drittel ist eine solche Reise attraktiv.

7 Naturbilder und Verlust der Artenvielfalt

7.1 Wie Menschen die Natur wahrnehmen

Wer die Gefahren des Klimawandels oder von Atomkraftwerken einschätzt, wägt dabei in der Regel nicht wohldurchdachte oder gar wissenschaftliche Fakten ab. Denn die Wahrnehmung von Risiken und Gefahren ist nicht allein von Wissen und rationalem Kalkül geprägt (vgl. Kap. 4 oben). Stattdessen basiert die Einschätzung auf tief verwurzelten, langlebigen, zumeist nicht reflektierten Grundstimmungen und Annahmen, die sich über lange Zeit in einer Kultur und beim Einzelnen herausgebildet haben. Man kann auch von Denkstilen sprechen, welche die Aufnahme und Verarbeitung von Informationen beeinflussen.

Wir haben uns deshalb dafür interessiert, welche grundlegenden Vorstellungen die Deutschen von der Natur haben. Wie Menschen Natur wahrnehmen und interpretieren, dafür liefert die amerikanische Kulturtheorie ein geeignetes Modell⁷. In dem Modell werden die folgenden vier Denkstile unterschieden, die mit einem erklärenden Text versehen sind und mit einer Grafik skizziert werden, wobei die Natur jeweils durch einen Ball symbolisiert ist:

1		<p>Die „strapazierfähige Natur“</p> <p>Im Grunde ist die Natur so eingerichtet, dass sie immer wieder ins Lot kommt. Gleichgültig was man macht, der Ball kehrt immer wieder in die Ausgangslage zurück.</p>
2		<p>Die „empfindliche Natur“</p> <p>Die Natur ist sehr empfindlich gegenüber jeder Art von Eingriff. Schon kleine Eingriffe können dazu führen, dass der Ball außer Kontrolle gerät.</p>
3		<p>Die „in Grenzen tolerante Natur“</p> <p>In gewissem Maße können Eingriffe in die Natur erfolgen. Erst wenn ein gewisser Punkt überschritten wird, gerät der Ball außer Kontrolle.</p>
4		<p>Die „unberechenbare Natur“</p> <p>Wenn man Eingriffe in die Natur vornimmt, weiß man nicht, ob das gute oder schlechte Folgen haben wird. Es ist nicht vorhersehbar, wie sich der Ball bewegen wird.</p>

⁷ Vgl. Thompson, M.; Ellis, R.; Wildavsky, A.: Cultural Theory, Colorado/Oxford 1990.

Umweltbewusstsein 2006

Naturbilder und Verlust der Artenvielfalt

Am häufigsten ist das Bild einer in Grenzen toleranten Natur bei den Deutschen vertreten (53%). Mit 22% schätzt der zweitstärkste Anteil der Deutschen die Natur als unberechenbar ein. Nur ein geringer Anteil von 6% hat die Vorstellung einer gutmütigen Natur, die unabhängig von Eingriffen immer wieder ins Lot kommt. Dass die Natur sehr empfindlich gegenüber jeder Art von Eingriff sei, davon geht ein Fünftel der Bundesbürger aus. Wie die Zeitreihe in Tabelle 34 zeigt, gibt es bei den unterschiedlichen Vorstellungen nur geringfügige Änderungen zum Jahr 2004.

Tabelle 34: Zustimmung zu den Naturbildern der „Cultural Theory“ (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
Die Natur ist in Grenzen belastbar.	53	50	51	52
Die Natur ist in ihrem Verhalten nicht kalkulierbar.	20	19	24	22
Die Natur vergibt nichts.	23	24	20	20
Die Natur ist gutmütig.	4	7	5	6

Frage: Ich zeige Ihnen jetzt eine Liste mit vier Bildern, die verschiedene Vorstellungen von der Natur ausdrücken. Die Natur ist dabei immer als Ball dargestellt. Bitte zeigen Sie mir von den vier Bildern das Bild, das Ihrer Vorstellung von der Natur am ehesten entspricht. Bitte lesen Sie sich auch die kurzen Erläuterungen neben den Bildern dazu durch.

Die Naturvorstellungen sind unabhängig vom Geschlecht. Einfluss haben stattdessen das Alter, die Bildung und der Wohnort. Das Bild einer gutmütigen Natur ist überdurchschnittlich bei älteren Befragten ab 70 Jahren (14%) und bei Befragten mit niedrigem Bildungsabschluss anzutreffen. Wer einen hohen Bildungsabschluss aufweisen kann, präferiert hingegen das Bild einer in Grenzen belastbaren Natur (60%), das bei niedrigem Bildungsabschluss unterrepräsentiert ist. Und schließlich sind es die Großstädter, die seltener das Bild einer sensiblen Natur haben.

Wie beeinflussen nun aber die Naturvorstellungen die Risikoeinschätzungen? Das erkennbare Muster ist immer ein ähnliches und die Vorstellungen sind für verlässliche Vorhersagen geeignet: Je gutmütiger jemand die Natur einschätzt, desto geringer schätzt er auch die Risiken ein. Das heißt im Umkehrschluss, wer die Vorstellung einer empfindlichen Natur hat, schätzt Risiken am höchsten ein. Am zweithöchsten werden die Risiken von Befragten eingestuft, die die Natur als unkalkulierbar sehen. Dieser Zusammenhang gilt gleichermaßen für alle in unserer Studie abgefragten Risiken, von der Klimaveränderung durch den Treibhauseffekt bis hin zur Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen.

7.2 Verlust der biologischen Vielfalt - wichtig, aber unbekannt

Mit 96% halten fast alle der Befragten den Verlust der biologischen Vielfalt für ein sehr großes Problem für Natur und Umwelt (Tabelle 35). Auch dass der Staat wegen des Verlustes der Artenvielfalt dringend handeln sollte, wird von 92% der Bundesbürger befürwortet. Dass der Verlust der biologischen Vielfalt auch das eigene Leben betrifft, glauben jedoch deutlich weniger, nämlich nur 25% „voll und ganz“ und weitere 42% „weitgehend“. Man ist sich zwar des Risikos bewusst, sieht es aber nicht unbedingt vor der eigenen Haustür.



Tabelle 35: Bedeutung der biologischen Vielfalt

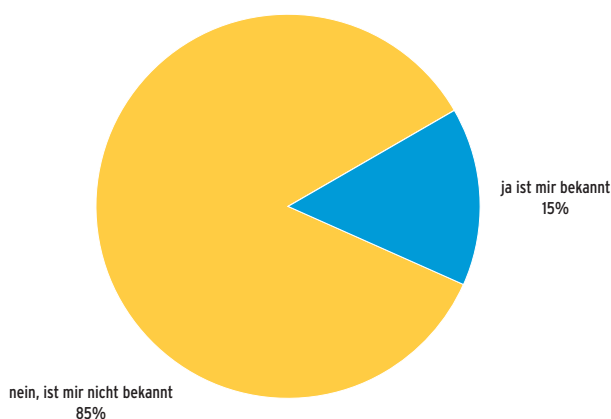
Anteil in %	Erhebung 2006				
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	Mittelwert*
Der Verlust der biologischen Vielfalt ist ein sehr großes Problem für unsere Natur und Umwelt.	54	41	4	0	1,51
Der Staat sollte wegen des Verlustes der biologischen Vielfalt dringend handeln.	48	44	7	1	1,62
Der Verlust der biologischen Vielfalt kann sich direkt auf mein Leben auswirken.	25	42	28	5	2,12

Anweisung: Weltweit verringert sich die biologische Vielfalt von Tier- und Pflanzenarten. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen!

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 4): Je kleiner der Mittelwert, desto größer ist die Zustimmung.

Fast gänzlich unbekannt ist den Befragten die so genannte Biodiversitäts-Konvention, die 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro verabschiedet wurde und das umfassendste Übereinkommen des internationalen Naturschutzes darstellt, an dem 188 Staaten beteiligt sind. Lediglich 15% geben an, die Konvention zu kennen.

Abbildung 21: Bekanntheit der Biodiversitäts-Konvention



Frage: 1992 wurde auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio ein Abkommen mit dem Ziel verabschiedet, die biologische Vielfalt zu schützen und zu erhalten. Ist Ihnen diese Konvention, die so genannte Biodiversitäts-Konvention, bekannt?

Drei große Ziele enthält die Konvention: 1. Schutz der biologischen Vielfalt, 2. ihre nachhaltige Nutzung und 3. der gerechte Ausgleich der Vorteile bei der Nutzung genetischer Ressourcen. Gerade das dritte Ziel ist nicht ohne Fachwissen nachzuvollziehen. So verwundert es nicht, dass bei genauer Nachfrage nach den Inhalten der Konvention unter den 15%, die angaben, die Inhalte zu kennen, fast zwei Drittel sich nicht erinnern können oder falsche Inhalte erinnern. Nur 38% können richtige Inhalte wiedergeben, so dass der tatsächliche Bekanntheitsgrad der Konvention auf 6% schrumpft. Fazit: Politische Programme zum Erhalt der Artenvielfalt sind den Deutschen wenig geläufig.

Umweltbewusstsein 2006

Information über Umweltthemen

8 Information über Umweltthemen

8.1 Informationsquellen und ihre Nutzung

Egal ob Klimawandel, Feinstaub oder Pestizide in Obst und Gemüse – wir haben unser Wissen überwiegend aus den Medien, meistens aus dem Fernsehen oder der regionalen Tageszeitung. Die Medien spielen eine bedeutende Rolle für das Umweltbewusstsein. Sie halten das Interesse wach und bringen das Thema immer wieder neu auf die Agenda.

Die am häufigsten genutzten Informationsquellen für Umweltthemen sind das öffentlich-rechtliche Fernsehen und die Regionalpresse, knapp dahinter folgen persönliche Gespräche mit Bekannten und Freunden. 54% informieren sich sehr oft oder oft im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Ab einem Alter von 25 Jahren steigt die Nutzungshäufigkeit dieses Mediums steil an. Ein wichtiger Pfeiler für Aufklärung und Information zum Umweltschutz bleibt weiterhin die regionale Tagespresse. 53% nutzen sie als Informationsquelle in Sachen Umweltschutz, die Älteren wiederum häufiger als die Jüngeren. Gegenüber den Vorgängerstudien⁸ hat dieses Medium leicht an Bedeutung verloren, im Jahr 2000 lag die Regionalpresse noch auf Rang 1 der am häufigsten genutzten Informationsquellen über Umweltthemen.

Tabelle 36: Häufigkeit der Nutzung von Informationsquellen nach Geschlecht und Alter

Angaben in % der Befragten, die „sehr oft“ oder „oft“ angaben	Erhebung 2006				
	Gesamt	Männer	Frauen	18-24 Jahre	ab 25 Jahre
Fernsehen öffentlich-rechtliche Programme (z.B. ARD, ZDF, 3. Programme)	54	53	54	28	55
Regionalpresse (Tageszeitungen, Stadtteilzeitungen)	53	52	54	33	55
persönliche Gespräche mit Bekannten/Freunden	48	48	48	49	48
Fernsehen private Anbieter (z.B. RTL, SAT 1, PRO 7)	34	32	37	27	36
Hörfunk	26	24	27	14	27
Wochenzeitschriften/ Wochenzeitungen	22	21	21	15	22
Internet	16	19	13	24	15
überregionale Tageszeitungen (z.B. Süddeutsche, FAZ, Die Welt)	14	17	12	12	14
Fachzeitschriften	16	21	12	17	16

Frage: Wie häufig informieren Sie sich über Umweltthemen? Sagen Sie mir bitte anhand der Liste, wie häufig Sie die Quellen, die ich Ihnen gleich vorlese, zur Information über Umweltthemen nutzen.

Was man über Umweltthemen gehört und gelesen hat, wird ferner von knapp der Hälfte der Bevölkerung auch häufig unter Freunden und Bekannten diskutiert, vor allem unter Personen mit höherer Schulbildung. Gegenüber den Vorgängerstudien ist dies sogar wieder öfter der Fall. Solange Umweltthemen Gesprächsstoff unter Freunden und Bekannten hergeben, ist dies sicherlich ein Indikator für die gleichbleibende oder sogar zunehmende Wichtigkeit des Themas. Die Bedeutung des Internets als Quelle der Umweltinformation ist im Vergleich mit der Erhebung aus dem Jahr 2002 deutlich gestiegen. Gerade das Internet bietet eine unvergleichliche Fülle an Wissen und Information zu Umweltthemen an. Insgesamt betrachtet spielt das Internet hier aber immer noch eine kleine Rolle. Nur ungefähr jeder sechste Bundesbürger nutzt es regelmäßig als Informationsquelle in Fragen des Umweltschutzes. Aber: Je jünger die Befragten und je höher ihre Schulbildung, desto häufiger nutzen sie das Internet auch in Sachen Umweltschutz, Männer noch etwas intensiver als Frauen. Wenig geändert hat sich an der Nutzungshäufigkeit von überregionalen Tageszeitungen und Fachzeitschriften. Sie rangieren gemeinsam mit dem Internet am Ende der Häufigkeitsrangfolge.

Neben den Medien spielen natürlich auch staatliche Einrichtungen eine wichtige Rolle in der Umweltberichterstattung. Eine klassische Informationsquelle sind Broschüren. Sie werden von gut einem Drittel der Deutschen als ein hilfreiches und wünschenswertes Mittel der Umweltinformation beurteilt. Dieser Standpunkt ist quer durch alle Generationen und Bevölkerungsschichten verbreitet. Gemäß der allgemeinen Entwicklung in der Mediennutzung möchte man natürlich am liebsten im Fernsehen von staatlichen Einrichtungen über Umweltthemen informiert werden, Personen mit einfacher Schulbildung etwas häufiger als der Durchschnitt der Bevölkerung. Signifikante altersabhängige Unterschiede sind nicht festzustellen. Des Weiteren würde es knapp die Hälfte der Deutschen gut finden, wenn staatliche Einrichtungen sie durch Beilagen in Tageszeitungen oder Zeitschriften in Sachen Umweltschutz informieren würden. Solche Beilagen sind bei jüngeren Personen unter 25 Jahren unterdurchschnittlich beliebt. Das Niveau der Schulbildung spielt dabei keine Rolle.

Tabelle 37: Gewünschte Informationswege der Umweltberichterstattung von staatlichen Einrichtungen

Angaben in %	Erhebung 2006						
	Gesamt	Männer	Frauen	18-24 Jahre	ab 25 Jahre	einfache Schulbildung	hohe Schulbildung
Fernsehen	65	67	63	61	65	69	62
Beilagen in Tageszeitungen/Zeitschriften	47	45	48	35	48	49	45
Broschüren	36	35	36	30	36	33	38
Radio	25	22	27	25	25	26	23
Öffentliche Veranstaltungen	20	19	20	26	19	16	25
Internet	17	22	13	41	15	6	31
Telefon/Hotline	2	2	2	2	2	3	2

Frage: Über welche Informationswege würden Sie gerne von den staatlichen Einrichtungen über Umweltthemen informiert werden? Bitte wählen Sie aus der folgenden Liste maximal drei Alternativen aus, die für Sie am wichtigsten sind.

Umweltbewusstsein 2006

Information über Umweltthemen

Auch das Radio ist als potenzieller Informationskanal nicht zu unterschätzen. Immerhin jeder vierte Deutsche möchte hier von staatlichen Einrichtungen etwas über Umweltthemen hören – unabhängig von Schulbildung und Alter, Frauen aber häufiger als Männer. Öffentliche Veranstaltungen sind möglicherweise auf der lokalen Ebene ein gutes Mittel der Umweltaufklärung. Vor allem Personen mit höherer Bildung werden von öffentlichen Veranstaltungen angesprochen. In dieser Gruppe entscheidet sich jeder Vierte dafür. Last but not least möchten 17% der Bevölkerung über das Internet informiert werden – Männer mit einem Anteil von 22%, Frauen nur mit einem Anteil von 13%. Mit steigender Bildung nimmt das Interesse am Internet beträchtlich zu. Ferner sind deutliche altersabhängige Unterschiede festzustellen. 41% der 18- bis 24-Jährigen favorisieren das Internet und ein Drittel der 25- bis 29-Jährigen, ab 30 Jahren sacken die Werte deutlich ab. Zwar haben Frauen unter 30 Jahren mehr Interesse am Internet als Frauen über 30 Jahren, unter den jungen Männern wird das Internet als Informationsmedium für Umweltthemen aber immer noch deutlich stärker favorisiert. Insgesamt ist das Internet als Informationsquelle für Umweltthemen in der breiten Bevölkerung noch ausbaufähig.

8.2 Umfang und Qualität der Berichterstattung

Lässt man die bisher dargestellten Ergebnisse Revue passieren, fühlen sich große Teile der Bevölkerung in vielen Fragen des Umweltschutzes nicht ausreichend informiert. Insgesamt ist das Informationsbedürfnis gewachsen, gerade was Energiefragen und die Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Lebensmitteln und anderen Produkten des Alltags betrifft. Auch in punkto Gentechnik herrscht nach wie vor Verunsicherung. Häufig werden die Konsequenzen von Umweltbelastungen in der öffentlichen Diskussion unterschiedlich dargestellt, und immer wieder tauchen neue Fragen auf. Die Situation wird also von vielen Bürgerinnen und Bürgern als unübersichtlich empfunden und eine gezielte Suche nach Informationen erweist sich nicht immer als einfach. Generell möchte man vor allem von staatlichen Einrichtungen noch umfassender und besser informiert werden, vorzugsweise – so das Ergebnisse einer offenen Frage ohne Antwortvorgaben – über erneuerbare Energien und deren Förderung, Gentechnik, Wasserverschmutzung bzw. Wasserqualität sowie über die Schadstoffbelastung in Lebensmitteln und in der Luft.

Tabelle 38: Bewertung des Umfangs der Umweltberichterstattung in den Medien (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
eher zuviel	6	8	7	4
genau richtig	42	38	38	36
eher zu wenig	42	46	49	47
weiß nicht	10	8	6	13

Frage: Finden Sie, dass die Medien eher zu viel, genau in der richtigen Menge oder eher zu wenig über Umweltprobleme berichten?

In der Beurteilung der Quantität und Qualität der Berichterstattung in den Medien zeigen sich gegenüber 2004 nur wenige Veränderungen. Knapp die Hälfte der Bevölkerung (47%) ist nach wie vor der Ansicht, dass auch die Medien eher zu wenig über Umweltthemen berichten. Mit steigender Schulbildung nimmt dieser Standpunkt an Häufigkeit zu. 36% finden den derzeitigen Umfang genau richtig. Dass eher zuviel über Umweltthemen geschrieben und gesendet wird, finden nur noch 4% der Bevölkerung.

Für die Qualität der Berichterstattung wird auf der vorgegebenen Schulnotenskala ein Notendurchschnitt von 3,4 vergeben (2004: 3,5). Das ist nur eine minimale Verbesserung gegenüber der Beurteilung im Jahr 2004. In den Umfragen der Jahre 2002 und 2000 war noch ein Durchschnitt von 3,0 erreicht worden. Diese Entwicklung kann sicherlich als ein Indikator für ein wachsendes Informationsbedürfnis gewertet werden, insbesondere nach gründlich recherchierten und verständlichen Informationen.

Tabelle 39: Bewertung der Qualität der Umweltberichterstattung in den Medien (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung			
	2000	2002	2004	2006
sehr gut	2	2	2	1
gut	27	28	20	21
befriedigend	38	37	34	37
ausreichend	20	21	23	24
mangelhaft	12	11	18	15
ungenügend	1	1	3	2

Frage: Wie gut fühlen Sie sich durch die Medien über Umweltprobleme informiert?

Bitte benutzen Sie für Ihre Bewertung Schulnoten von 1 für „sehr gut“ bis 6 für „ungenügend“.

Umweltbewusstsein 2006

Engagement, Verantwortung und Gerechtigkeit

9 Engagement, Verantwortung und Gerechtigkeit

9.1 Persönliches Verhalten: Umweltbewusstsein im Alltag

Jeder Einzelne hat mit seinen alltäglichen Entscheidungen großen Einfluss darauf, unsere Umwelt zu schützen – selbst wenn es nur Kleinigkeiten sind. Auch die meisten Deutschen sind sich ihrer einflussreichen Rolle als Verbraucher bewusst. Sie wissen, dass sie etwa durch ihr Kaufverhalten und einen sparsamen Umgang mit Energie wesentlich zum Umweltschutz beitragen können (vgl. Kap. 2.2 und 3.2). Wir wollten es noch genauer wissen und haben deshalb gefragt, was die Deutschen persönlich für den Umweltschutz tun. Wir haben diese Frage offen gestellt. Die Befragten konnten sich hierzu also ohne Antwortvorgaben frei äußern. Die Antworten haben wir von den Interviewern notieren lassen und später zu thematischen Kategorien gebündelt.

Tabelle 40: Persönlicher Beitrag zum Umweltschutz

Die häufigsten Nennungen in % (Mehrfachnennungen möglich)	Erhebung 2006						
	Gesamt	Frauen	Männer	18 bis 24 Jahre	25 Jahre und älter	einfache Schulbildung	hohe Schulbildung
1. Sorgsamer Umgang mit Müll	65	69	60	73	64	64	62
2. Sparsamer Umgang mit Energie	26	27	25	17	27	24	29
3. Sparsames, umweltbewusstes Autofahren	24	20	27	23	24	18	28
4. Umweltfreundliches Verkehrsverhalten	20	20	21	33	19	18	28
5. Umweltfreundliches Konsumverhalten	13	17	8	6	13	11	15
6. Sparsamer Umgang mit Trinkwasser	9	11	7	7	9	8	11
7. Umweltfreundliche Gartennutzung	8	9	7	1	8	8	7
8.* Bürgerschaftliches Engagement	4	4	4	7	4	3	7
8.* Allgemein umweltschonendes Verhalten	4	3	5	3	4	2	5
8.* Umweltfreundliches Bauen und Renovieren	4	2	6	1	4	3	6

Frage: Tun Sie persönlich etwas für den Umweltschutz? Wenn ja, bitte ich Sie, mir ein paar Stichpunkte zu nennen.
(Offene Frage)

* Gleicher Rangplatz aufgrund gleicher relativer gerundeter Häufigkeit

Dass der sorgsame Umgang mit Müll für sie ein grundlegendes Anliegen sei, sagen zwei Drittel der Deutschen. Abfall trennen, keinen Müll achtlos wegwerfen, sein Umfeld sauber halten und unnötiges Verpackungsmaterial vermeiden – das sind die wesentlichen der angegebenen Handlungen. Frauen thematisieren die Müllvermeidung und -trennung noch häufiger als Männer, auch unter den 18- bis 24-jährigen ist dies der Fall. Mit weitem Abstand folgt an zweiter Stelle der häufigsten Nennungen der sparsame Umgang mit Energie. Energiesparen ist damit weitaus weniger selbstverständlich als die Mülltrennung und -vermeidung. So führt etwas mehr als jeder vierte Deutsche den sparsamen Umgang mit Energie als persönlichen Beitrag zum Umweltschutz an – angefangen mit „allgemein Strom sparen“, „sparsam heizen“, „Elektrogeräte mit niedrigem



Stromverbrauch benutzen“ bis hin zum Einsatz einer modernen, sparsamen Heizung. Unter jungen Menschen ist die Beachtung des Energieverbrauchs weniger ein Thema. Die größte Aufmerksamkeit erhält dieser Aspekt unter den 60- bis 69-Jährigen, und zwar mit einem Anteil von 31%. Die sparsame, geplante und umweltbewusste Nutzung des Autos sowie das Fahren eines benzinsparenden oder schadstoffarmen Autos wird besonders gern von Männern erwähnt, häufiger noch als der sparsame Umgang mit Energie. Auch unter Befragten mit höherer Schulbildung kommt die sparsame Nutzung des Autos öfter zur Sprache als im Durchschnitt der Bevölkerung. Das gilt in gleicher Weise für ein umweltfreundliches Verkehrsverhalten, womit gemeint ist, dass man häufig das Fahrrad oder den ÖPNV nutzt, gar kein Auto fährt und kurze Strecken zu Fuß geht. Ferner betont ein Drittel der 18- bis 24-Jährigen – und damit deutlich mehr als die Älteren – sich im Straßenverkehr umweltbewusst zu verhalten. Ein umweltfreundliches Konsumverhalten führen doppelt so viele Frauen wie Männer an. Jede sechste Frau sieht hier ihren persönlichen Beitrag zum Umweltschutz, aber nicht einmal jeder zehnte Mann. Die übrigen der genannten Aspekte liegen in der Gesamthäufigkeit der Nennungen nur noch unter zehn Prozentpunkten. Dies zeigt, dass sich die meisten Deutschen im persönlichen Umweltverhalten auf die klassischen Themen – allem voran Mülltrennung und -vermeidung – sowie Energiesparen, Verkehr und Konsum konzentrieren.

Anhand einer Liste mit Vorgaben wurden weitere, nun spezifische umweltbewusste Verhaltensweisen nach ihrer Verbreitung im Alltag der Deutschen abgefragt. Besonders ernstgenommen wird die Langlebigkeit von Geräten und Produkten. 90% der Bevölkerung gilt dieser Gesichtspunkt als ein vielbeachtetes Kaufkriterium. Nahezu als selbstverständlich kann auch die Beachtung eines niedrigen Energieverbrauchs beim Kauf von Haushaltsgeräten gelten. Drei Viertel der Deutschen achten zudem gemäß eigener Aussage „immer“ oder „häufig“ darauf, elektronische Geräte vollständig auszuschalten und nicht im Stand-by-Betrieb zu lassen.

Tabelle 41: Umweltbewusste Handlungen im Alltag

Angaben in %	Erhebung 2006				
	immer	häufig	selten	nie	kann ich nicht beantworten
Ich achte darauf, dass Geräte und Produkte, die ich kaufe, möglichst langlebig sind.	51	39	8	1	2
Ich achte beim Kauf von Haushaltsgeräten auf einen niedrigen Energieverbrauch.	51	33	11	3	2
Ich achte darauf, elektronische Geräte (z.B. Fernsehgerät, DVD-Spieler oder Hifi-Anlage) vollständig auszuschalten, also nicht im Stand-by-Betrieb zu lassen.	46	30	14	9	1
Ich kaufe gezielt Obst und Gemüse aus der Region.	27	45	21	5	1
Ich kaufe Lebensmittel, die mit dem Bio-Siegel oder anderen Zeichen des ökologischen Anbaus gekennzeichnet sind.	8	33	44	13	2
Ich boykottiere Produkte von Firmen, die sich nachweislich umweltschädigend verhalten.	21	24	27	15	13
Ich achte beim Einkaufen auf Produkte von Firmen, die sich für Umwelt und Soziales engagieren.	8	26	39	20	6

Frage: Ich lese Ihnen nun verschiedene Handlungen vor, die im Alltag eine Rolle spielen. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste, wie häufig Sie diese Handlungen ausführen.

Umweltbewusstsein 2006

Engagement, Verantwortung und Gerechtigkeit

Seit zwei Jahren eindeutig im Trend liegt der Kauf von Lebensmitteln mit Bio-Siegel oder anderen Zeichen des ökologischen Anbaus: Nahezu jeder zehnte deutsche Verbraucher sagt von sich, „immer“ Bio-Lebensmittel zu kaufen. Dieser Anteil hat sich gegenüber der Umfrage 2004 mehr als verdoppelt, damals waren es 3%. Weitere 33% und somit ein Drittel der Deutschen erklären, sie würden „häufig“ Bio-Lebensmittel kaufen (2004: 30%). Zugleich ist der Anteil derjenigen, die angeben, sie würden „nie“ Bio-Lebensmittel kaufen, von 19% im Jahr 2004 auf nun 13% geschrumpft. Auch die Anzahl derjenigen, die von sich sagen, „immer“ Obst und Gemüse aus der Region zu kaufen, ist um immense zehn Prozentpunkte auf 27% gestiegen.

Erst ein schwaches Kriterium für die Kaufentscheidungen der Deutschen ist der Tatbestand, ob die Produkte von Firmen stammen, die sich für Umwelt und Soziales engagieren. Für 59% spielt das keine Rolle – vermutlich mangels entsprechender Informationen. Den Boykott von Produkten, deren Hersteller sich nach ihrer Meinung umweltschädigend verhalten, praktizieren 45% der Deutschen „immer“ oder „häufig“.

Generell lässt sich festhalten, dass die thematisierten Verhaltensweisen bei Personen mit einem Alter zwischen 40 und 69 Jahren durchgängig am stärksten verbreitet sind. Dabei handelt es sich überwiegend um Befragte aus Partnerhaushalten oder aus Familien mit älteren Kindern ab sieben Jahren. Der Kauf von Produkten von Firmen mit Engagement für Umwelt und Soziales, der Kauf von Lebensmitteln mit Bio-Siegel und der Boykott von Produkten von Firmen mit umweltschädlichem Verhalten ist ferner vor allem bei Personen mit höherer Schulbildung ein Thema. Personen mit einfacher Schulbildung kaufen hingegen häufiger Obst und Gemüse aus der Region und bevorzugen möglichst langlebige Produkte noch stärker als der Durchschnitt der Bevölkerung, das gilt insbesondere für die Altersgruppe der 60- bis 69-Jährigen.

Das Umweltzeichen „Blauer Engel“ gehörte zu den ersten, an dem umweltfreundliche Erzeugnisse erkannt werden konnten. 79% der Befragten ist dieses Zeichen derzeit bekannt. 38% der Befragten erklären, beim Einkaufen auf Produkte mit dem „Blauen Engel“ zu achten. Darunter sind erneut überproportional viele 40- bis 69-Jährige aus den oben genannten Lebensphasen. Insgesamt ist der Anteil derjenigen, die den „Blauen Engel“ bei ihren Kaufentscheidungen berücksichtigen, deutlich geringer als vor zwei Jahren. Damals lag diese Quote bei 49%. Offensichtlich sind die positiven Auswirkungen der bundesweiten Kampagne zum 25. Geburtstag des Umweltzeichens im Jahr 2003 wieder abgeebbt. Der Anteil derjenigen, die auf den „Blauen Engel“ achten, pendelt sich damit wieder auf die Werte der Befragungen aus den Jahren 2000 und 2002 ein.

9.2 Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz

Die Bereitschaft der Bevölkerung, für den Schutz unserer Umwelt tiefer ins Portemonnaie zu greifen, ist konstant hoch und hat sich im Vergleich zu 2004 nur marginal verändert. 69% der Deutschen sind prinzipiell bereit, mehr Geld auf den Tisch zu legen, wenn es sich um fair gehandelte Produkte aus Entwicklungsländern handelt (2004: 70%). Ferner sind zwei Drittel im Großen und Ganzen nicht abgeneigt, höhere Preise für Produkte zu bezahlen, sofern sie weniger umweltbelastend sind. Gar nicht damit einverstanden ist nur jeder zehnte Deutsche. Gegenüber der Studie 2004 ist die Zahlungsbereitschaft für umweltfreundliche Produkte leicht gestiegen, und zwar auf 66%. Zurückhaltender sind die Deutschen beim Thema Steuern. Ein Drittel ist eher nicht bereit, höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu zahlen, knapp jeder Fünfte ist ganz eindeutig nicht dazu bereit. Genau die Hälfte der Bevölkerung könnte sich mit dem Gedanken einer Steuererhöhung anfreunden. Die Bereitschaft nimmt linear mit der Höhe des Einkommens zu. Grundsätzlich gilt für alle drei abgefragten Formen der Zahlungsbereitschaft, dass sie mit der Höhe des Einkommens und auch mit der Höhe der Bildung ansteigen. Beispielsweise sind unter den Befragten mit höherer Schulbildung und einem Nettoeinkommen von 2.500 Euro aufwärts 87% „sehr“ oder „eher“ dazu bereit, mehr Geld für weniger umweltbelastende Produkte auszugeben. Weiterhin wären 64% dieser Personengruppe prinzipiell mit höheren Steuern für einen verbesserten Umweltschutz einverstanden.



Tabelle 42: Persönliche Zahlungsbereitschaft

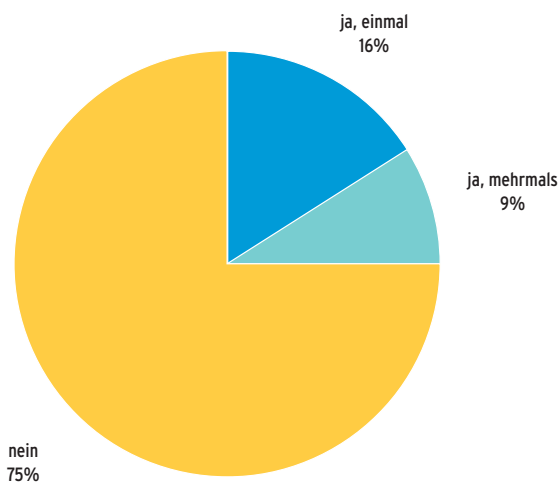
Anteil in %	Erhebung 2006			
	sehr bereit	eher bereit	eher nicht bereit	nicht bereit
... für Produkte aus Entwicklungsländern (z.B. Kaffee, Tee u.ä.) mehr Geld auszugeben, wenn diese aus fairem Handel stammen, d.h. zu angemessenen Preisen von dortigen Kleinproduzenten gekauft werden?	20	49	23	9
... höhere Preise für Produkte zu bezahlen, die weniger umweltbelastend sind?	12	54	25	9
... höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen, wenn sichergestellt ist, dass diese direkt dem Umweltschutz zugute kämen?	10	40	33	18

Frage: Inwieweit sind Sie persönlich bereit, ...

Frauen und Männer unterscheiden sich in ihrer persönlichen Zahlungsbereitschaft nicht. Altersabhängige Differenzen sind nur in der Steuerfrage feststellbar. So ist die Akzeptanz höherer Steuern für einen verbesserten Umweltschutz unter den 18- bis 29-Jährigen größer als im Durchschnitt der Bevölkerung.

Die Spendenbereitschaft für den Umwelt- und Naturschutz ist im Vergleich zum Jahr 2004 nahezu unverändert, jeder Vierte hat im letzten Jahr hierfür Geld gespendet. Besonders spendabel sind die 50- bis 69-Jährigen. Die Häufigkeit von Geldspenden steigt linear mit der Höhe der Bildung und des Einkommens. Groß ist die Spendenbereitschaft unter den Wählern von Bündnis 90/Die Grünen, die Hälfte von ihnen hat im vergangenen Jahr einmal oder mehrmals gespendet.

Abbildung 22: Geldspende an Umwelt- oder Naturschutzverbände



Frage: Haben Sie im letzten Jahr einmal oder mehrmals Geld für eine Umwelt- oder Naturschutzgruppe gespendet?

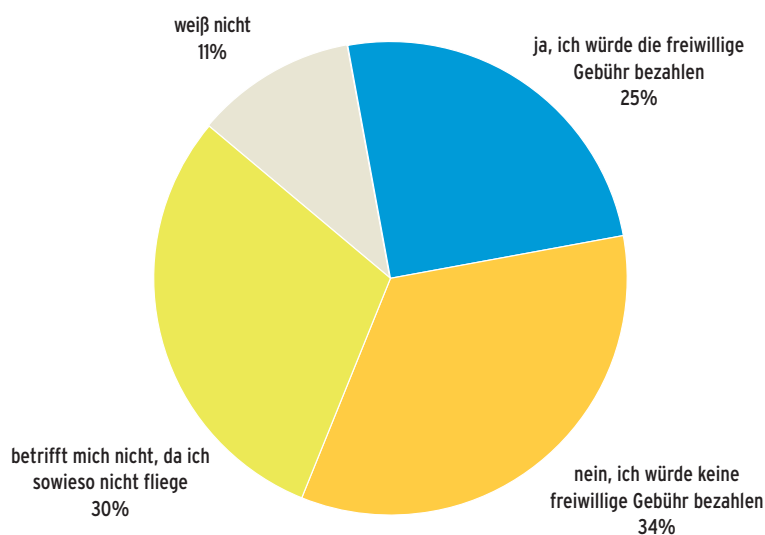
Eine etwas andere Form der Spende für den Umweltschutz stellt eine freiwillige Gebühr zusätzlich zum Preis eines Flugtickets dar. So gibt es neuerdings die Möglichkeit, eine Ausgleichsgebühr zu zahlen, um die Umweltbelastungen durch den Flugverkehr zu kompensieren (vgl. www.atmosfair.de). Wir haben bei der Umfrage hypothetische Beträge verwendet. Ein Viertel der Deutschen würde eine solche Gebühr entrichten. Die Mehrheit,

Umweltbewusstsein 2006

Engagement, Verantwortung und Gerechtigkeit

spricht ein gutes Drittel, würde dies jedoch nicht tun. 30% erklären sich für nicht betroffen, da sie ohnehin nicht fliegen. Unter den 20- bis 29-Jährigen ist immerhin ein gutes Drittel zur Zahlung einer Ausgleichsgebühr bereit. Dabei handelt es sich um jene Altersgruppe, die auch zu den stärksten Nutzern der so genannten Billigflieger zählt (vgl. Kap. 6.4). Die Bereitschaft zur Zahlung einer Ausgleichsgebühr steigt ferner erneut linear mit der Höhe der Bildung und des Einkommens an. In der Gruppe der Personen mit höherer Schulbildung und einem Nettoeinkommen von 2.500 Euro aufwärts steigt die Akzeptanz einer Ausgleichsgebühr auf 46%. In dieser Personengruppe ist dies die Mehrheit. 37% wären allerdings auch hier nicht bereit, freiwillig mehr zu zahlen. Bei den gut ausgebildeten Besserverdienern ist die Bereitschaft zur Zahlung einer freiwilligen Gebühr zusätzlich zum Ticketpreis also grundsätzlich vorhanden, mit überwältigender Zustimmung ist aber auch in dieser Bevölkerungsgruppe nicht zu rechnen.

Abbildung 23: Bereitschaft, Ausgleichsgebühr bei Flügen zu zahlen



Frage: Um Umweltbelastungen durch den Flugverkehr zu kompensieren, gibt es neuerdings die Möglichkeit, zusätzlich zum Ticketpreis freiwillig eine Gebühr zu bezahlen, welche für Ausgleichsmaßnahmen, z.B. Modellprojekte für Energieeffizienz, benutzt wird. Würden Sie eine solche freiwillige Gebühr bezahlen, z.B. in Höhe von 5 Euro für eine Kurzstrecke und 20 Euro für eine Fernreise?

9.3 Freiwilliges Engagement: Ehrenamt und mehr

Jeder fünfte Deutsche ist laut unserer Umfrage in irgendeiner Form ehrenamtlich tätig, zwischen 50 und 69 Jahren sogar jeder Vierte. Am stärksten verbreitet ist eine ehrenamtliche Tätigkeit in ländlichen Gemeinden unter 5.000 Einwohnern, hier sind 36% ehrenamtlich aktiv. Freiwilliges Engagement und ehrenamtliche Mitarbeit sind auch für die Organisationen und Verbände des Umwelt- und Naturschutzes unverzichtbar. Dabei kommt ihnen zugute, dass sie unter den unterschiedlichen Akteuren im Umweltschutz seit Jahren das höchste Vertrauen in der Bevölkerung genießen. Zwei Drittel der Deutschen trauen ihnen am ehesten zu, sinnvolle Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten (vgl. Kap. 5.3). Tatsächlich ist immerhin fast jeder Zehnte Mitglied in einer Umwelt- oder Naturschutzorganisation. Männer sind etwas häufiger als Frauen Mitglied in einer Umwelt- oder Naturschutzorganisation. Die Differenzen zwischen den Altersgruppen

sind kaum nennenswert. Klassisch ist der Einfluss der Bildung: Die Mitgliedschaft in einer Organisation, die sich für die Erhaltung und den Schutz von Umwelt und Natur einsetzt, ist traditionell eher eine Angelegenheit von Personen mit hohen formalen Bildungsabschlüssen. Nahezu jeder Sechste dieser Personengruppe ist Mitglied.

Nun muss die Mitgliedschaft in einem Umwelt- und Naturschutzverband nicht zwangsläufig bedeuten, dass man sich an deren Aktivitäten und Angeboten auch beteiligt. Wir haben deshalb nachgefragt, ob man sich vorstellen kann, sich aktiv für den Umwelt- und Naturschutz zu engagieren, z.B. durch eine ehrenamtliche Tätigkeit in einer Umwelt- oder Naturschutzgruppe oder auch durch eine Beteiligung an einzelnen Aktivitäten und Projekten. Die intensiven Bemühungen der letzten zwei Jahre, dieses bürgerschaftliche Engagement im Umwelt- und Naturschutz wieder attraktiver zu machen, scheinen Erfolg gehabt zu haben. Denn das Interesse, sich dort zu engagieren, hat im Vergleich zur Umfrage 2004 stark zugenommen: 45% können sich derzeit vorstellen, entsprechend aktiv zu werden. In der Vorgängerstudie waren es 33%. Hier schlummert also ein beachtliches Potenzial. Stadt-Land-Unterschiede sind dabei nicht festzustellen.

Tabelle 43: Bereitschaft zum Engagement im Umwelt- oder Naturschutz

Angaben in %	Erhebung 2006						
	Gesamt	Frauen	Männer	18 bis 24 Jahre	25 Jahre und älter	einfache Schulbildung	hohe Schulbildung
mache ich bereits	6	5	7	6	6	2	10
ja, das kann ich mir vorstellen	45	44	48	56	45	35	56
nein, das kann ich mir nicht vorstellen	49	51	46	39	49	63	34

Frage: Können Sie sich vorstellen, sich aktiv für den Umwelt- und Naturschutz zu engagieren, z.B. als ehrenamtlich Tätige(r) in einer Umwelt- oder Naturschutzgruppe oder auch durch Beteiligung an einzelnen Aktivitäten und Projekten?

Am größten ist die Bereitschaft zum Engagement im Umwelt- und Naturschutz unter den 18- bis 24-jährigen, leicht überdurchschnittlich ist sie auch unter den 40- bis 59-jährigen. Im Vergleich mit der Erhebung 2004 können wir den stärksten Zuwachs des Interesses an einem Umweltengagement in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen verzeichnen. Im Jahr 2004 bekundete ein gutes Drittel in dieser Altersgruppe Interesse, nun sind es mit 56% mehr als die Hälfte. Stark gestiegen ist auch die Engagementbereitschaft unter den 50- bis 69-jährigen.

Die Überzeugung, dass Freunde und Bekannte ein Engagement für den Umwelt- und Naturschutz gutheißen würden, ist im Vergleich mit der Umfrage 2004 ebenfalls gewachsen, und zwar um zehn Prozentpunkte. Mit einem Anteil von nun 63% ist damit eine deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger der Meinung, dass man in ihrem sozialen Umfeld ein Engagement für Umwelt und Natur „sehr gut“ oder „eher gut“ finden würde. Es besteht eine enge Korrelation zwischen der Bereitschaft zum Engagement und der Wertschätzung eines Umweltengagements durch Freunde und Bekannte. Die vorhandenen sozialen Netzwerke sind also von herausragender Bedeutung für eine positive Einstellung zu einem Engagement im Umwelt- und Naturschutz.

Umweltbewusstsein 2006

Engagement, Verantwortung und Gerechtigkeit

Tabelle 44: Akzeptanz von Aktivität in Umwelt- oder Naturschutzgruppe bei Freunden/Bekanntem

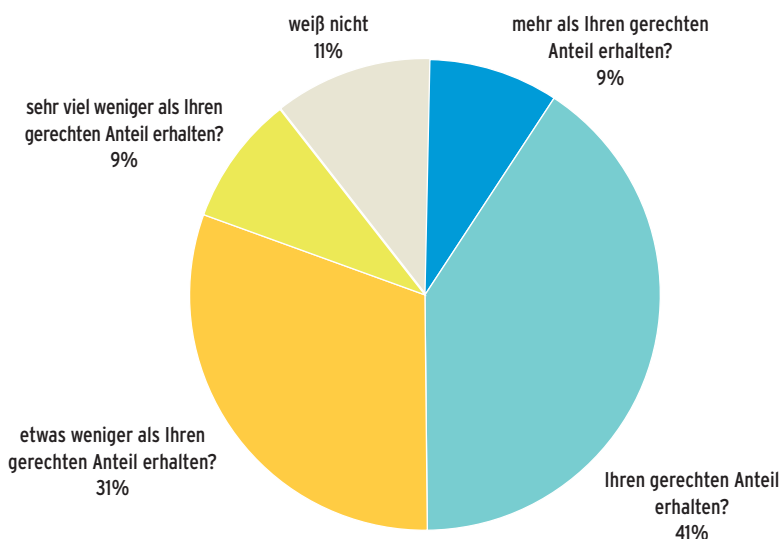
	Erhebung 2004	Erhebung 2006
Angaben in %		
würden das sehr gut finden	13	16
würden das eher gut finden	40	47
wären eher zurückhaltend	42	34
würden das eher schlecht finden	4	2
würden das sehr schlecht finden	1	1

Frage: Was glauben Sie: Finden oder fänden es Ihre Freunde und Bekannten gut, wenn Sie in einer Umwelt- oder Naturschutzgruppe aktiv sind oder wären? Antworten Sie bitte anhand dieser Liste.

9.4 Umwelt - Eine Frage der Gerechtigkeit?

Sind manche Umweltschutzmaßnahmen sozial ungerecht? Wer ist stärker betroffen von Umweltproblemen als andere? Gibt es einen Zusammenhang zwischen Umweltbewusstsein und Gerechtigkeitskonzepten? Wie diese drei Fragen andeuten, werden Umweltthemen zunehmend auch unter dem Aspekt von Gerechtigkeit diskutiert⁹. Deshalb haben wir die Befragten zunächst um ihre Einschätzung der Gerechtigkeit in Deutschland gebeten. Mit einem Anteil von 41% glaubt die Mehrheit der Deutschen, dass sie im Vergleich zu anderen ihren gerechten Anteil erhalten (Abbildung 24). Aber: Fast ein Drittel ist der Ansicht, dass sie etwas weniger als ihren gerechten Anteil erhalten.

Abbildung 24: Wahrgenommene Gerechtigkeit in Deutschland



Frage: Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie ...



Die Wahrnehmung der Gerechtigkeit ist unabhängig von Geschlecht und Alter. Einfluss haben viele andere Faktoren: Personen mit einem niedrigeren Einkommen oder einem niedrigeren Schulabschluss sowie Personen, die sich in der gesellschaftlichen Stellung weiter unten sehen, geben häufiger an, weniger als den gerechten Anteil zu erhalten. Ebenso verhält es sich bei Befragten, die an stärker befahrenen Straßen wohnen, Befragten aus den neuen Bundesländern und Wählern der Linksparteien (PDS, WASG).

Wie sieht nun die subjektiv wahrgenommene Gerechtigkeit im Bereich Umwelt aus? Um diesen Aspekt von Gerechtigkeit zu untersuchen, sollten die Befragten einschätzen, ob sie sich im Verhältnis zum Durchschnitt der Deutschen stärker oder weniger durch Umweltprobleme belastet fühlen. Die Umweltgerechtigkeit schneidet in Deutschland deutlich besser ab als die allgemeine Gerechtigkeit: Während sich 57% weder mehr noch weniger als der Durchschnitt belastet fühlen, nehmen weitere 35% sogar geringere Belastungen wahr (vgl. Tabelle 45). Auch wenn die Quoten der weniger und der durchschnittlich Belasteten damit insgesamt sehr hoch liegen, ist es immerhin noch fast jeder Zehnte, der sich eher stärker (8%) oder wesentlich stärker (1%) als der Durchschnitt belastet sieht.

Tabelle 45: Belastung durch Umweltprobleme im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung

Angaben in %	Erhebung 2006				
	Gesamt	ruhige Wohnstraße	Stadt 5.000 bis 50.000 Einw.	gute/sehr gute Wohngegend	Bündnis 90/ Die Grünen-Wähler
wesentlich stärker belastet	1	1	1	1	2
eher stärker belastet	8	5	5	6	13
wie der Durchschnitt, nicht mehr und nicht weniger	57	50	51	50	48
eher weniger belastet	29	36	35	33	34
eindeutig weniger belastet	6	8	8	9	2

Frage: Wenn Sie Ihre eigene Belastung durch Umweltprobleme betrachten und sich mit dem Durchschnitt der Bevölkerung in Deutschland vergleichen, fühlen Sie sich dann durch Umweltprobleme mehr, weniger oder etwa gleich stark belastet? Antworten Sie bitte anhand dieser Liste.

Überraschend ist, dass es nicht die klassischen soziodemographischen Faktoren sind, welche die Gruppe der stärker Belasteten von der Gruppe der weniger oder durchschnittlich Belasteten unterscheiden. Weder Alter, Geschlecht noch Bildung oder die Tatsache, ob man Kinder hat, spielen eine Rolle. Auch sind die Quoten für Ost- und Westdeutschland identisch und das Nettoeinkommen hat nur marginale Effekte. Die entscheidenden Einflussfaktoren finden sich stattdessen zum größten Teil im Bereich Wohnen: Befragte, die an einer stark befahrenen Straße und hier vor allem in Großstädten wohnen, geben häufiger an, stärker belastet zu sein. Im Gegensatz dazu ist der Anteil der weniger Belasteten deutlich höher unter den Personen, die in einem freistehenden Ein- oder Zweifamilienhaus leben, das in einer ruhigen Wohnstraße und in einer guten Wohngegend liegt – vorzugsweise in einer Kleinstadt von 5.000 bis 50.000 Einwohnern.

Auffällig ist darüber hinaus, dass unter den Wählern von Bündnis 90/Die Grünen deutlich mehr Personen sind, die sich stärker als der Durchschnitt belastet fühlen, nämlich 15% vs. 9%. Es scheint sich also auch um eine

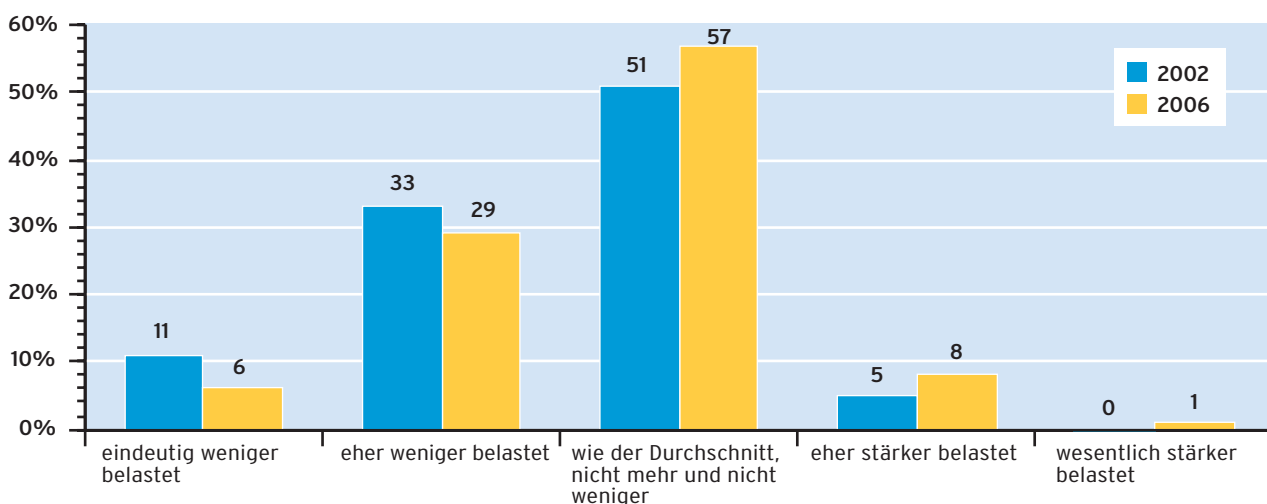
Umweltbewusstsein 2006

Engagement, Verantwortung und Gerechtigkeit

Mentalitätsfrage zu handeln. Wer einen geschulten Blick auf Umweltthemen hat, ist offenbar auch besonders sensibel im Hinblick auf Umweltbelastungen.

Interessant ist der Zeitvergleich zur Erhebung aus dem Jahr 2002, als die gleiche Frage schon einmal gestellt wurde. Denn wie die Abbildung 25 zeigt, fühlen sich die Deutschen 2006 deutlich stärker von Umweltproblemen belastet. Waren es 2002 noch 44%, die sich eher oder eindeutig weniger belastet fühlten, ist dieser Anteil heute auf 35% geschrumpft und jener der stärker Belasteten ist gleichzeitig um 4% gestiegen. Diese Zunahme entspricht übrigens dem ebenfalls gestiegenen Anteil derjenigen, die sich in ihrer Gesundheit durch Umweltprobleme belastet fühlen (vgl. Tabelle 17).

Abbildung 25: Belastung durch Umweltprobleme im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung (Zeitvergleich)



Frage: Wenn Sie Ihre eigene Belastung durch Umweltprobleme betrachten und sich mit dem Durchschnitt der Bevölkerung in Deutschland vergleichen, fühlen Sie sich dann durch Umweltprobleme mehr, weniger oder etwa gleich stark belastet? Antworten Sie bitte anhand dieser Liste.

Um die Frage der Gerechtigkeit im Detail zu beleuchten, ist es sinnvoll, die grundlegenden Vorstellungen und kollektiven Überzeugungen der Deutschen über Gerechtigkeit in die Analyse einzubeziehen. Wegener und Liebig¹⁰ unterscheiden für diesen Zweck die folgenden vier Gerechtigkeitskonzepte, die an die Kulturtheorie von Mary Douglas anknüpfen:

1. *Etatismus:*
Der Staat ist verantwortlich für die Verteilung von Gütern und Privilegien.
2. *Individualismus:*
Die Verteilung beruht auf Wettbewerb: Der Tüchtige wird mit Erfolg belohnt.
3. *Fatalismus:*
Gerechte Verteilung wäre schön – gibt es aber nicht.
4. *Askriptivismus:*
Die Verteilung ist naturgegeben bzw. auf Grund von sozialer Rolle und sozialem Status gerecht festgelegt.

Diese vier Konzepte haben wir mit jeweils zwei Statements abgefragt (vgl. Tabelle 46). Die größte Zustimmung erhält der Etatismus, bei dem der Staat in die Verantwortung genommen wird. Der Staat soll für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen und zudem einen Mindestlebensstandard garantieren (Zustimmung: 79% und 72%). Die Vorstellung einer Gerechtigkeit, die auf Wettbewerb und Leistung beruht, findet mit 68% und 64% ebenfalls hohen Zuspruch. Die Meinung zur eher resignativen Haltung des Fatalismus ist deutlich breiter gestreut, aber immerhin noch 48% stimmen der Aussage zu, dass man bei den heutigen Zuständen gar nicht mehr weiß, was gerecht ist. Dass auch die Allgemeinheit von großen Unternehmensgewinnen profitiert, glaubt hingegen nur jeder Vierte, so dass die Zustimmung zum Askriptivismus insgesamt am geringsten ausfällt.

Tabelle 46: Gerechtigkeitskonzepte

Angaben in %	Erhebung 2006					Mittelwert*
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu	
ETATISMUS						
Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.	51	28	14	5	2	1,79
Der Staat sollte für alle einen Mindestlebensstandard garantieren.	39	33	19	6	3	2,00
INDIVIDUALISMUS						
Es ist gerecht, dass man das, was man sich durch Arbeit verdient hat, behält, auch wenn das heißt, dass einige reicher sind als andere.	26	42	24	5	2	2,14
Es ist gerecht, dass Eltern ihr Vermögen an ihre Kinder weitergeben, auch wenn das heißt, dass die Kinder reicher Eltern im Leben bessere Chancen haben.	25	39	27	7	2	2,21
FATALISMUS						
So wie die Zustände heute sind, weiß man gar nicht mehr, was eigentlich gerecht ist.	19	29	26	17	9	2,69
Es ist zwecklos, sich über soziale Gerechtigkeit zu streiten, weil sich die Verhältnisse doch nicht ändern lassen.	12	26	29	24	10	2,94
ASKRIPTIVISMUS						
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.	19	33	31	13	4	2,51
Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.	5	15	38	25	16	3,31

Anweisung: Hier haben wir einige Aussagen zur Rolle des Staates und zur Gerechtigkeit in Deutschland. Bitte sagen Sie mir, inwieweit Sie den folgenden Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen.

* Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen (Codes von 1 bis 5): Je kleiner der Mittelwert, desto größer die Zustimmung.

Umweltbewusstsein 2006

Engagement, Verantwortung und Gerechtigkeit

Die Gerechtigkeitskonzepte stehen in einem hoch signifikanten Zusammenhang zum Umweltbewusstsein und zur Bereitschaft, sich für die Umwelt – auch mit dem eigenen Portemonnaie – zu engagieren. Interessant ist, dass – bei Durchschnittsbetrachtung – nur das etatistische Konzept, also die Forderung nach einem Gerechtigkeit stiftenden Staat, mit einem höheren allgemeinen Umweltbewusstsein einhergeht. Für die anderen drei Konzepte, insbesondere für den Fatalismus, stellt man einen negativen Zusammenhang fest, d.h. je stärker man bspw. dem fatalistischen Konzept zuneigt, desto geringer ist das Umweltbewusstsein.

Sehr aufschlussreich ist es, wenn man sich die extrem voneinander abweichenden Gruppen anschaut, also diejenigen, die bestimmte Gerechtigkeitskonzepte besonders ausgeprägt befürworten bzw. besonders ausgeprägt ablehnen. Wir haben hier jeweils entsprechende Gruppen von knapp 20% der Befragten gebildet.¹¹

Schauen wir uns zunächst an, wie die Zusammenhänge mit dem allgemeinen Umweltbewusstsein (vgl. Kap. 2.2) bei den Gruppen ausschauen, welche die folgenden Gerechtigkeitskonzepte besonders ausgeprägt befürworten:

- Wer stark dem Etatismus zuneigt, ist zwar allgemein umweltbewusster, nicht aber in punkto persönliche Verantwortungsübernahme, hier zeigt man sogar eine etwas geringere Bereitschaft als der Durchschnitt der Bevölkerung.
- Wer stark dem Individualismus zuneigt, hat ein unterdurchschnittliches allgemeines Umweltbewusstsein. Zwar gibt es bezüglich der Einstellungen zu den Grundprinzipien einer nachhaltigen Entwicklung kaum Unterschiede zum Bevölkerungsdurchschnitt, aber sehr deutlich ist die Abweichung bei der persönlichen Verantwortungsübernahme. Obwohl individualistisch gestimmt, denkt man in diesem Punkt, dass es auch ohne den Einzelnen geht und es bspw. die technische Entwicklung schon richten werde. In punkto Umweltschutz hat dieses Gerechtigkeitskonzept also eine Verantwortungslücke.
- Wer stark dem Fatalismus zuneigt, bei dem ist persönliche Verantwortungsübernahme vergleichsweise am wenigsten gefragt, sogar noch weniger als bei den Individualisten. Fast gleichauf mit den Individualisten haben sie das geringste Umweltbewusstsein.

Höchst bemerkenswert ist nun, dass es weniger das besonders ausgeprägte Vorhandensein eines Gerechtigkeitskonzepts ist, das sich positiv auf die Übernahme persönlicher Verantwortung auswirkt, als vielmehr die starke Ablehnung bestimmter Konzepte. So sind es gerade diejenigen, welche den Fatalismus und den Individualismus besonders stark ablehnen, die auch den Einzelnen selbst in der Verantwortung sehen.

Um auf die in der Überschrift dieses Kapitels gestellte Frage „Umwelt – Eine Frage der Gerechtigkeit?“ zurückzukommen: Der Zusammenhang ist augenscheinlich, wenngleich in der bisherigen Diskussion – und auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung – viel zu wenig berücksichtigt. Schaut man etwas genauer hin, stößt man auf höchst erstaunliche Ergebnisse, z.B. hinsichtlich der Bereitschaft für den Umweltschutz zu zahlen, sei es für umweltfreundliche Produkte, sei es in Form von höheren Steuern. Im Vergleich zu der oben „persönliche Verantwortungsübernahme“ genannten Grundhaltung handelt es sich bei den verschiedenen Arten von Zahlungsbereitschaft (für umweltfreundliche Produkte, für höhere Steuern, für Produkte aus Entwicklungsländern) ja um konkrete, individuelle Handlungen. Auf dieser Handlungsebene ergibt sich ein etwas anderes Bild als auf der Einstellungsebene: Bei den Fatalisten ist die Zahlungsbereitschaft (verständlicherweise) für umweltfreundliche Produkte am geringsten. Am höchsten ist sie jedoch bei den Individualisten und nicht etwa bei den Etatisten, also der Gruppe mit den ausgeprägtesten Pro-Umwelt-Einstellungen. Noch deutlicher stellt sich dieser Zusammenhang bei der Bereitschaft dar, höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu zah-



len. Hier führen die Individualisten deutlich, während Askriptivisten und Fatalisten, also die beiden Gerechtigkeitskonzepte, die am wenigsten auf die Bedeutung des Einzelnen setzen, weit abgeschlagen am Ende rangieren. Dies zeigt zum Einen, wie wichtig es für den Umweltschutzgedanken ist, dass in Bildungsprozessen – sei es nun innerhalb oder außerhalb der Schule – der Gedanke der Gestaltungskompetenz in den Mittelpunkt gerückt wird (vgl. www.dekade.org). Denn Fatalismus und ein sich mit den Gegebenheiten arrangierender Askriptivismus hindern den Einzelnen daran, aktiv zu werden. Zum Anderen verweisen die Zusammenhänge zwischen den Gerechtigkeitskonzepten und dem allgemeinen Umweltbewusstsein auf die zentrale Bedeutung des Begriffs „Verantwortung“ im Sinne eines über das bloß individualistische Tun hinausschauenden Denkens, das sich nicht auf einzelne Handlungen beschränkt, sondern das Ganze im Blick hat.

Umweltbewusstsein 2006

Tabellenverzeichnis

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Die wichtigsten Probleme in Deutschland	14
Tabelle 2:	Bedeutsamkeit politischer Aufgabenbereiche	15
Tabelle 3:	Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz	17
Tabelle 4:	Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz (Zeitreihe)	18
Tabelle 5:	Beurteilung der Umweltqualität: lokal, national und global	20
Tabelle 6:	Beurteilung der Umweltqualität weltweit und lokal (Zeitreihe)	20
Tabelle 7:	Wahrscheinlichkeit zukünftiger Ereignisse	21
Tabelle 8:	Assoziationen zum Begriff „Fortschritt“	23
Tabelle 9:	Bedeutsamkeit umweltpolitischer Ziele und Aufgaben	24
Tabelle 10:	Bewältigung der Folgeprobleme in Deutschland (Zeitreihe)	25
Tabelle 11:	Ausbau von Windenergie, Solarenergie und Biomasse an der Stromversorgung	28
Tabelle 12:	Was veranlasst die Bürger zum Energiesparen?	30
Tabelle 13:	Bereitschaft zum Bezug von Öko-Strom (Zeitreihe)	31
Tabelle 14:	Empfundene Gefährdung der Familie	32
Tabelle 15:	Empfundene Gefährdung der Familie (Zeitreihe)	33
Tabelle 16:	Kauf von gentechnisch hergestellten Lebensmitteln (Zeitreihe)	34
Tabelle 17:	Gesundheitsbelastung durch Umweltprobleme (Zeitreihe)	36
Tabelle 18:	Zukünftige Gesundheitsbelastung von Kindern und Enkeln durch Umweltprobleme (Zeitreihe)	37
Tabelle 19:	Persönliche Erfahrung mit allergischen Erkrankungen (Zeitreihe)	37
Tabelle 20:	Beeinträchtigung der Befindlichkeit durch Allergien (Zeitreihe)	38
Tabelle 21:	Verwendung ökologischer Produkte	39
Tabelle 22:	Bürgerwünsche an die Umweltpolitik der Bundesregierung	42
Tabelle 23:	Aussagen zu umweltpolitischen Maßnahmen und Instrumenten	44
Tabelle 24:	Vertrauen in Einrichtungen, Organisationen und Parteien im Bereich des Umweltschutzes	45
Tabelle 25:	Vertrauen in Einrichtungen, Organisationen und Parteien (Zeitreihe)	46
Tabelle 26:	Die wichtigsten Einflussfaktoren auf ein positiv wahrgenommenes Wohnumfeld	47
Tabelle 27:	Verkehrsmittelnutzung im Nahverkehr	49
Tabelle 28:	Einstellungen zu verkehrspolitischen Maßnahmen	51



Tabelle 29: ÖPNV-Nutzung im Nahverkehr	52
Tabelle 30: Anforderungen an den Öffentlichen Personen-Nahverkehr	53
Tabelle 31: Nutzung von so genannten Billigfliegern in der Freizeit	54
Tabelle 32: Gründe für die Billig-Flugreise	55
Tabelle 33: Naturnahe Tourismus-Angebote	56
Tabelle 34: Zustimmung zu den Naturbildern der „Cultural Theory“ (Zeitreihe)	58
Tabelle 35: Bedeutung der biologischen Vielfalt	59
Tabelle 36: Häufigkeit der Nutzung von Informationsquellen nach Geschlecht und Alter	60
Tabelle 37: Gewünschte Informationswege der Umweltberichterstattung von staatlichen Einrichtungen	61
Tabelle 38: Bewertung des Umfangs der Umweltberichterstattung in den Medien (Zeitreihe)	62
Tabelle 39: Bewertung der Qualität der Umweltberichterstattung in den Medien (Zeitreihe)	63
Tabelle 40: Persönlicher Beitrag zum Umweltschutz	64
Tabelle 41: Umweltbewusste Handlungen im Alltag	65
Tabelle 42: Persönliche Zahlungsbereitschaft	67
Tabelle 43: Bereitschaft zum Engagement im Umwelt- oder Naturschutz	69
Tabelle 44: Akzeptanz von Aktivität in Umwelt- oder Naturschutzgruppe bei Freunden/Bekanntem	70
Tabelle 45: Belastung durch Umweltprobleme im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung	71
Tabelle 46: Gerechtigkeitskonzepte	73

Umweltbewusstsein 2006

Abbildungsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Umweltschutz als eines der wichtigsten Probleme (Zeitreihe)	13
Abbildung 2:	Wichtigkeit des Umweltschutzes nach Altersgruppen	16
Abbildung 3:	Deutschlands Rolle in der Klimaschutzpolitik	23
Abbildung 4:	Einstellungen zum Energiesparen	26
Abbildung 5:	Einstellungen zur Vorbildfunktion öffentlicher Einrichtungen und zu Forschungsausgaben	26
Abbildung 6:	Einstellungen zu staatlicher Förderung und zu Windkraftanlagen	27
Abbildung 7:	Einstellung zum Umstieg auf erneuerbare Energien	27
Abbildung 8:	Ausstieg aus der Atomenergie	29
Abbildung 9:	Beachtung des Energieverbrauchs beim Kauf von Haushaltsgeräten	29
Abbildung 10:	Was hilft, Öko-Strom zu beziehen?	31
Abbildung 11:	Gefahr durch den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen für Natur und Umwelt	34
Abbildung 12:	Ausreichen des Staatshandelns für die Sicherheit und Gesundheit im Bereich Gentechnik	35
Abbildung 13:	Gesundheitsbelastungen	36
Abbildung 14:	Information über die Gesundheits- und Umweltverträglichkeit von Lebensmitteln und Produkten	39
Abbildung 15:	Einschätzung der Umweltpolitik der Bundesregierung	41
Abbildung 16:	Einschätzung, ob die bestehenden Umweltgesetze ausreichen	43
Abbildung 17:	Verringerung der Feinstaubbelastung	49
Abbildung 18:	Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene	50
Abbildung 19:	Akzeptanz verkehrspolitischer Maßnahmen (Zeitreihe)	50
Abbildung 20:	Dauer der Billigflug-Reise	55
Abbildung 21:	Bekanntheit der Biodiversitäts-Konvention	59
Abbildung 22:	Geldspende an Umwelt- oder Naturschutzverbände	67
Abbildung 23:	Bereitschaft, Ausgleichsgebühr bei Flügen zu zahlen	68
Abbildung 24:	Wahrgenommene Gerechtigkeit in Deutschland	70
Abbildung 25:	Belastung durch Umweltprobleme im Vergleich zum Durchschnitt der Bevölkerung (Zeitvergleich)	72

„Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen ...“

Grundgesetz, Artikel 20 a

Kontakt:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)
Referat Öffentlichkeitsarbeit
11055 Berlin
Fax: 030 18 305-2044
Internet: www.bmu.de
E-Mail: service@bmu.bund.de

Titelabbildungen: Getty Images (M. Dunning); Enercon/ Block Design;
Visum (K. Sawabe); zefa; Getty Images (C. Coleman)

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Gedruckt auf Recyclingpapier aus 100 % Altpapier.